Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 61. Morgen-Ausgabe. Siebzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Freitag, den 25. Januar 1889.

Auf zur Stichwahl!

Niemand fehle heute bei der Wahl!
Jeder gebe seine Stimme dem Candidaten der freisinnigen Partei:
Stadtrichter a. D. Julius Friedlaender.

Die Budgetdebatte.

Einem Finanzminister, den Gott lieb hat, kann es niemals schlecht gehen; er kann nicht einen Augenblick in Verlegenheit gerathen. Fehlt es ihm an Geld, so beweist er mit dem freundlichsten Gesichte von der Welt, daß es unvermeidlich sei, neue Steuern aufzuerlegen. Und hat er Geld überflüssig, so beweist er mit dem gleich freundlichen Gesichte, daß es nun an der Zeit sei, die Ausgaben des Staates in beträchtlichem Umfange zu vermehren. Einen Beweis, daß seine Finanzpolitik fehlerhaft sei, läßt er unter keinen Umständen zu.

Ohne Zweifel ist es eine schlechte Finanzpolitik, welche von Jahr zu Jahr mit einem Deficit arbeitet, ohne daran zu denken, die unerläßlichen Ausgaben des Staates zur rechten Zeit durch entsprechende Einnahmen zu decken; ohne Zweifel ist es eben so eine schlechte Finanzpolitik, welche von Jahr zu Jahr große Ueberschüsse einheimst, und dabei dringende Bedürfnisse des Staates unberücksichtigt läßt. Das schlechteste Zeugniß aber möchten wir einer Finanzpolitik ausstellen, welche ein großes Deficit und einen großen Ueberschuß in jäher Folge wechseln läßt, denn sie giebt zu erkennen, daß sie immer nur für den gegenwärtigen Augenblick lebt und auf den Wechsel der Zeiten nicht die gehörige Rücksicht nimmt.

Neue Steuern zu ersinnen und durchzuführen, ist eine Aufgabe, die nur eine mäßige Fähigkeit in Anspruch nimmt. Gelder zu neuen Ausgaben zu bewilligen, wenn man im Ueberflusse schwimmt, setzt ebenfalls keine außerordentliche Begabung voraus. Weder auf die eine noch auf die andere Leistung hat ein Finanzminister Veranlassung, besonders stolz zu sein. Die wahre Kunst des Finanzministers besteht darin, daß er die Bilanz von Jahr zu Jahr herzustellen weiß, daß er Deficit und Ueberschuß in gleicher Weise fern hält. Ein Finanzminister, der mit einem Deficit abschließt, hat stets den Verdacht gegen sich, daß er nicht zur rechten Zeit dafür gesorgt hat, die Staatsbedürfnisse mit Steuern zu bedecken, und ein Finanzminister, der mit einem Ueberschuß abschließt, hat stets den Verdacht gegen sich, daß er entweder Bedürfnisse des Staates unberücksichtigt gelassen, oder die Staatsbürger mit Steuern übermäßig belastet hat. Es giebt Ausnahmefälle, in denen er den einen wie den anderen Verdacht als unbegründet zurückweisen kann. Den größten Ruhm wird aber stets ein Finanzminister erwerben, der Kraft und Last so richtig berechnet hat, daß seine Rechnung aufgeht.

Auf die magere Zeit, die wir vor zwei Jahren vorfanden, ist jetzt eine fette Zeit gefolgt. Es wäre indessen sehr verkehrt, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Lage der Finanzen darum eine hoch erfreuliche wäre. Wir müssen vielmehr daran denken, daß eben so schnell, wie auf die magere Zeit eine fette Zeit gefolgt ist, auf die fette Zeit wiederum eine magere Zeit folgen kann. Und diese Befürchtung liegt sehr nahe. Die gute Lage des vorgelegten Haushalts hat ihren Grund zu einem sehr erheblichen Theil in den Ueberschüssen, die vom Reiche her überwiesen sind. Dem Reiche ist durch die Branntweinsteuer ein so großer Gewinn zugefallen, wie er bisher noch niemals aus einer einzigen Quelle geflossen ist. Das Reich braucht im nächsten Jahre diesen Gewinn nicht. Es läßt ihn für dieses eine Jahr unbekümmert abfließen, weil es weiß, daß es in jedem nächsten Jahr, in welchem es denselben braucht, denselben ohne Mühe festhalten kann.

Der Staat verfügt jetzt über diesen Gewinn, als wäre er ihm für die Dauer gesichert. Und doch weiß Niemand, ob dieser Gewinn ihm auch nur in dem nächsten Jahre noch ungeschmälert zufließen wird. Daß er auf die Dauer in dieser Stärke nicht zufließen wird, ist beinahe unzweifelhaft. Im Reiche werden noch in diesem Jahre Beschlüsse gefaßt, welche eine wesentliche Erweiterung unserer Marine anbahnen und schon im nächsten Jahre zu bedeutenden Mehrausgaben führen werden. Daneben steht der Gesetzentwurf über die Altersversicherung, der doch über kurz oder lang zu Stande kommen und dann dem Reiche Ausgaben aufladen wird, deren Höhe zur Zeit noch unbekannt ist, aber jedenfalls der Reichsverwaltung große Sorgen verursachen wird. Niemand kann mit einiger Bestimmtheit vorhersagen, ob nach drei Jahren von Ueberschüssen aus der Reichsverwaltung noch die Rede sein wird.

Nur so erklärt es sich, daß ein Redner wie Herr von Huene, der mit der gegenwärtigen Finanzverwaltung durch dick und dünn gegangen ist, und sich einen großen Theil der Verantwortlichkeit für unsere Finanzpolitik auf den Hals geladen hat, mitten in einer Zeit des Ueberflusses sich genöthigt sieht, die sehr ernste Mahnung auszusprechen, man möge endlich mit der Vermehrung der indirecten Steuern aufhören, mit welcher es nicht mehr weiter gehe. Nur so erklärt es sich, daß ein anderer Redner, Herr von Kardorff, durch einen Zwischenruf auf die Einführung neuer indirecter Steuern geradezu vorbereitet. Wenn nach so umfangreichen Steuererhöhungen, wie sie seit nunmehr zehn Jahren Schlag auf Schlag stattgefunden haben, noch immer neue Steuern in so naher Aussicht stehen, so sollte man sich hüten, unsere Finanzlage als eine günstige zu feiern.

Ein eigenthümliches Licht auf die Unsicherheit der von unserer Regierung befolgten Finanzpolitik wirft die Erklärung, welche sie zur Lex Huene abgegeben hat. Sie will nicht die Aufhebung dieses Gesetzes beantragen, aber sie wird es gern sehen, wenn ein solcher Antrag aus der Mitte des Hauses heraus an sie herantritt, und will ihm dann zustimmen. Wir sind gewiß keine Freunde der Lex Huene; wir haben, als sie zuerst vorgeschlagen wurde, dieselbe bekämpft; wir haben darin ein schlechtes Mittel gesehen, um einen Zweck durchzusetzen, den wir an sich mißbilligten; denn ohne Lex Huene hätte es keine Erhöhung der Getreidezölle gegeben. Aber die Frage, ob ein solches Gesetz sich empfiehlt oder nicht, sollte man sich billiger Weise vorlegen, ehe dasselbe erlassen wird, und nicht einige Jahre später. Es ist bei Weitem leichter, ein solches Gesetz zu bekämpfen, ehe es zu Stande kommt, als es aus der Welt zu schaffen, nachdem es einmal erlassen worden ist. Alle Gründe, welche heute gegen das Gesetz geltend gemacht werden können, sind zur rechten Zeit geltend gemacht worden und hätten Berücksichtigung finden sollen. Wenn die Regierung sich von einer Majorität ein Gesetz hat aufdrängen lassen, das sie im Grunde nicht mochte, und später sich dieses Gesetzes entledigt, sobald ihr eine andere Majorität die Möglichkeit dazu giebt, so ist das an sich kein erwünschter Zustand. Noch weniger erwünscht ist es aber, wenn die Regierung einem solchen Gesetze gegenüber gar keine feste Stellung nimmt, sondern es der parlamentarischen Initiative überläßt, ob dasselbe aufrecht erhalten oder beseitigt werden soll. In der Finanzpolitik der Regierung lassen sich feste Zielpunkte nicht erkennen und für dauernde Erfolge ist eine zielbewußte Politik in den Finanzen nicht zu entbehren.

Deutschland.

⊙ **Berlin**, 23. Jan. [Verabschiedete Offiziere.] Der Kriegsminister hat sich im Reichstage bei der Besprechung der Reform der Militärgerichtsbarkeit grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß die Offiziere a. D. künftig den Civilgerichten unterstellt werden sollen. Selbst dieses Zugeständniß erregt den Unwillen der Kreuzzeitung, welche eine solche Maßregel im Interesse des gesammten Offiziercorps aufs Tiefste beklagt; „denn damit würde der Ehrenstand zum Ehrenrock herabsinken, der den Mann nur so lange schützt, als er ihn mit seinen Wollstoffen umhüllt. Denn mit dem Momente des Ausziehens jenes Rockes würde der Offizier der Ehre verlustig gehen, die sich die meisten durch Verdienste auf vielen blutigen Schlachtfeldern, oft durch Wunden errungen haben." Die vom Kriegsminister zugestandene Reform wird von der Kreuzzeitung als ein moralischer Stoß gegen das deutsche Offiziercorps von ganz unberechenbarer Tragweite bezeichnet und als eine gründliche Schädigung der Armee. Man wird schwerlich verstehen, in wie weit im Ernste der Ehre des Offiziercorps oder des einzelnen Offiziers oder des einzelnen Bürgers, der vor zwanzig oder dreißig Jahren einmal Offizier gewesen ist, Abbruch geschehen soll, wenn über einen Missethäter nicht das Militärgericht, sondern das bürgerliche Gericht sein Urtheil fällt. Erkennt denn das bürgerliche Gericht nicht ebensogut wie das militärische im Namen des Königs? Und sind denn nicht überdies viele Richter und Staatsanwälte, welche an der bürgerlichen Rechtsprechung betheiligt sind, so gut Offiziere gewesen wie die Mitglieder eines Kriegsgerichtes? Für nur zu viele Offiziere ist gerade der Umstand, daß sie dem militärischen Gericht noch unterstehen, das schwerste Hinderniß für ihr Fortkommen im bürgerlichen Leben. Fast alle verabschiedeten Offiziere, welche genöthigt sind, eine Nährstelle zu suchen und dieselbe im Staatsdienste nicht immer finden können, weil ihnen die Voraussetzungen für die Ausfüllung solcher Stellen fehlen, klagen über die Abneigung bürgerlicher Kreise gegen die Beschäftigung und Anstellung früherer Offiziere. Der Offizierverein hat vor einiger Zeit einen rührseligen Aufruf veröffentlicht, durch welchen den verabschiedeten Offizieren Stellen verschafft werden sollten. Aber ist denn die Abneigung der bürgerlichen Kreise nicht zu begreifen? Wie leicht entsteht nicht im geschäftlichen Leben ein Conflict, bei dem das Wort nicht immer auf die Goldwaage gelegt wird? Der Offizier, der unter der Militärgerichtsbarkeit steht, ist genöthigt, auf jede ergangene Beleidigung mit einer Herausforderung zum Duell zu antworten, soll er nicht durch das Ehrengericht seines Offizierscharakters entkleidet werden. Und Geschäftsleute, welche für Frau und Kind zu sorgen und weitblickende Pläne für die Zukunft zu machen haben, können sich nicht um jeder Lappalie willen auf den grünen Rasen vor den Mund der Pistole stellen. Ganz natürlich, daß sie daher solchen Eventualitäten dadurch aus dem Wege gehen, daß sie sich Offiziere überhaupt fern halten. Das Privilegium dieser sogenannten militärischen Ehre, wie es durch die Militärgerichtsbarkeit über verabschiedete Offiziere aufrecht erhalten wird, ist ein sehr zweischneidiges. Die meisten verabschiedeten Offiziere würden mit Vergnügen auf diese Vorrechte verzichten, denn sie wissen, daß man in hohem Maße ehrenwerth sein kann und daß die Ehre nicht den geringsten Abbruch erfährt, daß der Stand nicht entfernt einen moralischen Stoß erleidet, wenn der frühere Offizier sich als Bürger fühlt und sich dem bürgerlichen Rechte unterordnet, welches doch auch der Wille des obersten Kriegsherrn ist. In andern Staaten, wie England, ist schon an sich das bürgerliche Gericht für alle Vergehen auch der activen Offiziere zuständig, außer in reinen Dienstsachen. Und man hat noch niemals gehört, daß die Ehre der englischen Offiziere eine schlechtere sei, als diejenige der Deutschen. Wenn die Kreuzzeitung ein Zugeständniß bekämpft, welches selbst der Kriegsminister als berechtigt anerkannt hat, so spielt sie sich wieder einmal als königlicher auf, als der König ist. Aber es sind schon viele Dinge geschehen und als heilsam erwiesen worden, welche die Kreuzzeitung als eine Gefahr für Thron und Altar, für König und Vaterland bezeichnet hat. Und so wird es hoffentlich auch in dem Falle der verabschiedeten Offiziere geschehen.

[Der Briefwechsel zwischen Geffcken und Roggenbach.] Nun kommt auch der „Hannov. Cour." mit „Enthüllungen". Er meint, es sei gar nicht ausgeschlossen, daß eine Veröffentlichung des Briefwechsels noch nachträglich erfolge und fährt sodann fort: „Wie versichert wird, dürfte der Briefwechsel noch manche ganz eigenartige Enthüllungen bringen und jedenfalls keinen Zweifel über die Gesinnungen und Absichten der Männer, zwischen denen er geführt wurde, lassen. So behandelt beispielsweise ein Theil dieser Briefe die Absicht der Briefsteller, den Großherzog von Baden zu bestimmen, daß er die schon erwähnte Denkschrift für Kaiser Wilhelm II. demselben als sein Werk übergebe; Herrn v. Roggenbach soll diese Aufgabe zugefallen sein; als er aber genöthigt war, seinen Correspondenten mitzutheilen, daß der Großherzog ein solches Ansinnen rundweg abgeschlagen, da habe der andere seinem Verdruß darüber in nicht eben sehr respectvollen Worten Luft gemacht. Die Behauptung, Sir Robert Morier werde nur einmal gelegentlich in dem Briefwechsel genannt, ist durchaus unrichtig; im Gegentheil ergiebt sich aus dem Briefwechsel ein sehr intimer Verkehr und auch häufige Zusammenkünfte zwischen den beiden Correspondenten und dem englischen Staatsmanne, dem bei dem Plane derselben, die maßgebenden Kreise gegen das Bismarck'sche Regiment einzunehmen, die wichtige Rolle, eine hohe Persönlichkeit in diesem Sinne zu berathen und zu bearbeiten, zugefallen war." Es wäre wirklich wünschenswerth, daß man sich zu einer Veröffentlichung des ganzen Briefwechsels entschlösse. Die Mittheilungen der „Köln. Ztg." und des „Hann. Cour." sind völlig uncontrolirbar.

[Staatseinnahmen und Ausgaben für 1887/88.] Dem Landtage ist die Uebersicht von den Staats-Einnahmen und Ausgaben mit dem Nachweise von den Etatsüberschreitungen und den der nachträglichen Genehmigung bedürfenden außeretatsmäßigen Ausgaben für das Jahr 1887/88 zugegangen. In der Denkschrift wird hierzu Folgendes ausgeführt:

„Im Staatshaushaltsetat waren die Einnahmen des Rechnungsjahres 1887/88 mit Einschluß der zu ihrer Ergänzung im Wege einer Anleihe flüssig zu machenden Summe von 40 456 783 M., auf 1 329 492 996 M. veranschlagt. In der Wirklichkeit haben sie, obgleich von der vorgedachten Anleihesumme nur ein Betrag von 32 291 379 M. zur Vereinnahmung gelangt ist, 1 417 010 033 M. oder 87 517 037 M. mehr betragen.

Letztere Summe setzt sich nach den summarischen Ergebnissen der einzelnen Verwaltungen aus 87 988 300 M. Mehreinnahmen und 471 263 M. Mindereinnahmen zusammen.

Von den Verwaltungen, welche mit Mehreinnahmen abgeschlossen haben, sind hervorzuheben die Eisenbahnverwaltung mit einer solchen von 50 332 838 M., die Verwaltung der indirecten Steuern mit 14 188 410 M. — wovon 7 848 017 M. auf die Vergütung für Erhebungs- und Verwaltungskosten der Reichssteuern, 3 920 642 M. auf die Stempelsteuer, 1 895 552 M. auf die Erbschaftssteuer und 524 199 M. auf die übrigen Einnahmen für alleinige Rechnung Preußens entfallen — die allgemeine Finanzverwaltung mit 12 452 912 M., nämlich 11 620 562 M. Antheil an dem Ertrage der Verbrauchsabgabe für Branntwein, des Zuschlags zu derselben und der Nachsteuer für Branntwein, 5 545 782 Mark höherem Antheil an dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer und 3 670 569 M. an hinterlegten Geldern, welchen Mehrerträgen bei derselben Verwaltung ein Minderbetrag von 8 165 444 M. bei der zur Ergänzung der Einnahmen des Staatshaushalts-Etats für 1. April 1887/88 mit 40 456 783 Mark bewilligten Anleihe und ein Minderbetrag von 382 244 M. bei dem Antheile an dem Ertrage der Reichsstempelabgaben gegenüberstehen. Die Ermäßigung jener Anleihesumme um 8 165 444 M. hat darin ihren Grund, daß nach Vereinnahmung des zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen disponibel gebliebenen Theils des Ueberschusses der Eisenbahnverwaltung aus dem Rechnungsjahre 1886/87 mit 32 291 339 M. auf die Anleihesumme von 40 456 783 M. sich demnächst in späterer Zeit des Rechnungsjahres 1887/88 ergab, daß dasselbe auch ohne diese Einnahme nicht nur seine Ausgaben vollständig decken, sondern noch mit einem disponiblen Ueberschusse abschließen würde.

Ferner sind an den Mehreinnahmen betheiligt die Justizverwaltung mit 2 978 988 M., hauptsächlich an Kosten und Geldstrafen, die Verwaltung der directen Steuern mit 2 209 433 M. — indem 1 119 507 M. an classificirter Einkommensteuer, 522 928 M. an Klassensteuer, 286 623 M. an Gewerbesteuer und 264 826 M. an Gebäudesteuer mehr aufgekommen sind —, die Verwaltung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen mit 1 761 185 M., die Forstverwaltung mit 748 457 M.; an Erlös aus Ablösungen von Domänengefällen und aus dem Verkaufe von Domänen- und Forstgrundstücken sind mehr aufgekommen 627 185 M.

Zu den Verwaltungen, welche mit Mindereinnahmen abgeschlossen haben, gehören insbesondere die landwirthschaftliche Verwaltung, bei welcher sich eine Mindereinnahme von 323 794 Mark — namentlich bei den Kosten- und anderen Einnahmen der Auseinandersetzungs-Behörden — ergeben hat, und die Domänenverwaltung, bei welcher die Mindereinnahme 147 096 M. beträgt, indem, abgesehen von anderen nicht erheblichen Mehr- und Mindereinnahmen, der Ertrag von Domänenvorwerken, sowie von anderen Domänengrundstücken, Mühlen und Fischereien um 322 112 M. geringer, der Ertrag von Mineralbrunnen und Badeanstalten um 176 586 M. höher gewesen ist.

Die Ausgaben, zu welchen im Staatshaushalts-Etat wie bei der Einnahme 1 329 492 996 M. angesetzt waren, haben, einschließlich der verbliebenen Reste von 68 442 502 M. und abzüglich der aus dem Vorjahre übernommenen Ausgaberückstände von 67 615 520 M., sich auf 1 380 434 486 Mark belaufen und sind demnach gegen den Voranschlag um 50 941 490 M. höher gewesen.

Letztere Summe ergiebt sich, nach den einzelnen Verwaltungen summarisch gerechnet, aus Mehrausgaben im Gesammtbetrage von 55 829 237 Mark und aus Minderausgaben im Ganzen von 4 887 747 Mark.

Von den Verwaltungen, bei welchen die Mehrausgaben erwachsen sind, sind zu erwähnen die Verwaltung der öffentlichen Schuld mit einer solchen im Ordinarium von 40 758 212 M., resultirend aus 43 442 817 M. Etatsüberschreitungen, darunter 43 431 483 M. aus dem zur Tilgung der Staatseisenbahn-Capitalschuld verfügbaren Ueberschusse der Eisenbahnverwaltung behufs Verrechnung auf bewilligte Anleihen nach Maßgabe des § 4 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 27. März 1882 und aus 2 684 605 M. Ausgabe-Ersparnissen; die Verwaltung der indirecten Steuern mit einer Mehrausgabe im Ordinarium von 3 233 579 M., die allgemeine Finanzverwaltung im Ordinarium mit einer solchen von 3 030 942 M., nämlich mehr 7 092 086 M. an Rückzahlungen von hinterlegten Geldern und 301 871 M. an Matricularbeitrag, dagegen weniger 4 276 379 M. zu Ueberweisungen an die Communalverbände auf Grund des Gesetzes vom 14. Mai 1885; ferner die Verwaltung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Ordinarium mit 1 832 093 M., die Forstverwaltung im Ordinarium mit 973 054 Mark und im Extraordinarium zur Ablösung von Forstservituten, Reallasten und Passivrenten mit 2 892 412 M., die Eisenbahnverwaltung im Extraordinarium mit 701 583 M., die Verwaltung der

geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten im Ordinarium mit 676 194 M. und die landwirthschaftliche Verwaltung im Ordinarium mit 597 737 M.

Die Verwaltungen, bei welchen sich Minderausgaben von größerem Belange ergeben haben, sind namentlich die Justizverwaltung, welche im Ordinarium 1 099 945 M. und im Extraordinarium 616 945 M., die Verwaltung des Innern, welche im Ordinarium 1 079 229 M. und im Extraordinarium 144 928 M., und die Eisenbahnverwaltung, welche im Ordinarium 1 032 850 M. an Minderausgaben nachweist; ferner haben sich bei der Domänenverwaltung im Ordinarium 353 779 M. und bei der Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten im Extraordinarium 326 944 M. Minderausgaben ergeben.

Die zum größten Theil aus durchlaufenden Posten bestehende außeretatsmäßige extraordinäre Verwaltung schließt ab in Einnahme mit 128 172 098 M. und in Ausgabe, ausschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Rückstände, mit 128 784 652 M. Die Ausgaben übersteigen demnach die Einnahmen um 612 554 M. Werden von den verbleibenden Mehreinnahmen der etatsmäßigen Verwaltung im Be-

trage von	87 517 037 M.
die verbleibenden Mehrausgaben derselben Verwaltung mit	50 941 490 „
in Abzug gebracht, so ergiebt sich dem Staatshaushalts-Etat gegenüber ein Ueberschuß von	36 575 547 M.
und nach weiterer Abrechnung des Betrages von	612 554 „
um welchen die Ausgaben der außeretatsmäßigen extraordinären Verwaltung über die Einnahmen derselben	
Verwaltung hinausgehen, ein disponibler Ueberschuß von	35 962 993 M.

[Der Verkehr auf den preußischen Staatsbahnen im Jahre 1887/88.] Von den Gesammteinnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr entfallen in dem Jahre 1887/88 auf die Personenbeförderung 179 640 642 M. (gegen das Vorjahr + 7 561 858 M. oder 4,4 pCt. und wenn die Beförderung auf den neu erworbenen Bahnen, Berlin-Dresdener, Nordhausen-Erfurter und Aachen-Jülicher Bahn, ausgeschieden wird, + 574 131 M. oder 3,3 pCt.), auf die Beförderung von Gepäck und Hunden 4 741 110 M. (+ 81 404 M. gegen das Vorjahr) und auf sonstige Einnahmen 248 419 M. (+ 61 184 M. gegen das Vorjahr). Bei der Personenbeförderung wurden vereinnahmt: I. Wagenklasse: 7 768 874 M. oder 4,3 pCt. (— 224 186 M. oder 0,3 pCt. gegen das Vorjahr), II. Wagenklasse: 47 910 950 M. oder 26,7 pCt. (+ 1 584 222 M. oder 20,3 pCt. gegen das Vorjahr), III. Wagenklasse: 77 739 104 M. oder 43,3 pCt. (+ 2 263 227 M. oder 29,1 pCt. gegen das Vorjahr), IV. Wagenklasse: 41 002 686 M. oder 22,8 pCt. (+ 3 431 384 M. oder 44,1 pCt. gegen das Vorjahr) und Militärbeförderung 5 219 028 M. oder 2,9 pCt. (+ 507 211 M. oder 6,5 pCt. gegen das Vorjahr). Die Verminderung der Einnahme von in I. Wagenklasse beförderten Personen ist wesentlich auf eine Abnahme des internationalen Verkehrs zurückzuführen. Die Gesammtzahl der beförderten Personen betrug 191 674 116, sie hat mithin gegen das Vorjahr um 15 596 866 Personen oder 8,9 pCt. zugenommen. Während aber an der Steigerung der Einnahmen die 4. Wagenklasse den erheblichsten Antheil hatte, ist an der Vermehrung der Anzahl der Reisenden am hervorragendsten die 3. Klasse (106 118 254 gegen 97 338 286 im Vorjahre) betheiligt, bei der 4. Klasse beträgt die Zunahme 5 646 549 Personen (61 194 340 gegen 55 547 791), bei der 2. 1 153 252 (19 100 216 gegen 17 916 964) Personen, und bei der 1. Wagenklasse beträgt die Abnahme 35 455 Personen (1 039 200 gegen 1 104 345 im Vorjahre). — Der Verkehr auf zusammensetzbare Rundreisekarten (Kartenhefte) hat 1887/88 eine erhebliche Ausdehnung gewonnen. Die Anzahl der ausgegebenen Kartenhefte ist von 128 941 im Jahre 1886/87 auf 158 362 im Jahre 1887/88 gestiegen, und die Einnahmen aus dem Schlafwagenverkehr haben sich von 275 793 M. im Vorjahre auf 320 285 M. im Jahre 1887/88 erhöht. Im Ganzen waren am Ende des Jahres 1888 auf 9 Schlafwagencursen 31 Schlafwagen eingestellt, die zusammen von 64 675 Reisenden benutzt wurden. — Die Einnahme und der Umfang des Güterverkehrs haben stetig zugenommen, und diese Verkehrssteigerung erstreckte sich auf fast alle wichtigeren Frachtgegenstände der Industrie und der Landwirthschaft, auf den Versand von Steinkohlen wie von Erzen, Roh- und Fabrikateisen, Holz, Cement, gebrannten Kalk, bearbeitete Steine, Roggen, Mehl, Kartoffeln, Düngemittel, raffinirten Zucker, Bier. Was z. B. den Kohlenverkehr betrifft, so betrug die Zahl der insgesammt an Kohlen einschließlich Coakes und Briquets beförderten Tonnen im Jahre 1887/88 49 888 006 gegen 46 671 965 Mark im Vorjahre und die Gesammteinnahme aus dem Kohlenverkehr 164 795 005 M. gegen 150 284 671 M. im Vorjahre. — Auch die Einnahmen aus dem Depeschenverkehr haben zugenommen. Es sind befördert worden 16 421 gebührenfreie Staatsdepeschen (15 054 im Vorjahre), Privatdepeschen 1 061 554 (1 043 657 im Vorjahre) und der Einnahmeantheil für die Bahnverwaltung stellte sich auf 525 162 M. gegen 511 989 M. im Vorjahre.

[Ein Verzeichniß fürstlicher Privatsecretäre,] welche bei politischen Kundgebungen die Feder führten, wird im „Berliner Tageblatt" zusammengestellt aus Anlaß der neuesten Mittheilungen über den Verfasser der Erlasse des Kaisers Friedrich bei der Thronbesteigung. Der Aufruf des Königs Friedrich Wilhelm III. „An mein Volk" vom 17. März 1813 rührte vom Schriftsteller Hippel her. — Niebuhr, Bunsen und Theremien verfaßten die politischen Patente König Friedrich Wilhelms IV. Das vertrauliche Rundschreiben an die süddeutschen Regierungen mit der Aufforderung zur Schließung von Bündnißverträgen unmittelbar nach dem Kriege von 1866 rührte von Lothar Bucher her. Die Thronreden König Wilhelms I. haben vielfach die Geheimräthe Hahn und Hermann Wagener verfaßt.

[Die musikalische Huldigung,] welche die dreihundert Musiker dem Kaiser am 16. December im Opernhause darbrachten, wird, wie wir schon meldeten, am Geburtstage des Kaisers wiederholt werden. Es ist wieder die Form einer Matinée gewählt worden, welcher der Kaiser und vermuthlich auch die Kaiserin beiwohnen werden. Die Aufführung findet am Sonntag Mittag um 12 Uhr statt. Das Programm ist genau dasselbe geblieben, wie am 16. December, und hat nur eine Erweiterung erfahren durch Einfügung des sogen. Armeemarsches der Koburger. Eine Titelveränderung hat auch das auf dem Programm des 16. December als „Marsch Friedrichs des Großen" bezeichnete Musikstück erhalten. Diese Pièce hatte der Kaiser vor längerer Zeit dem Kammermusiker Kosleck, dem Veranstalter der Ovation, zum Instrumentiren für alte Trompeten ꝛc. übergeben, mit dem Bemerken, daß dies eine Composition Friedrichs des Großen sei. Wie man sich erinnern wird, war in allen Kritiken über die Aufführung des 16. December der eigenartige Klang und originelle Charakter dieses flotten, schneidigen Marsches aus Fridericianischer Zeit hervorgehoben worden. Nachträglich ist nun in der Notenabtheilung der königlichen Bibliothek das Originalmanuscript dieses Marsches aufgefunden worden und es hat sich unzweifelhaft ergeben, daß der Marsch nicht von Friedrich dem Großen, sondern von Friedrich Wilhelm III. herrührt.

[Ein umfangreicher Socialistenproceß,] welcher am Mittwoch vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I begann, hatte so viel, zumeist dem Arbeiterstande angehöriges Publikum nach Moabit gelockt, daß der Zuschauerraum des großen Schwurgerichtssaales, in welchem die Verhandlung stattfand, bis auf den letzten Platz gefüllt war. Es hatten folgende neun Personen, die aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden, auf der Anklagebank Platz zu nehmen: Tischler Heinrich Lau, Schuhmacher Carl Schubert, Tischler Adolf Kuhn, Tapezierer Emil Kann, Arbeiter Paul Brunsch, Maurer Friedrich Schulz, Tischler Gustav Brödenfeld, Tischler Wilh. Langfeldt und Tischler Rudolf Volkmann. Nach der Anklage sollen sämmtliche vorbenannte Personen einem „Geheimbund" zur Förderung verbotener socialdemokratischer Zwecke angehört und in zwei Fällen ohne Genehmigung der Polizeibehörde eine politische Versammlung abgehalten haben. Vertheidiger sämmtlicher Angeklagten ist der Rechtsanwalt Hugo Sachs. Die der Anklage zu Grunde liegenden Thatsachen sind dieselben, wie in früheren Socialistenprocessen, auch spiegelt die jetzige Verhandlung im Wesentlichen dasselbe Bild wieder, wie die früheren Verhandlungen. Der Präsident giebt zunächst eine kurze Darstellung der Organisation, wie sie bei dem Berliner socialistischen Central-Comité bestehen soll. Es soll dasselbe in acht Abtheilungen zerfallen, welche „Hauptmannschaften" genannt werden. Die an der Spitze dieser Abtheilungen stehenden Personen werden Hauptleute, Führer oder Vertrauensmänner genannt, und eine derartige Stellung sollen die Angeklagten eingenommen haben. Ihre Thätigkeit soll besonders in der Verbreitung socialdemokratischer Schriften, in der Einziehung von Beiträgen und in dem Vertriebe von Sammelbons zum Besten Ausgewiesener bestanden haben. Die Polizeibehörde überwachte die Angeklagten schon seit längerer Zeit, als ihr die Mittheilung wurde, daß am Abende des 24. Juni 1888 im Dautzenberger'schen Schanklocale in der Manteuffelstraße eine größere Zusammenkunft derselben stattfinden sollte. Es gelang, die Angeklagten zu überrumpeln, als sie mit Ausnahme von Langfeldt und Volkmann in einem Hinterzimmer des genannten Locals um einen Tisch herum saßen. Lau schien den Uebrigen einen Vortrag zu halten, als die Polizeibeamten eintraten. Auf dem Tische wurden mehrere Notizbücher gefunden, welche, allerdings nur für den Eingeweihten verständlich, eine Abrechnung zu enthalten schienen, wenigstens correspondirten die einzelnen Beträge der verschiedenen Bücher untereinander. Es wurden genau so viele gedruckte Abrechnungen der „Hauptkasse der Berliner Socialdemokratie" für das erste Halbjahr 1888 im Locale gefunden, wie Personen anwesend waren. Eine Haussuchung bei den Angeklagten förderte in fast allen Fällen socialdemokratische Bücher und Druckschriften zu Tage. Die Angeklagten Langfeldt und Volkmann sind am Morgen des 24. August vorigen Jahres in einem Treptower Locale unter Umständen betroffen worden, aus denen die Polizei schloß, daß es sich auch dort um eine socialdemokratische Zusammenkunft handelte. Sämmtliche Angeklagte bestritten ihre Schuld, Lau und Schubert sogar ihre Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Partei. Sie seien rein zufällig an jenem Abende im Dautzenberger'schen Locale zusammengetroffen und einer der Angeklagten meinte, daß es doch nichts Auffälliges sei, wenn in einem Arbeiterviertel, in dem über 30 000 Stimmen auf einen socialistischen Arbeiter-Candidaten entfielen, 8—10 Arbeiter in einem Locale zusammenträfen, die Gesinnungsgenossen seien. Keiner der Angeklagten wollte den Zweck oder Inhalt der beschlagnahmten Bücher kennen, auch bestritten sie, daß sie unter sich einen geheimen Verkehr gepflogen. Um diesen Nachweis zu führen, ist von der Anklagebehörde eine große Anzahl Beamter der politischen Polizei geladen worden: es tritt keine einzige Privatperson als Zeuge auf. Die Verhandlung wird voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

[Zur Affaire Geffcken.] Die kürzlich mitgetheilte Auslassung der „Straßb. Post" über die Stellung Geffckens als emeritirter Professor an der Straßburger Universität giebt der „Münch. A. Z." zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

„Man würde sich diesem drastischen Winke gegenüber, den man in früheren Zeiten wohl als Denunciation bezeichnet hätte, heutzutage mit dem uns übrig gebliebenen Rest sittlicher Entrüstung begnügen, wenn nicht gleichzeitig das Gerücht ginge, daß der Artikel inspirirt sei und die hier gegebene Anregung praktische Folgen haben solle. Dabei würde es sich zunächst wohl um eine Interpretation oder Vervollständigung der disciplinarischen Bestimmungen und ihrer Anwendung auf Universitätsprofessoren handeln — ein Vorgehen, das gewiß nicht verfehlen könnte, in den weitesten Kreisen Aufsehen zu erregen."

* **Berlin,** 23. Jan. [Berliner Neuigkeiten.] Die 18jährige Tochter eines im Norden der Stadt wohnenden Handwerkers, Helene W., war seit etwa einem Jahre mit einem jungen Kaufmann verlobt, der vor etwa vier Wochen schwer erkrankte und dessen Zustand schließlich jede Hoffnung ausschloß. Das Mädchen theilte sich in die Pflege mit der Mutter des Kranken; da theilte der Arzt den beiden Frauen mit, daß die Lebensdauer des Leidenden nur noch nach Stunden zu berechnen sei. Wortlos erhob sich das junge Mädchen und ging aus dem Zimmer. Als nach etwa einer Viertelstunde der Kranke nach seiner Braut rief, begab sich die Mutter nach dem Wohnzimmer, fand hier jedoch am Fenster hängend das junge Mädchen leblos vor. Es gelang, dieselbe wieder ins Leben zurückzurufen. Wiewohl das unglückliche junge Mädchen wieder körperlich hergestellt ist, hat sich doch der Geist desselben, wohl in Folge des inzwischen eingetretenen Todes des Bräutigams, umnachtet.

Der 18jährige Handlungslehrling S. erhielt Dinstag Abend von seinem Principal, einem Kaufmanne in der Leipzigerstraße, den Auftrag bei dem Postamt Nr. 19 in der Beuthstraße fünf Geldbriefe mit einem Gesammtinhalt von 4700 M. aufzugeben, sowie 650 M. auf Postanweisungen einzuzahlen. Nachdem S. die Postanweisungen an den Schalter abgegeben hatte, zählte er an einem neben dem Schalter befindlichen Pult 650 Mark auf ein Zahlbrett auf. Eine Frage, welche der Schalterbeamte über den Bestimmungsort einer Postanweisung an ihn richtete, veranlaßte den S., sich von dem Pulte weg nach dem Schalter hinzuwenden. Als er sich nach dem Pulte zurückwandte, war die schwarze Ledertasche mit mit den darin befindlichen Geldbriefen, die S. neben das Zahlbrett gelegt hatte, verschwunden. Zweifellos hat ein junger Mann, welcher neben S. am Pulte gestanden hatte, die Unachtsamkeit des Lehrlings benutzt, um die Tasche mit ihrem werthvollen Inhalte zu stehlen. Auf Ermittelung des Thäters und Herbeischaffung des Geldes hat der Bestohlene eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Frankreich.

L. Paris, 22. Jan. [Eine antifranzösische Kundgebung.] Der „Temps" schreibt: In Origny-en-Thiérarche (Aisne) war vor Kurzem ein Brauerei-Besitzer, Namens Faßbender, der sich für einen Oesterreicher ausgab, ausgewiesen worden, hatte aber einen zwanzigtägigen Aufschub erhalten, den er zur Veranstaltung einer antifranzösischen Kundgebung benützte. Die Arbeiter der Brauerei, darunter mehrere Fremde, durchzogen die Straßen, indem sie eine französische Fahne in den Koth zerrten und „Vive la Prusse!" schrieen. Noch seltsamer aber war, daß sich einige Franzosen, darunter der Trompeter, der Feldwebel und der Corporal der Feuerwehr, den Manifestanten angeschlossen hatten, und daß der Maire von Origny nicht für nöthig erachtet hatte, einzuschreiten. In Folge einer vom Präfecten angestellten Untersuchung ist der Maire abgesetzt worden. Die Fremden, welche an der antifranzösischen Manifestation Theil nahmen, werden ausgewiesen werden. Faßbender, der verantwortliche Urheber dieser Ruhestörung, hat bereits am anderen Tage das Weite gesucht. Wir wollen noch hinzufügen, daß das boulangistische und reactionäre Blatt des Ortes „L'Indépendant" energisch den Maire in Schutz nimmt.

Belgien.

Brüssel, 21. Januar. [Proceß Van Beers.] Vor dem Gerichtshofe von Antwerpen ist soeben der Proceß zum Abschlusse gelangt, der seit Monaten zwischen dem berühmten belgischen Maler Jan Van Beers und dem Bilderhändler Roland-Baudouin geschwebt hatte. Man erinnert sich noch der ersten Stadien des Falles. Der Maler hatte damals den Händler vor dem Gerichtshofe von Brügge angeklagt, Bilder verkauft zu haben, die von anderer Hand mit seiner Unterschrift versehen

---

Einiges zur Geschichte des Breslauer Apothekenwesens.

Daß in einer so rasch aufblühenden Handelsstadt wie Breslau, wo man sich nach vollgiltigen historischen Zeugnissen auf gutes Essen und Trinken meisterlich verstand, auch frühzeitig die „Küche des Aeskulap" auf ihre Rechnung kam, darf als selbstverständlich angenommen werden; und so läßt sich vermuthen, daß mindestens eine Apotheke hier bereits im 14. Jahrhundert, wenn nicht schon eher, existirte. Doch liegt über den Anfängen des Breslauer Apothekenwesens noch ein wenig gelüfteter Schleier, was vielleicht darin seinen Grund hat, daß die ersten derartigen Unternehmungen in Hausapotheken der wenigen Aerzte bestanden und deshalb nur vorübergehender Natur waren, oder daß die ersten Apotheken-Privilegien nicht, wie dies später eine Zeit lang der Fall war, vom Rathe, sondern vom Herzoge ertheilt wurden. In der That wird schon 1331, also noch unter Herzog Heinrich VI., ein Apotheker Heinrich in Breslau genannt (siehe: „Breslau unter den Piasten" von C. Grünhagen). Wahrscheinlich ist der 1350 zum ersten Male erwähnte Apotheker Heinrich Heise (Heiso, Heisonis, d. h. Sohn des Heiso, Heyze, Heize) ein Sohn des Vorgenannten. Dieser offenbar sehr wohlhabende und dem Patriziate angehörende Apotheker Heinrich Heise saß (wie man in dem von H. Markgraf und O. Frenzel herausgegebenen Breslauer Stadtbuche nachlesen kann) von 1368—1385 zehnmal als Schöffe oder Consul im Rathe und erscheint sogar einmal (1384) an zweiter Stelle unter den Consuln an der Seite des mächtigen Heinrich von Slanz und in Gesellschaft von Sprossen der reichen und machtvollen Geschlechter der Lemberg, Dompnig, von der Neisse, Beyer, Hartlieb, Dumlose, Schwarze, Steinkeller u. A. Wir haben es also hier mit der ältesten historisch nachweisbaren Breslauer Apothekerfamilie zu thun. Wo aber lag die Heise'sche Officin? Das ist eine Frage, welche noch der Beantwortung harrt. Es wird zwar anno 1360 einer Apotheke auf dem Hühner- (Kränzel- oder Hinter-) markte Erwähnung gethan, als Besitzer derselben aber ein Apotheker Arnold Wenzels (nach den in Werners „kurzem Beitrag zur Geschichte der Apotheken Breslaus" verwendeten Aufzeichnungen des Hüttenraths Abt) genannt. Der Existenz dieser Officin, welche nach der nicht ganz unanfechtbaren Tradition als die älteste in Breslau gilt, wird auch 1421 gedacht. In dieser Zeit aber war sie nicht mehr die einzige. In dem in Nr. 1 und 4 der „Breslauer Zeitung" des laufenden Jahrgangs veröffentlichten Feuilleton „Was sich die Albrechtsstraße erzählt" war vorübergehend gesagt, daß gegenüber der Magdalenen-Schule (nicht Kirche), also auf dem Theile der Albrechtsgasse, welcher „Unter den Goldschmieden" hieß, „schon im Anfange des 15. Säculums" eine Apotheke lag. Daß sie die älteste Apotheke gewesen, war nicht behauptet worden, und konnte auch gar nicht behauptet werden, weil ihrer nur in den Jahren 1428 und 1445 (in der Topographie Breslaus im 14. und 15. Jahrhundert von Alwin Schultz, Zeitschrift X) mit der Angabe „gegenüber der (Magdalenen-) Schule" Erwähnung geschieht. Da von demselben Forscher unter 1421 auch der Hühnermarkt-Apotheke gedacht und der Fortbestand derselben auch sonst bezeugt wird, so ist es jedenfalls sicher, daß in Breslau um 1440 zwei Apotheken existirten. Wäre es nicht aber denkbar, die Existenz dieser zwei Apotheken ebenso gut auch schon in der Mitte des 14. Jahrhunderts in einer Zeit anzunehmen, in welcher sich Kaiser Karl IV. ernsthaft mit der Ausführung des Planes beschäftigte, die zweite, stolz emporstrebende, volkreiche und geldkräftige Hauptstadt seines böhmischen Hausstaates zum ersten Stapelplatz des Ostens zu erheben? Und wenn dem unzweifelhaften Apotheker Heinrich Heise die Hühnermarkt-Apotheke nicht gehörte, besaß er nicht vielleicht jene Officin auf der Albrechtsgasse gegenüber der Schule?

Eine solche Hypothese drängt sich in Folge zweier urkundlich verbürgter Vorgänge aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts auf. Am 20. December 1484 „gönnten und erlaubten" die Rathmannen dem bisherigen Besitzer der Hühnermarkt-Apotheke, Magister Nikolaus Rohn (Ron), „daß er aus dem Hause, welches er gekauft hatte von der Frau Hedwig Christoph Rintfleischin, nachgelassenen Tochter des Schöppen Marcus Kurn (Korn) auf der Albrechtsgasse, eine Apotheke machen konnte und sich darin einrichten, als er wüßte", doch unter der Bedingung, „daß die alte Apotheke auf dem Hühnermarkte, darin er vor gewohnt und Apothekerhandel gehabt, soll abgethan sein." (So zu lesen in der von Stenzel herausgegebenen Darstellung der inneren Verhältnisse Breslaus ꝛc. von Klose, Script. rer. Siles. III.) In der 1489, also nur 5 Jahre später erschienenen ältesten bekannten Breslauer Apotheker-Ordnung ist (siehe H. Markgrafs Geschichte Breslaus in kurzer Uebersicht) auf einmal von vier Apotheken die Rede, nämlich von der Hühner- oder Hintermarkt-, von der kurz vorher (1484) auf der Albrechtsstraße errichteten Adler-, von der Naschmarkt- und der Mohren-Apotheke. Es läßt sich ja denken, daß die Bemerkung in dem oben erwähnten Raths-Privilegium an Magister Rohn, die von diesem bisher besessene Hintermarkt-Officin solle „abgethan" sein, nur besagen sollte, der Genannte dürfe nicht zwei Apotheken besitzen; und daß also die genannte Apotheke an einen anderen Jünger der Pharmacie, wahrscheinlich jenem Rosenberg verliehen wurde, dessen Wittwe und Sohn im Beginn des 16. Jahrhunderts das Geschäft fortsetzten. Ganz undenkbar aber erscheint es, daß der Rath innerhalb des kurzen Zeitraums von 1484 bis 1489 außer dem Rohn'schen noch zwei neue Apotheker-Privilegien ertheilt haben sollte. Das Räthsel, wie in Breslau anno 1489 vier „Küchen des Aeskulap" vorhanden sein konnten, nachdem vor 1484 nur zwei erwähnt worden waren, läßt sich theilweise nur durch die Annahme lösen, daß die ältere Albrechtsgassen-Apotheke „gegenüber der Schule", von der nach 1445 weiter keine Rede mehr ist, in der Zeit zwischen 1445 und 1484 nach einem anderen Theile der Stadt verlegt worden sei; denn es ist kaum anzunehmen, daß jene Officin eingegangen war, aber ebensowenig, daß der Rath dem Magister Rohn ein Privilegium für die Albrechtsgasse ertheilt haben würde, wenn die Apotheke „gegenüber der Schule" dort noch gewesen wäre. Und die Hypothese hat daher sehr viel für sich, daß die in der „Ordnung" von 1489 als bereits bestehend plötzlich auftauchende Naschmarkt-Apotheke identisch mit jener älteren Albrechtsgassen-Apotheke ist, in welcher möglicher Weise schon der Vorfahr Heinrich Heises kostbare Pulver und Pillen schuf. Man versichert, daß es trotz eifrigen Suchens im Staats- und Stadt-Archiv noch nicht gelungen sei, das ursprüngliche Privilegium der Naschmarkt-Apotheke aufzufinden. Wenn sie nicht, wie man bisher annahm, in der Zeit zwischen 1485 und 1504 begründet und wenn das ursprüngliche Privilegium eben jener älteren Albrechtsgassen-Apotheke, und zwar möglicherweise dem Senior der Breslauer Pharmaceuten, einem Vorfahren des ehrbaren Rathsherrn Heinrich Heise, ertheilt wurde, dann wäre die Vergeblichkeit der Nachforschungen ja erklärlich, dann erschiene aber auch der Alters-Vorrang der Hintermarkt-Apotheke gefährdet. Der erste bekannte Besitzer der Naschmarkt-Officin war nach den oben erwähnten Abt'schen Aufzeichnungen Stephan Strauß (1504—1519).

Als die vierte und wahrscheinlich jüngste der in der „Ordnung" von 1489 aufgeführten „Küchen des Aeskulap" erscheint die Mohren-Apotheke auf dem Salzringe (Blücherplatz). Doch auch über ihre Entstehung weiß man nichts weiter als die Vermuthung beizubringen, daß sie nach der Naschmarkt-Apotheke aufgethan worden sei, und dies würde auf die Zeit zwischen 1445 und 1489 hindeuten. Man sieht also, daß die Geschichte der vier ältesten Apotheken Breslaus sehr in Dunkel gehüllt ist und daß man eigentlich das meiste von der Entstehung der Adler-Apotheke weiß. Dieselbe scheint im Laufe des 16. Jahrhunderts den ersten Rang in Breslau eingenommen zu haben, da sie den Beinamen: „die schöne Apotheke" trug. Nikolaus Pol berichtet in seinen Jahrbüchern: „Am 19. Jan. 1561 starb 90 Jahre alt der Dr. med. Fabian Kindler in der schönen Apotheke auf der Albrechtsgasse." Diese Officin befand sich nach einer Angabe der Werner'schen Schrift in dem Hause Nr. 39 („Goldenes Männel"). Nach einer authentischen Nachricht aus 1792 beherbergte sie das Haus zu den „drei Karpfen" (Nr. 57). Im J. 1828 (1. April) wurde sie in das Haus Ring Nr. 59 verlegt und führt seitdem die Bezeichnung „zum schwarzen Adler". Die Studenten nannten sie einst auch die „Vogel-Apotheke".

Im J. 1543 war bereits vom Rathe das Privilegium zur Errichtung einer fünften Apotheke ertheilt worden. Aber der Kaiser, hinter den sich die Inhaber der vier alten Officinen gesteckt haben mochten, nahm die oberste Entscheidung in Anspruch und nöthigte den Rath, der ja damals gewichtige Gründe hatte, sich in Nebensachen nicht allzu unnachgiebig gegen den Kaiser zu gebehrden, zur Schließung der fünften Apotheke, und so führte die „Ordnung" von 1579 immer noch blos vier Officinen auf.

Die Entwickelung der Breslauer Pharmacie konnte sich dergestalt im Interesse des Monopols der vier Apotheken-Besitzer eine Pause von über 200 Jahren gönnen. Erst 1695 gestattete ein Privilegium Leopold I. dem Kaspar Hancke, welcher sich in dem von den Türken

waren. Der Kunsthändler dagegen hatte als Entlastungszeugen mehrere ehemalige Schüler Van Beers' citirt, die jetzt mit ihrem Meister entzweit sind und die zu allgemeinem Erstaunen aussagten, daß es der Meister selbst sei, der sein eigener Fälscher geworden, indem er seine Unterschrift auf Bilder setzte, die er nie gemalt. Die Sache war für Van Beers äußerst peinlich, doch bekommt sie ein anderes Gesicht nach dem Urtheile, das der Antwerpener Gerichtshof soeben gefällt hat. Der Kunsthändler hatte nämlich, in Brügge freigesprochen, nun seinerseits den Maler in Antwerpen auf Entschädigung verklagt. Der Gerichtshof, um klar zu sehen, hatte schon im Juli angeordnet, daß die fraglichen Bilder ihm producirt würden, und daß der Kunsthändler deren Provenienz bekanntgebe. Heute constatirt der Gerichtshof, daß Jan Van Beers vergeblich wiederholt diese Aufforderung an Roland-Baudouin gerichtet hat und daß dieser Letztere vor allem die Pflicht hatte, dem Gerichte mitzutheilen, von wem er die angeblich gefälschten Bilder erhalten habe. Statt dessen habe Roland-Baudouin die Bilder um einen niedrigen Preis nach England verkauft, und der englische Käufer sei nicht zu ermitteln gewesen. In Folge dieser Hindernisse, die Herr Roland-Baudouin selbst „mit unbegreiflicher Leichtfertigkeit" dem Nachweise der Wahrheit entgegenstellt, zu welchem Behufe der Künstler vorgeblich die fachmännische Untersuchung der Bilder gefordert hat, beschloß der Gerichtshof, den Bilderhändler mit seiner Klage auf Entschädigung abzuweisen, und verurtheilte ihn in die Kosten. In der Begründung des Urtheils, die der „Figaro" abdruckt, constatirt der Gerichtshof, „daß die einzigen Zeugen gegen Van Beers sind: eine Person, die überwiesen ist, ein gerichtlich als gefälscht erklärtes Werk von Van Beers, das er von Roland-Baudouin selbst hatte, als echt verkauft zu haben, und zwei Maler, die, einst mit Van Beers intim, jetzt im ernstesten Zerwürfniß mit ihm leben und, indem sie sich als Urheber der fraglichen Bilder kundgaben, ein persönliches Interesse daran hatten, zu behaupten, daß Van Beers' Signatur von ihm selbst oder mit seiner Einwilligung beigefügt wurde — folglich diese Zeugenaussagen nur mit der größten Vorsicht aufzunehmen sind". Auch sei es „unwahrscheinlich, daß Van Beers, ein Künstler von Ruf, unbekümmert genug um seine Interessen gewesen, um gutwillig seine Unterschrift auf Bilder zu setzen oder setzen zu lassen, die er weder gemalt, noch vollendet, noch retouchirt hatte". Andererseits „wenn es auch wahr wäre, was übrigens anerkannt zu sein scheint, daß Van Beers ehemals mit Hilfe seiner Mitarbeiter gearbeitet habe, so hat er damit nur, mit Recht oder Unrecht, das Beispiel vieler älterer und neuerer Maler befolgt". Damit wäre denn vorläufig diese Affaire abgeschlossen, welche vor einigen Monaten in der Kunstwelt so große Sensation erregt hat. Der künstlerische Credit Van Beers' bleibt unbeschädigt, zumal da er einer jener Maler ist, die nachzuahmen oder zu fälschen gar schwer hält.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 24. Januar.

Zur Stichwahl!

Die „Schlesische Ztg." findet nicht den Muth, ihren politischen Genossen offen den Rath zu geben, dem socialdemokratischen Candidaten dadurch ein Mandat zu verschaffen, daß sie dem freisinnigen Candidaten ihre Stimme nicht geben. Aber sie braucht ihr altes Mittel, daß sie ihre Willensmeinung, wie sonst in einem Sprechsaale, diesmal an der Spitze des Inseratentheils kund giebt. Sie läßt einen Herrn F. erklären: „Die neuesten rhetorischen Leistungen des Herrn Eugen Richter machen den Cartellparteien jedes Eintreten für einen Candidaten seiner Partei unmöglich." Das heißt denn doch wohl klar und bündig: Wählt nicht den Stadtrichter Friedländer! oder mit anderen Worten: „Ehe Ihr dem freisinnigen Candidaten Eure Stimme gebt, laßt lieber den Socialdemokraten den Triumpf, daß sie in dem königstreuen Breslau mit großer Majorität ihren Candidaten durchbringen."

Wir unsererseits haben blos das Recht, unsern Parteigenossen dringend ans Herz zu legen, **daß Keiner an der Wahlurne fehle; jede einzelne Stimme kann die Entscheidung geben.**

Die unserer Partei nicht angehörigen Gegner der Socialdemokratie mögen selbst die Entscheidung treffen, ob sie direct oder indirect dem Socialdemokraten zur Wahl verhelfen wollen.

Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 24. Januar.

Die heut abgehaltene Sitzung wurde gegen 4 Uhr 25 Min. von dem Vorsitzenden, Justizrath Freund, mit einigen geschäftlichen Mittheilungen eröffnet, worauf sodann

Oberbürgermeister Friedensburg den Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten im Jahre 1887/88 vortrug, auf den wir noch zurückkommen und den die Versammlung sehr beifällig aufnahm.

Der Vorsitzende dankt dem Herrn Oberbürgermeister im Namen der Versammlung für die lichtvollen und anregenden Darstellungen, welche die bedeutsame und segensreiche Thätigkeit des Magistrats im Vereine mit seinen Beamten für das Wohl der Stadt klar ersichtlich machen. Redner bittet die Versammlung, ihre Zustimmung zu seinem Danke durch Erheben von den Plätzen auszusprechen.

Die Versammlung entspricht dieser Aufforderung, worauf Oberbürgermeister Friedensburg Namens des Magistrats und der ihm unterstellten Beamten dankt und versichert, beide werden auch ferner nach besten Kräften bemüht sein, für das Wohl der Stadt Sorge zu tragen.

Demnächst tritt die Versammlung in die Erledigung der Tagesordnung ein und es gelangt nach einigen unwesentlichen Sachen zunächst die

Verbreiterung der Catharinenstraße zur Verhandlung. Magistrat beantragt bekanntlich:

1) Die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß mit der Königlichen Regierung, Abtheilung für Kirchen und Schulwesen, als Vertreterin des Fiscus, der im Entwurf beiliegende Vertrag, betreffend die Verbreiterung der Catharinenstraße und den Neubau des Pfarrhauses zu St. Adalbert, auf der Grundlage beigefügten Projects vom 7. November pr., vorbehaltlich etwaiger Abänderungen desselben, welche die Bausumme nicht erhöhen, abgeschlossen wird; 2) die Beschlußfassung über diesen Antrag nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Stadtv. Kärger wirft zunächst einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Angelegenheit und empfiehlt sodann die Ueberweisung der Vorlage an den Bauausschuß. Dieselbe wird, nach einer persönlichen Bemerkung des Stadtv. Sckeyde und deren Zurückweisung durch den Vorsitzenden, zum Beschluß erhoben. Im Weiteren vollzieht die Versammlung eine größere Anzahl von

Wahlen zu städtischen Ehrenämtern. Es werden theils neu-, theils wiedergewählt: Militär-Effectenhändler Hellinger zum Mitgliede der Armendirection, Bäckermeister Küchler zum Vorsteher-Stellvertreter, Zimmermeister Kabisch zum Vorsteher und Restaurateur Thiele zum Vorsteher-Stellvertreter im 41., Kaufmann Glatzel zum Vorsteher im 120. und Fabrikbesitzer Illner zum Vorsteher-Stellvertreter im 85. Stadtbezirk, Stadtv. Maurermeister Brößling zum Mitgliede des Curatoriums der städtischen Gas- und Wasserwerke, Particulier und Armendirector Heck sen. zum Vorsteher für das Kindererziehungs-Institut zur Ehrenpforte, Geh. Sanitätsrath Grätzer und Particulier M. Müller zu Vorstehern der Commerzienrath Ernst Heimann'schen Stiftung, der Eisenbahn-Betriebs-Inspector a. D. Schöne zum Mitgliede der städtischen Canalisations-Commission, der Stadtv. Priesemuth zum Mitgliede der Promenaden-Deputation, zu Schiedsmännern der Generalagent Grüttner für den Matthiasbezirk, der Particulier Paul Stock für den Barmherzigen Brüderbezirk, der Kaufmann G. Pätzold für den Blaue Hirschbezirk, der Kaufmann P. Gottschalk für den Oderbezirk, der Particulier W. Piel für den Schweidnitzer Angerbezirk, II. Abth., der Kaufmann Schröper für den XI/M Jungfrauenbezirk, der Hausbesitzer P. Tintz für den Dombezirk, und zum Schiedsmanns-Stellvertreter im Nicolaibezirk, II. Abth., der Zimmermeister E. Hasenwinkel, ferner der Fabrikbesitzer Prokowsky und der Amtsgerichts-Calculator P. Tunk zu Vorstehern der katholischen Elementar-Knabenschule Nr. XL, die Stadtvv. Eckhardt, Friedenthal, Kiehlmann und Köhler zu Revisoren, die Stadtvv. Stentzel und Friederici zu Revisoren-Stellvertretern der Stadt-Haupt-Kasse, der Stadtv. Simon zum Mitgliede der Theater-Deputation, und der Stadtv. Rechtsanwalt Heilberg zum Vorstands-Mitgliede der Breslauer städtischen Wittwen- und Waisen-Kasse.

Hierauf trat die Versammlung in die General-Discussion über den Stadthaushalts-Etat pro 1889/90 ein. Der Referent Stadtv. Dr. Pannes hebt zunächst lobend das pünktliche Erscheinen, die Uebersichtlichkeit und sorgfältige Aufstellung des Etats hervor. Derselbe laute so günstig, wie nur je, sogar das verschleierte Deficit früherer Jahre sei verschwunden. Dies sei freilich nur dadurch ermöglicht, daß alle Hilfsmittel herangezogen seien. Er glaube nicht fehl zu gehen, wenn er sage, daß dies der letzte Etat sein werde, welcher sich so günstig stelle. Namentlich, wenn das Polizeilastengesetz Gesetzeskraft erhalten sollte, werde er künftig ein ganz anderes Bild als das jetzige rosige bieten. Der Etat sei äußerlich umfangreicher geworden dadurch, daß ein neuer Etat, der der neuen Irrenanstalt, hinzugetreten sei, wodurch zwar eine Verringerung beim Etat des Krankenhospitals zu Allerheiligen, im Ganzen aber doch eine Mehrausgabe von ca. 65 000 verursacht werde. Eine andre Veränderung biete der diesjährige Etat in sprachlicher Hinsicht dar, indem eine Menge von Fremdwörtern durch deutsche ersetzt sei, wie „Ordinarium" durch „gewöhnliche Ausgaben", „Extraordinäre" durch „unvorhergesehene"; merkwürdigerweise seien aber leicht entbehrliche Fremdwörter, wie post- und pränumerando stehen geblieben, selbst die Wörter: Communal, netto, brutto und Etat könnten durch deutsche Bezeichnungen, wenn auch nicht ganz leicht, ersetzt werden. Zum Etat selbst übergehend führt Referent an, daß die ordentlichen Ausgaben 8 531 000 Mark betragen, wozu noch 182 987 außerordentliche kommen. Diesen stehen 8 525 000 M. Einnahmen gegenüber, so daß sich ein Ueberschuß von circa 4000 M. ergebe, denn die Rechnungen für unvorhergesehene Fälle gehören eigentlich nicht in den Etat und kommen unvermeidlich immer vor, weil der Etat nur eine runde Summe einnehmen könne. Der Magistrat erkläre den Etat selbst für günstig und schreibe das im Wesentlichen drei Umständen zu, dem Staatsbeitrag zu den Schullasten, der Zunahme des Steuerertrages und des Ueberschusses der städtischen Betriebsanstalten. Aber eine andere Quelle der günstigen Gestaltung des Etats habe Magistrat gar nicht erwähnt, nämlich die verringerten Ausgaben, die doch sehr wesentlich zum Resultat beitragen. Während die vorjährigen außerordentlichen Ausgaben 321 000 M. betrugen, betragen die jetzigen nur 182 000, und nicht allein diese Summe sei im vorjährigen Etat voll in Anrechnung gekommen, sondern auch die Ausgaben für Canalbauten, die im vorigen Jahre aus der Anleihe gemacht worden. Es ergebe sich auf diese Weise ein Ausgabenminus von 138 000 M., und wenn man die 73 740 M. außerordentliche Ausgaben für Canalbauten dazuzähle, ein Minus von 212 000 M. Dadurch gebe der Etat ein ganz anderes Bild, als im verflossenen Jahre. Referent könne sich vorläufig nicht denken, daß keine derartigen Ausgaben nothwendig sein würden, nur das Eine wisse er, daß außerordentliche Ausgaben immer vorkommen können, und sollten sie auch nur dazu dienen, die Stadt zu verschönern, um das Publikum herzuziehen, namentlich Particuliers, und ihnen den Aufenthalt angenehm zu machen, Fremden überhaupt, besonders Wohlhabenden.

Zu den Vermehrungen der Einnahmen übergehend, bemerkt Referent, daß der Beitrag des Staats zu den Schullasten, 141 000 M., eine sehr hübsche Einnahme sei, ohne welche wir wieder ein Deficit haben würden. Dabei möchte er gleich zur Sprache bringen, ob es nicht besser wäre, anstatt diesen Staatsbeitrag in den Etat der Schulverwaltung einzusetzen, daraus einen Fonds zu bilden zum Ankauf von Schulgrundstücken, denn gegenwärtig erfordern diese Ankäufe immer große Opfer, und, was das Schlimmste sei, man bekomme nichts Passendes, wenn man gerade Grundstücke ankaufen müsse. Den zweiten Mehrertrag bringen die Steuern, vor allen die Einkommensteuer, welche sich von 2 593 000 M. auf 2 902 000 M. erhöht habe. Was früher Finalabschluß, das heiße jetzt Anschlag über das Endgebniß. Der Endabschluß 1886/87 betrug 2 796 000 M., 1887/88 2 722 000 Mark, er blieb also um ca. 70 000 M. hinter ersterem zurück; 1888/89, wo er 2 782 000 M. betrug, blieb er immer noch um 14 000 M. zurück, jetzt aber übersteigt der Finalabschluß den des Vorjahres. Die jetzige Veranlagung mit 2 900 000 Mark halte Referent für richtig, nur hätte sie früher ebenso gemacht werden müssen; dann hätte sich auch früher ein viel günstigeres Bild ergeben. Die Steuereinheit sei früher auf 161 000 M. veranschlagt worden, im nächsten Jahre auf 185 000, jetzt auf 283 000 M. Es sei also der höhere Steuerertrag daher gekommen, daß die Steuereinheit um 120 000 M. höher angesetzt sei. Die Schlachtsteuer ergebe 52 000 Mark gegen 48 000 M. im Vorjahr; das sei keine bedeutende Vermehrung, aber eine solche sei auch nur zu erwarten, wenn die Fleischpreise billigere werden, und das werde nicht eher der Fall sein, als bis wir den neuen Schlachthof haben werden. Die Braumalzsteuer betrage 5000 M., die Gebäudesteuer 9000 M. u. s. w.

Auf die einzelnen Etats übergehend, führt Referent aus, daß der der Haupt-Armenkasse 22 000 M. mehr betrage, hauptsächlich an Armen-Unterstützungen. Die Kurkosten seien um 3000 M. gestiegen; die Erwartung, daß diese Kosten in Folge des Krankenkassen-Gesetzes sich bedeutend verringern würden, habe sich nicht erfüllt, diese Kosten seien nur im ersten Jahre etwas zurückgegangen. Der Ertrag der Lustbarkeitssteuer ist 5000 Mark niedriger angesetzt, während merkwürdiger Weise eine Erhöhung der Einnahmen des Leihamts in Aussicht genommen sei. Sonst ständen doch Lustbarkeiten und Benutzung des Leihamts in gewissem Zusammenhange, wenn er auch nicht wisse, woher das komme.

Bei dem Etat der Forsten bedauert Redner den geringen Ertrag und bemerkt zu der Denkschrift des Oberförsters, welche für Oswitz einen Waldwärter für genügend hält, gegenüber daß seiner Zeit die Versammlung mit Absicht dort einen Förster angestellt habe zum Theil aus Rücksicht auf den großen Verkehr des Erholung suchenden Publikums. In Betreff des Volksschuletats hoffe er, nach dem Verhältniß der Frequenz der einzelnen Klassen, daß man fernerhin mit der Errichtung neuer Klassen langsamer werde zu Werke gehen können. Bei den Gas-Werken constatirt Redner eine, wenn auch im Verhältniß geringe Zunahme des Verbrauchs, der namentlich von der ausgiebigeren Benutzung von Gasmotoren herrühre. Die Straßenbereinigung weise eine bedeutende Mehrausgabe auf, in welcher etwaige Ausgaben für große Schneefälle noch nicht berücksichtigt seien. Im Interesse

---

belagerten Wien (1683) große Verdienste erworben hatte, die Eröffnung einer fünften, der Aeskulap-Apotheke, auf der Ohlauerstraße in einem Hause, das zwischen den Häusern „zum Löwen mit dem Schilde" und „zum Daniel in der Löwengrube" lag, und wo sie sich noch jetzt (Nr. 3) befindet. Aus der Naschmarkt-Apotheke, die damals auch die „Vollgnad'sche" hieß, dürfte die 1698 geadelte Patrizierfamilie von Vollgnad hervorgegangen sein. Diesen fünf Apotheken bewilligte der Kaiser 1701 Exclusiv-Privilegien, d. h. er resolvirte, daß man es bei dieser Fünfzahl „beständig" bewenden lassen soll. Aus der Zeit, in welcher die Apotheken-Privilegien ausschließlich vom Kaiser verliehen wurden, stammte auch das Symbol der Hintermarkt-Officin „zum goldenen doppelten Adler" (jetzt nur zum goldnen Adler"), während die Naschmarkt-Apotheke den „goldnen Hirsch" zum Wahrzeichen gewählt hatte. Trotz der kaiserlichen Exclusiv-Privilegien vermehrte sich die Zahl der „Küchen des Aeskulap" während des nächsten Jahrhunderts sehr bedeutend. Zwar waren die zunächst ins Leben gerufenen Haus-Apotheken der Barmherzigen Brüder (etwa 1712) und des Jesuiten-Collegiums der Leopoldinischen Universität (1735 eröffnet) nur für den Hausbedarf der betreffenden Stiftungen bestimmt. Aber König Friedrich II. durchbrach die Exclusiv-Privilegien, indem er 1741 den Joh. Gottl. Rolle zur Eröffnung einer „Hof- und Feld-Apotheke" („zum Adler") am Neumarkt „für Unsern Königlichen Hofstaat und zum Dienst Unser Garnison und Soldatesca", und 1763 den Jak. Sigism. Schmidt zur Eröffnung der Apotheke „zum fliegenden Roß" (Schweidnitzerstraße) völlig gleichberechtigt mit den früheren Privilegirten ermächtigte. Die letzte „privilegirte" Apotheke ist diejenige des Allerheiligen-Hospitals, welche der Menschenfreund Andreas Krischke 1799 begründete, dessen Bruder sie 1803 dem Hospital schenkte. Sie befand sich bis in die neueste Zeit im hintersten Theile des Burgfelds.

Der 1810 erfolgende Bruch mit dem Wirthschaftsprincip der Privilegien und „Gerechtigkeiten", welcher in Breslau mit dem Fall des Festungsgürtels und dem Beginn einer hierdurch wesentlich bedingten neuen Entwickelung der Stadt zusammentraf, gab den Anstoß zu einer neuen Aera ihres Apothekenwesens. Zunächst wurden die beiden Hausapotheken der Barmherzigen Brüder und der früheren Leopoldina in öffentliche verwandelt. Die letztere, bisher im Convict (Schmiedebrücke 35), hieß nach Vereinigung der Frankfurter mit der hiesigen Hochschule Universitäts-Apotheke (1860 nach der Taschenstraße Nr. 20 verlegt). Die neuen Officinen wurden von nun an nicht mehr privilegirt, sondern concessionirt, und es entstanden in ziemlich rascher Folge die „König Salomo-Apotheke" (Neue Sandstraße im „goldenen Kreuz") 1817, die Apotheke zum „Goldenen Pelikan" (Friedrich-Wilhelmstraße) 1830, die „Kronen-Apotheke" (Neue Schweidnitzerstraße) 1847 und die „Storch-Apotheke" (Matthiasstraße, jetzt Moltkestraße) 1848, womit denn zunächst die Schweidnitzer-, Sand-, Nicolai- und Odervorstadt die ihnen gebührende Berücksichtigung fanden. — Bemerkenswerth ist es, daß einige der 14 Apothekenbesitzer, welche Breslau bis über die Mitte dieses Jahrhunderts aufwies, eine hervorragende communale Rolle spielten. So z. B. F. A. Froböß (Hof- und Feld-Apotheke), welcher dem Gemeinwesen von 1836 bis zu seinem 1860 erfolgten Tode als Stadtrath diente, der Besitzer der „Mohren-Apotheke", Gerlach, welcher dem Magistrat von 1849 bis 1864 angehörte, Lockstädt (Schwarze Adler-Apotheke), dessen Name unter den Führern der vormärzlichen politischen Bewegung glänzt und der Jahre lang zu den gefeiertsten Stadtverordneten gehörte, u. A. — — Die allerneueste Zeit hat Breslau von 1864 ab um nicht weniger als neun Apotheken bereichert, von denen allein fünf in der Schweidnitzer- und je eine in der Sand-, Oder- und Nicolai-Vorstadt liegen. Man kann hiernach also deutlich vier Phasen in der Entwickelung des Apothekenwesens unserer Stadt unterscheiden.

F. G. Adolf Weiß.

In Lichtenberg's Gemälde-Ausstellung,

welche aus dem Zwinger jetzt wieder in die Räume des Museums übergesiedelt ist, findet sich ein Theil jener Bilder, die auf der Münchener Ausstellung ein hervorragendes Interesse erregt haben. Vor Allem gilt dies von dem Kolossalgemälde von J. Weiser: „Die unterbrochene Trauung", das auch hier nicht verfehlen wird, auf empfängliche Gemüther einen tiefen Eindruck zu machen. Schon die Bezeichnung des Bildes läßt Unheil ahnen. Trauungen pflegen in anderer, als in unliebsamer Weise nicht gestört zu werden; also wird sich Derjenige, der das Bild bisher weder im Original, noch in einer Nachbildung gesehen, auf Schlimmes gefaßt machen. Ist vielleicht, was noch das Glimpflichste wäre, eine Dame aus der Mitte der Trauzeuginnen ohnmächtig geworden? Hat die Braut, was allerdings ein enormes Aufsehen machen würde, anstatt das inhaltsvolle „Ja" zu hauchen, mit einem inhaltsvollen „Nein" einen „Eclat" in Scene gesetzt? Ist eine Panik in der Kirche entstanden? Hat ein verschmähter Liebhaber nach dem Bräutigam, eine betrogene Verlassene nach der glücklicheren Nebenbuhlerin geschossen? Doch wozu diese Combinationen? Das Gemälde redet eine deutliche Sprache: im Nu sind wir über den ganzen Sachverhalt, über seine Vorgeschichte und über den muthmaßlichen weiteren Verlauf orientirt. Am Altar, wie betäubt vom Schreck um sich blickend, steht der Bräutigam, der nunmehr „gewesene Zukünftige" der Braut, ein alter, abgelebter Herr, ein Roué in grauem Haar, (soweit solches noch vorhanden), ein Kammerherr oder irgend eine andre oberste resp. obere „Hofcharge", ein Mann, hervorragend geeignet, ein junges, liebebedürftiges Menschenleben, das man auf dem Wege einer erzwungenen „Vernunftheirath" an sein Schicksal kettet, tief unglücklich zu machen. Die Braut, eine blühende Schönheit, ist von den Stufen des Altars, von der Seite des alten Herrn, der beinahe ihr Gemahl geworden wäre, hinweg in die Arme des Geliebten gestürzt, den sie beglückt umfangen hält. Der Retter in der Noth ist im Reisekostüm. Eine Zugverspätung von zehn Minuten, und ein niederschmetterndes „Zu spät" hätte das Unglück zweier Menschen für immer schrecklich besiegelt! Wo der hochaufgeschossene Mann, den man wohl zu den sog. „schönen" Männern zählen darf — er entspricht den gewähltesten Schilderungen von Männerschönheit in den gelesensten Romanen der Neuzeit — bis zur Hochzeit geweilt, wie es möglich gewesen, die Verlobte mit allen Mitteln des Zwanges, der sanften Ueberredung, der schändlichen Lüge vielleicht, dem fernen Geliebten abwendig zu machen, das bleibt der Phantasie des Beschauers überlassen. Augenscheinlich ist die stolze Mutter, die links am Arme des Gatten, eines höheren preußischen Offiziers, verblüfft der Scene zusieht, nicht ganz unschuldig an der Kabale, die zwei liebende Herzen so grausam von einander reißen wollte. Dagegen bezeugt die Mehrzahl der Hochzeitsgäste, Freundinnen der Braut, unverhohlen ihre Freude über die stattgehabte Unterbrechung der Trauung. Unterdeß steht der Priester anscheinend rathlos, aber mit der bei seinem Stande selbstverständlichen Würde am Altar; die verhängnißvolle Frage, auf welche er gewöhnt ist, ein promptes „Ja" zu hören, schwebt ihm immer noch auf der Zunge — wie wird sich die wirre, unerwartete, dramatische Scene auflösen? Denken kann man sich's ja wohl, Gott sei Dank. Oder hat der Maler Eins übersehen? Wir leben doch im Zeitalter der standesamtlichen Beurkundungen von Eheschließungen, und diese müssen gesetzlich der kirchlichen Trauung vorangegangen sein. Was nützt also dem in zwölfter Stunde heimgekehrten Geliebten das jähe Eindringen in das Gotteshaus, da ja die Braut bereits eine gesetzlich vollkommen giltige Ehe mit dem alten Herrn eingegangen ist? „Ein recht prosaischer Einwand, der zu dieser lebensgroß gemalten Marlitt'schen Roman-Peripetie nicht paßt, den zu erheben mindestens pietätlos ist", wird man sagen. Nun, wenn hier schon ein Stoff aus der „modernsten Gesellschaft" dargestellt wird, wie die Kostüme ergeben, so muß es auch erlaubt sein, das dargestellte Sujet mit dem Maßstabe der modernen Verhältnisse zu messen. Möge im Uebrigen sich Niemand hierdurch die Freude über die Rückkehr des „Richtigen", die auf dem Weiser'schen Bilde im Moment höchster Spannung so dramatisch geschildert ist, verkümmern lassen. — In der Charakteristik der einzelnen Personen, zumal der Braut, des echten Bräutigams, der Eltern der Braut und der übrigen Zeugen des Vorfalls hat der Künstler ein anerkennenswerthes Gestaltungsvermögen an den Tag gelegt. Das Gemälde, an Größe mit den bekanntesten „Sensationsbildern" erfolgreich wetteifernd, verräth eine tüchtige Beherrschung der Technik, was bei einer so großen Leinwandfläche etwas bedeuten will. Ein schöner, satter und warmer Ton beherrscht coloristisch die Riesentafel. Das Innere der im üppigsten Jesuitenstyl durchgeführten Kapelle ist mit Virtuosität behandelt, die Stoffe der Toiletten, die Teppiche 2c. sind allen Anforderungen der neuzeitlichen Technik entsprechend gemalt. Das Bild wird nach dieser Richtung hin sich den vollen Beifall der Fachgenossen erwerben. Ob aber gerade ein so ungeheurer Apparat von Leinwand und Farbe nöthig war, um einen Vorgang dieser Art mit Lebhaftigkeit zu schildern, bleibe dahingestellt. Sind Genrebilder einer monumentalen Behandlung fähig? Das ist die Frage, die man bisher stets verneinen zu müssen glaubte. Und nach unserm Bedünken wird Weisers Bild hieran nicht das Mindeste zu ändern vermögen.

K. V.

einer gehörigen Vorberathung des Etats empfehle er die Ueberweisung desselben an den Etatsausschuß, der auch in Berücksichtigung zu ziehen haben würde, ob es sich bei den häufigen Nachforderungen nicht empfehle, die geringeren nicht erst der Beschlußfassung der Versammlung zu unterbreiten, die größeren dagegen sofort dem Etatsausschuß zur Erwägung zu überweisen.

Kämmerer v. Ysselstein wendet sich gegen die Ausführung des Vorredners, daß die günstige Stellung des Etats nicht blos von den Mehreinnahmen abhänge, sondern auch wesentlich durch weniger außerordentliche Ausgaben unterstützt würde. Bei einem Vergleich mit den früheren Jahren werde man finden, daß früher noch Gelder aus der Anleihe von 1880 eingestellt, und deshalb die Ausgaben höher bemessen werden konnten. Dies falle jetzt fort. Redner wendet sich im weiteren zu dem Einfluß, welchen das dem Landtage vorgelegte Polizeilastengesetz, von dem er hoffe, daß es nicht Gesetz werde, ausüben müsse. Der gegenwärtige Augenblick sei nach seiner Ansicht der ungünstigste, um ein solches Gesetz durchzubringen, und zwar weil einmal der Finanzminister bei der Etatsberathung zugestand, daß der Staat gegenwärtig die nöthigen Geldmittel besitze, um seine Ziele zu erreichen, andererseits aber der Staat seit mehreren Jahren durch Abgabe von Geldern an die Gemeinden anerkenne, daß die letzteren der Zuschüsse bedürfen. Deshalb erkenne er (Redner) keine Nothwendigkeit, ohne Zweck und ohne das Bedürfniß dafür, 21 großen Städten ungefähr 20 Millionen abzuziehen. Wenn zur Begründung der Vorlage angeführt würde, daß durch dieselbe nur eine Ausgleichung gegen die kleineren Gemeinden herbeigeführt werden solle, so betone er dem gegenüber, daß in den großen Städten die königliche Polizeiverwaltung nicht auf den Wunsch der letzteren eingeführt, sondern ihnen durch Gesetz octroyirt worden sei (Zustimmung). Wenn diese Vorlage nicht Gesetz würde, glaube er auch in Zukunft einen günstigen Etat versprechen zu können. Wie die Versammlung in betreff der Nachforderungen sich verhalten wolle, müsse er derselben überlassen (Bravo).

Stadtv. Friedländer: M. H.! Die Ausführungen des Herrn Kämmerers und auch die Rede des Herrn Referenten wird meine Aufgabe wesentlich einschränken. Doch habe ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wollen, um einige Gesichtspunkte geltend zu machen, die sehr interessant für die Beurtheilung der allgemeinen städtischen Finanzlage sind. Ich habe der heutigen Berathung des Etats mit einer gewissen Spannung entgegengesehen, nachdem gerade bei den letzten Wahlen so unausgesetzt und mit so eigenthümlichen Mitteln, bei denen nichts unversucht geblieben ist, gegen die bisherige Majorität der Versammlung gekämpft wurde. Dabei ist auch hervorgehoben worden, daß die Finanzen der Stadt reformirt und eine andere communale Wirthschaft durch eine andere Majorität hergestellt werden müßte. Ich hoffte, daß wir gerade bei Gelegenheit der heutigen Etatsberathung das Recept erhalten würden, nach dem von nun an die Stadt verwaltet werden müßte und die Finanzen der Stadt zu gestalten seien. Es ist sehr leicht, aber auch sehr gefährlich, in Versammlungen mit möglichst starken Worten, mit allerlei Anklagen und Verdächtigungen zu kommen, wenn Niemand da ist, der berufen und in der Lage ist, das zu widerlegen. Ich dachte, am heutigen Tage würden wir erfahren, was wir so Schlimmes verübt, was Magistrat und Stadtverordnete verbrochen haben und was nunmehr geändert werden soll. Die Herren schweigen aber, trotzdem doch gerade bei unserer Commune, welche als wirthschaftlicher Factor wirthschaftliche Interessen zu vertreten hat, der Etat die Grundlage der wirthschaftlichen Verwaltung und hier die richtige Gelegenheit ist, das vorzubringen, was in der Communalverwaltung geschehen soll oder nicht.

Bei der Etatsaufstellung erkenne ich die große Sorgsamkeit, Ordnung und Sparsamkeit gern an. Nach dem Vorbericht des Herrn Kämmerers und nach dem Referat des Herrn Collegen Dr. Pannes ist der Etat diesmal sehr günstig. Die Zahlen bestätigen das ja auch, aber die Methode ist eine andere geworden als früher. Bei der Communaleinkommensteuer ist in dem Voranschlag ein großer Sprung von 120000 M. gemacht worden. Daß das so kommen würde, war dem Herrn Kämmerer doch schon im vorigen Sommer bekannt, als wir das neue Steuerregulativ beschlossen; hätte man das damals schon gewußt, so würde das Facit vielleicht ein anderes geworden sein. Ein Unglück ist das nicht; denn wir haben noch das Recht der Quotisirung.

Ein Zweites habe ich zu der Aufstellung des Herrn Kämmerers zu sagen. Wir haben in diesem Jahre 316000 M. Mehrausgaben im Ordinarium, davon abgezogen 137000 M. Minderausgabe aus dem Extraordinarium, bleibt doch noch eine erhebliche Mehrausgabe. Wo bleiben aber da die Ueberschüsse? Ohne diese bekommen wir sofort ein Deficit. Wir bemessen doch bewußter Weise das Hauptextraordinarium immer niedriger, als es thatsächlich ist, weil wir wissen, daß die bei unserem soliden Verfahren zu erwartenden Mehreinnahmen das decken werden. Ohne diese Mehreinnahmen müßten wir auf den Bestandsgelderfonds zurückgreifen.

M. H.! Sie dürfen sich nicht darüber täuschen; wir sind nicht in einer aufsteigenden günstigen Entwickelung begriffen, sondern höchstens in einer stagnirenden; unser Bestandsgelderfonds hat sich durchaus nicht vermehrt; jetzt beträgt er 987000 M. Von den 300000 M. erzielten Ueberschüssen, die der Herr Oberbürgermeister am Schluß des Verwaltungsberichtes erwähnt hat, gehen doch 50000 M. ab als Dotation an die Pensionskasse und 227000 M. für die Zwingerstraßen-Expropriation. Die ins Haupt-Extraordinarium eingestellten 100000 M. sind doch — das wissen wir alle — viel zu gering; sie sind zum großen Theil jetzt schon aufgebraucht. Die unentbehrlichen Etatsüberschreitungen werden sich wieder sehr zahlreich einstellen, und das ist wenig erfreulich auch wegen der Reflexwirkung auf die Steuerkraft der Bürger. Auf der Bilanz haben wir uns nicht aus eigener Kraft erhalten, sondern weil uns zufälligerweise durch die staatliche Gesetzgebung außerordentliche Einnahmen zugeflossen sind, aus der lex Huene und dem Schullastengesetz. Diesen Boden, das fürchte ich sehr, werden wir nicht lange behalten. Denn im Gegensatz zu dem Herrn Kämmerer fürchte ich stark, daß das unglückliche Polizeilastengesetz angenommen werden wird, obwohl ich ja hoffe, daß die gegenwärtigen Abgeordneten Breslaus eine Mehrbelastung unserer Commune möglichst verhindern werden. (Bravo!) Der Herr Kämmerer hat bei der Aufstellung den Etat doch wohl nur als ein Provisorium angesehen, weil ja die neue Anleihe und das neue Steuer-Regulativ vor der Thür steht. Schärfer werden wir die Steuerkraft der Bürger unmöglich anspannen können, im Interesse der Entwickelung unserer Stadt, welche in den letzten Jahren mit der Entwickelung der anderen Großstädte lange nicht mehr Schritt gehalten hat. Das hat auch seine großen Nachtheile. Von den reichsten und steuerkräftigsten Bürgern verlassen viele Breslau und suchen andere Orte auf, die ihnen günstigere Lebensbedingungen bieten und weniger Steuern auferlegen. Einen Blick möchte ich noch werfen auf unseren unglücklichen Länderbesitz. Die 1071 ha Kämmereigüter bringen uns nur 24,28 M. pro ha, und auch davon verschwindet uns noch vieles unter den Fingern. Ebenso schlecht rentiren sich die Forsten und die Hospitalgüter, so daß der Verkauf dieser Güter wirklich stark in Betracht kommt, umsomehr, als die Ausgaben für unseren Schuletat immer steigen. Speciell bei den Hospitalgütern ist mir noch ein Gedanke humanitärer Art gekommen, ob man dieselben nicht für das Arbeitshaus verwerthen könnte. Die Klagen über die der Handwerkerarbeit durch das Arbeitshaus erwachsende Concurrenz wären dann beseitigt. Woher aber kommt es, daß wir in Breslau bei aller Sorgsamkeit und Sparsamkeit der städtischen Verwaltung nicht vorwärts kommen? Das liegt daran, daß uns die Canalisation bereits 7 921 000 Mark verschlungen hat. So lange dafür kein Aequivalent geschaffen ist, wird die Stadt immer kranken und nie in eine gedeihliche Finanzlage kommen. Aus den allgemeinen Steuern kann dies Aequivalent nicht mehr genommen werden, es muß eine neue Quelle geschaffen werden. Um darin Wandel zu schaffen, meine Herren, möchte ich Sie bitten, diese Ihre Aufgaben so rasch wie möglich anzugreifen, und auch den Herrn Kämmerer möchte ich bitten, von seinem Standpunkt aus diesen Aufgaben ihr Ziel zu weisen.

Stadtv. Stentzel verwahrt sich gegen den Vorwurf des Vorredners, daß noch keiner der neu eingetretenen Stadtverordneten zum Etat gesprochen habe. Dieselben müßten sich erst genügend informiren, ehe sie sprechen könnten; außerdem finde sich auch noch später bei den einzelnen Positionen Gelegenheit dazu. Er könne sich auch nicht erinnern, daß in den Wahlkämpfen gegen die Stadtverwaltung der Vorwurf erhoben worden sei, daß sie schlecht gewirthschaftet habe.

Der Vorsitzende bittet, auf persönliche Bemerkungen, die außerhalb der in Rede stehenden Sache lägen, nicht eingehen zu wollen.

Stadtv. Markfeldt begründet das Schweigen der neu Eingetretenen und auch seiner Gesinnungsgenossen damit, daß dieselben sich in der Minorität befänden und mit ihren Ansichten doch nicht durchdringen könnten. Zur Sache selbst erklärt er, von dem Etat nicht zufriedengestellt zu sein; er sucht die höheren Erträge des Leihamts zu erklären und spricht gegenüber der vom Stadtv. Friedländer angeregten Canalisationssteuer sich für eine Verminderung der aus dem Wasserconsum entstehenden Einnahmen der Stadt aus.

Stadtv. Hauske bringt unter großer Unruhe der Versammlung eine Reihe von anderen Steuern in Vorschlag.

Stadtv. Dr. Lion will nicht auf die persönlichen Ausführungen der Vorredner zurückgreifen, aber doch die Ausführungen des Herrn Markfeldt als unzutreffend bezeichnen. Im Gegensatz zu Herrn Friedländer halte er den Etat doch für einen günstigen. Wenn die Commune bei einer sparsamen und vorsichtigen Verwaltung bereits über 8 Millionen Mark für die Canalisation ausgegeben, ohne daß eine Steuererhöhung nothwendig wurde, so müsse das anerkannt werden, es sei aber nicht nothwendig, dabei jedesmal auf die Nothwendigkeit der Einführung einer Canalisationssteuer hinzuweisen. Mit der Durchführung der Canalisation habe die Commune nur ihre Pflicht gethan, die sanitären Verhältnisse zu bessern, der Ansicht des Referenten bezüglich der Nachforderungen könne er nicht beitreten. Es würde vielleicht unzweckmäßig und sogar gefährlich sein, die einzelnen Posten so hoch zu etatiren, daß Mehrforderungen nicht nothwendig werden.

Stadtv. Friedländer will noch auf einen Punkt, den er in seinen früheren Ausführungen übersehen, zurückkommen. Die Stadt habe bekanntlich eine recht erhebliche Einnahme aus der Stadtbank. Nun sei das Privilegium für diese nur auf 10 Jahre gegeben und laufe in den nächsten Jahren ab. Er wolle heut schon die Aufmerksamkeit des Magistrats auf diesen Gegenstand lenken. Die Stadt könne mit vollem Rechte beanspruchen, daß ihr nicht auch noch diese Einnahmequelle verschlossen werde, wenn ihr durch das Polizeilastengesetz neue Ausgaben zugemuthet werden.

Stadtv. Rehorst glaubt, die den neu eingetretenen Mitgliedern gemachten Vorwürfe auch seinerseits zurückweisen zu sollen.

Kämmerer v. Ysselstein bemerkt, daß der Antrag auf Verlängerung des Privilegiums der Stadtbank rechtzeitig gestellt werden würde. Sollten allerdings durch Gesetz alle Zettelbanken aufgehoben werden, so würde auch der Breslauer Bank kaum mehr zu bestehen erlaubt werden. —

Stadtv. Kirschner weist auf einen Punkt hin, der für die Beurtheilung des Polizeilastengesetzes von Wichtigkeit sein könne. Er wolle nicht von dem idealen Gesichtspunkte sprechen, daß es für jedes Gemeinwesen erwünscht sei, sich selbst zu verwalten. Dagegen könnten bei einer communalen Polizeiverwaltung erhebliche Summen gespart werden. Es wäre dann nicht nöthig, eine Behörde, wie das Polizeipräsidium, zu haben, sondern es würde nur eines besoldeten Stadtraths bedürfen. Auch die Verwaltung wäre einfacher einzurichten, möglich werdende Processe zwischen Stadt und Polizei würden verschwinden. Mit dem in Aussicht genommenen Gesetze würde daher nicht ein Ausgleich zwischen den größeren und kleineren Städten geschaffen, sondern die ersteren den letzteren gegenüber benachtheiligt. Bei Einführung des gegenwärtig geltenden Gesetzes habe der Gesetzgeber das Richtige im Auge gehabt, indem er nur die sächlichen Kosten, die auf jeden Fall entstehen müssen, den Städten auferlegte. Im Weiteren hätte auch Redner gewünscht, daß die Erörterungen persönlicher Natur, die hier gepflogen worden seien, unterblieben wären. — In seinem Schlußwort bittet der Referent Dr. Pannes den Magistrat, falls er einmal einen Beschluß der Versammlung nicht ausführe, die Gründe hierfür der letzteren mittheilen zu wollen.

Hierauf wird der Gesammtetat nach dem Antrage des Referenten dem Etatausschuß überwiesen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

• **Bestätigung.** Wie wir hören, hat die Wahl des bisherigen Stadtverordneten und praktischen Arztes Dr. med. Steuer zum unbesoldeten Stadtrath der Stadt Breslau die erforderliche amtliche Bestätigung erhalten.

• **Bewegung der Bevölkerung.** In der Woche vom 13. bis 19. Januar 1889 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amts der Stadt Breslau 60 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 225 Kinder geboren, davon waren 187 ehelich, 38 unehelich, 213 lebendgeboren (113 männlich, 100 weiblich), 12 todtgeboren (7 männlich, 5 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 179 (mit Einschluß der 17 nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 42 (darunter 10 unehelich Geborene), von 1—5 Jahren 42, über 80 Jahre 6. — Es starben an Scharlach —, an Masern und Rötheln —, an Rose 1, an Diphtheritis 10, an Wochenbettfieber 1, an Keuchhusten 3, an Unterleibstyphus —, an Ruhr —, an Brechdurchfall —, an anderen acuten Darm-Krankheiten 4, an anderen Infectionskrankheiten —, an Gehirnschlag 2, an Krämpfen 9, an anderen Krankheiten des Gehirns 11, an Bräune (Croup) —, an Lungenschwindsucht 23, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 19, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organe 3, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organe 27, an allen übrigen Krankheiten 56, in Folge von Verunglückung 5, in Folge von Selbstmord —, durch Mord —, unbestimmt 5. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen in der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 29,90, in der betreffenden Woche des Vorjahres 27,57, in der Vorwoche 32,92.

• **Temperatur. — Luftdruck. — Niederschläge.** In der Woche vom 13. bis 19. Januar 1889 betrug die mittlere Temperatur —7,1° C., der mittlere Luftdruck 754,8 mm, die Höhe der Niederschläge 1,55 mm.

• **Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.** In der Woche vom 13. bis 19. Januar 1889 wurden 135 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an modif. Pocken 1, an Diphtheritis 35, an Unterleibstyphus 1, an Scharlach 14, an Masern 83, an Kindbettfieber 1.

• **Staatsanwalt und Geschworene.** Aus Gleiwitz schreibt uns unterm 23. Januar cr. unser ≏-Correspondent: In der beendigten diesjährigen Schwurgerichtsperiode ereignete sich ein Zwischenfall. Es standen zwei Sachen zur Verhandlung. In der ersten wurden die Angeklagten wegen fahrlässigen Meineids verurtheilt, während Staatsanwalt Dyhrenfurth auf wissentlichen Meineid plaidirt hatte. In der zweiten Sache, die sich gegen den Hüttenarbeiter Schober wegen Straßenraubes richtete, beantragte der Staatsanwalt Dyhrenfurth selbst die Freisprechung, weil der Belastungszeuge sich in Widersprüche mit seinen früheren Angaben gesetzt hatte. Im Anschluß hieran meinte der Staatsanwalt, er könnte ja diesen Zeugen auch wegen Meineides anklagen, aber es würde dies nichts nützen, da ja die Herren Geschworenen wohl wieder die Gnade haben würden, ihn freizusprechen. Als die Geschworenen aus dem Berathungszimmer zurückkehrten, verkündete deren Obmann, Rittergutsbesitzer Guradze-Kottlischowitz, mit laut erhobener Stimme den Spruch und betonte, den Staatsanwalt hierbei scharf anblickend, mit ganz besonderem Nachdruck die Worte „Ehre und Gewissen". Der Vorsitzende, Landgerichts-Director Matthes, erklärte vor Schluß der Verhandlung, daß er nicht in der Lage sei, in diesem peinlichen Zwischenfall weitere Schritte zu thun, er stelle aber den Geschworenen anheim, beim Oberstaatsanwalt Beschwerde zu erheben. Mit dem Danke für die Mühewaltung der Geschworenen verband der Vorsitzende die Erklärung, daß in dieser Periode Fehlsprüche nicht vorgekommen seien. Hierauf erwiderte der Staatsanwalt, daß er in dieser Richtung anderer Ansicht sei, als der Vorsitzende. Damit endete die Sitzung.

• **Vom Stadttheater.** Sonnabend, 26. Januar c., geht bei festlich beleuchtetem Hause zur Vorfeier des Geburtstages des Kaisers das vaterländische Schauspiel „Die Quitzows" von Ernst von Wildenbruch zum ersten Male in Scene. Sonntag gelangt „Lohengrin" zur Aufführung.

• **Bahn Lindewiese-Barzdorf.** Laut Mittheilung der österreichisch-schlesischen Landesregierung hat das österreichische Handelsministerium angeordnet, der Stadtgemeinde Jauernig auf ihre Petition um Berücksichtigung der Stadt Jauernig bei der Führung der Eisenbahnlinie Lindewiese-Barzdorf zu eröffnen, daß die angestrebte Führung der Localbahn von Friedeberg über Jauernig nach Barzdorf im Hinblick auf die damit verbundene erhebliche Verlängerung der Linie und die hierdurch bedingte namhafte Erhöhung des Baukostenaufwandes unter den obwaltenden Umständen nicht ausführbar erscheint, daß dagegen, wie die „Neisser Ztg." erfährt, das Handelsministerium geneigt sei, sobald der Bau der Bahnlinie Lindewiese-Barzdorf sichergestellt ist, die Herstellung einer Abzweigung der gedachten Localbahn nach Jauernig nach Thunlichkeit im Verwaltungswege zu unterstützen.

Δ **Die Dreiräder im Chaussee-Aufsichtsdienst.** Der Landes-Hauptmann der Provinz Schlesien hat an die in seinem Dienstbereiche gelegenen Kreis-Ausschüsse das Ersuchen gerichtet, die Einführung von Dreirädern für den Dienst der Chaussee-Aufsichtsbeamten in Erwägung ziehen zu wollen. Bestimmend für diese Anregung ist der Umstand gewesen, daß im Kreise Liegnitz die Einführung des Dreirades zu jenem Zwecke sich als durchaus zweckmäßig und die dienstlichen Interessen fördernd erwiesen hat. Insbesondere ist hervorzuheben, daß durch die Benutzung des Dreirades die Chaussee-Aufsichtsbeamten in der Lage sind, die ihnen unterstellten Strecken wenigstens zweimal am Tage bereisen zu können. Schwierigkeiten im Gebrauch des Verkehrsmittels haben sich bisher in dem genannten Bezirk nicht ergeben. Festgestellt wurde, daß in $2^1/_2$ Minuten durchschnittlich 1 Kilometer zurückgelegt wurde. In Anbetracht der erfreulichen günstigen Erfolge hat der Landeshauptmann auch die Einführung des Dreirades für die Aufsichtsbeamten der Provinzial-Chausseen in Aussicht genommen.

---

§ **Schreiberhau,** 23. Jan. [Intoleranz.] Am heutigen Tage fand die Beerdigung der so früh dahingegangenen Tochter unseres Amtsdieners statt. Wie in früheren Fällen, so suchte man auch diesmal die Erlaubniß nach, während des Vorbeizuges an der katholischen neu erbauten Kirche, die Glocken läuten zu lassen. Allein gegen alles Erwarten wurde dies von dem hier amtirenden Pfarr-Administrator verweigert. Daß dergleichen Maßregeln auch in den Herzen der treuesten Katholiken hierorts keinen Beifall finden, ist gewiß. In wie weit dieses Verbot aber mit den Intentionen des Erbauers dieses Gotteshauses (Graf Schaffgotsch) im Einklange steht, bleibt einstweilen abzuwarten. Es verlautet, daß der hiesige katholische Kirchenrath bereits Schritte gegen dieses Verbot gethan hat.

H. **Haynau,** 23. Jan. [Militärverein. — Landwirthschaftlicher Verein.] Der hiesige Militärverein zählt gegenwärtig 408 Mitglieder, das Vereinsvermögen beträgt 5883 M. Der Verein gedenkt eine neue Fahne anzuschaffen; das Fahnenweihfest soll sodann im Laufe dieses Sommers stattfinden. — Im landwirthschaftlichen Verein wurden Gutsbesitzer Winkler-Tammendorf zum Vorsitzenden, Zimmer-Vorhaus als Stellvertreter, Hornig-Modelsdorf als Schriftführer, als Stellvertreter Weiskenborn-Hermsdorf wieder-, zum Kassirer Commissionär Hanke-Haynau neugewählt.

r. **Schönbrunn** bei Schweidnitz, 23. Januar. [Vereinssitzung.] Unter dem Vorsitz des Rittergutsbesitzers Hirt-Cammerau hielt heute Abend der hiesige landwirthschaftliche Verein eine Sitzung ab, in der Banquier Barchewitz-Schweidnitz in eingehender Weise die Frage beantwortete: „Wie verschafft sich der Landwirth Geld ohne unnöthige Opfer, um sich seinen Besitz zu sichern?" Die Erstattung des Jahresberichtes ergab, daß der Verein auch im vergangenen Jahre seinen Mitgliedern wesentliche Vortheile zugewendet hat. Für die auf dem Vereinswege bezogenen 73 486 Centner Steinkohlen wurden 2296 M. Rabatt gezahlt. Durch den gemeinschaftlichen Bezug von künstlichen Düngemitteln blieben den Vereinsmitgliedern 760 M. erhalten. Der Verein zählt 213 Mitglieder. Rittergutsbesitzer Hirt wurde als Vorsitzender wiedergewählt.

r. **Wüstewaltersdorf,** 22. Jan. [Friedrich Zeh †.] Im Alter von fast 70 Jahren starb am 19. d. Mts. der Waisenhauslehrer Friedrich Zeh hierselbst, der in den weitesten Kreisen durch seine humoristischen Erzählungen und Gedichte, hauptsächlich in der Mundart der schlesischen Gebirgsbewohner, bekannt ist. Friedrich Zeh ist am 4. April 1819 in dem Dorfe Straupitz bei Hirschberg geboren. Er besuchte mehrere Jahre das Gymnasium dieser Stadt, bereitete sich später für den Lehrerberuf vor, war nach dem Besuch des Lehrerseminars zu Alt-Döbern einige Zeit Hauslehrer und wirkte dann als Lehrer segensreich in Friedrichshain und Friedrichsgrund, Kr. Reichenbach i. Schles., hierauf in einem Dorfe des Falkenberger Kreises in Oberschlesien und dann längere Jahre in Friedersdorf, Kreis Waldenburg, von wo er als Lehrer an das Seyler'sche Waisenhaus hierselbst berufen wurde.

§ **Frankenstein,** 21. Jan. [Aufführung.] Der hiesige Gymnasial-Chor veranstaltete gestern im Scholz'schen Saale unter Mitwirkung hiesiger Dilettanten ein Concert. Das gewählte Programm wies im ersten Theil Chöre von Haydn, Händel, Schubert, Schnabel und Schumann auf. Besonderen Beifall erzielte der zweite Theil, „Großmütterchens Traum", melodramatische Dichtung mit Chören und lebenden Bildern von Otto Müller. Das Tonwerk war mit Eifer von dem Dirigenten, Musiklehrer Holubars, einstudirt worden. Der Reinertrag des Concertes ist für Schulzwecke bestimmt.

⊙ **Habelschwerdt,** 23. Jan. [Jubiläum. — Brandunglück.] Am 19. d. M. feierte der Fleischermeister Schliemann hierselbst das fünfzigjährige Bürgerjubiläum. Aus dieser Veranlassung wurde der Jubilar von einer Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten beglückwünscht. — Vor einigen Tagen brannte in Wölfelsdorf das Gehöft des Bauern Ernst Bescharner vollständig nieder. Das Feuer griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß nur wenig gerettet werden konnte.

u. **Guhrau,** 24. Jan. [Zuckerfabrik. — Vom Frauenverein.] Die Anfuhr des Baumaterials für die hier zu errichtende Actien-Zuckerfabrik hat vor einigen Tagen begonnen. Der Bau soll im April cr. beginnen, so daß die Eröffnung des Betriebes im October d. J. stattfinden dürfte. — Der Frauen- und Jungfrauen-Verein hat im verflossenen Jahre außer Mehl und Brot ca. 2890 Suppen an Arme und Kranke vertheilt.

Δ **Wansen,** 22. Januar. [Communales. — Gesellenverein.] In der am 18. d. M. abgehaltenen ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung wurden die neu- und wiedergewählten Stadtverordneten in ihr Amt eingeführt und durch Handschlag verpflichtet. Dr. Tiegel wurde bei der Bildung des Bureaus zum Vorsteher, Herr Thiel zu dessen Stellvertreter gewählt. — Der hiesige katholische Gesellenverein veranstaltete am Sonntag eine Festlichkeit.

* **Leobschütz,** 23. Januar. [Vom Brunnen am Kasernenbauplatze.] Nachdem auf dem hiesigen Kasernenbauplatze verschiedene vergebliche Versuche zur Anlegung eines Brunnens gemacht worden waren, hatte man sich an den Ingenieur C. Morys in Schweidnitz gewandt, dem es gelungen ist, in einer Tiefe von 93 Metern eine starke Quelle guten Trinkwassers zu erbohren. Die mehrfach gehegten Befürchtungen, daß die Quelle nicht mächtig genug sein würde, um den hohen Anforderungen zu genügen (d. h. um fast ein ganzes Kavallerie-Regiment mit hinreichendem Wasser zu versorgen), sind geschwunden, denn es ist jetzt festgestellt, daß die Quelle stündlich 10 000 Liter Wasser liefert, mithin sogar das Dreifache der nöthigen und verlangten (3000 Liter) Menge. Auch alle etwaigen Zweifel an der Güte des Wassers hat die heute durch den hiesigen Apotheker Scholz vorgenommene chemische Analyse beseitigt, nach welcher dasselbe sich als vollkommen gut und genießbar und frei von allen gesundheitsschädlichen Bestandtheilen erwiesen hat.

♁ **Laurahütte,** 22. Jan. [Amtseinführung.] Die feierliche Amtseinführung des Pastors Spindler ist vorgestern erfolgt. Die Einführungsrede hielt Superintendent Jansen aus Beuthen, der Handlung assistirten Pastor Zawada aus Königshütte und Pastor Paulisch aus Borsigwerk. Nachmittags fand ein Diner von 92 Gedecken im reichgeschmückten Saale des Hüttengasthauses statt. Die Tafelmusik stellte die Berg- und Hüttencapelle aus Königshütte.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 **Breslau,** 24. Januar. [Landgericht. Strafkammer I. — Der Verführer des Wilddiebes.] Julius Berger ist 11 Jahre lang der angestellte Förster der Stadt Patschkau gewesen, er ist dann angeblich mit Pensionsgenuß entlassen worden. Kurz nach seiner Entlassung, im September 1887, kam Berger nach Breslau. Er wurde durch den ihm von Patschkau aus bekannten pensionirten Gerichtsvollzieher Bartsch dem in der Höfchenstraße wohnhaften Restaurateur Joseph Ender vorgestellt, bei dem er auch auf einige Tage Quartier erhielt. Kurze Zeit darauf wurde Berger durch die Polizei im Ender'schen Local als Wilddieb verhaftet. Er wollte im Augenblick seiner Verhaftung ein geschossenes Reh an Ender übergeben. Der Restaurateur hatte auch, das wurde in der Untersuchung festgestellt, bereits zwei Rehe von Berger käuflich, und zwar für einen sehr billigen Preis erworben. Während Berger durch Urtheil der I. Strafkammer vom 20. Februar 1888 wegen gewerbsmäßigen unberechtigten Jagens zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt wurde, ging Ender frei aus, weil man seiner durch die Angaben des Berger unterstützten Aussage Glauben schenkte, wonach er (Ender) den Berger für einen noch in Dienst befindlichen Förster und demzufolge auch zum Verkauf von Wild berechtigt gehalten habe.

Im Juli 1888 reichte Berger durch die Gefängnißinspection bei der Königl. Staatsanwaltschaft eine schriftliche Anzeige ein, in welcher er den Ender der Anstiftung zur Wilddieberei und der Hehlerei hinsichtlich des von ihm (Berger) geschossenen Wildes bezichtigte. Es wurde die Untersuchung eingeleitet und gegen Ender auch Anklage erhoben. Heute stand derselbe vor der I. Strafkammer, um sich auf die erwähnte Anklage zu verantworten. Er bestritt die ihm zur Last gelegten Vergehen. Berger, welcher mit Rücksicht auf seine Verurtheilung nur uneidlich vernommen wurde, sagte so belastend gegen Ender aus, daß der Staatsanwalt daraufhin die Anklage auf gewerbsmäßige Hehlerei ausdehnte. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Fabrizi, beantragte wegen dieser Veränderung der Anklage Vertagung der Sache. Der Gerichtshof entsprach zwar diesem Antrage, er ordnete aber, da nunmehr ein Verbrechen die Grundlage der Anklage bildet, die sofortige Abführung des Ender zur Untersuchungshaft an.

Mit zwei Beilagen.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

* **Berlin,** 24. Jan. Heute fanden wiederum an beiden Enden der Leipzigerstraße Sitzungen statt, im Abgeordnetenhause von 11 bis 4 Uhr, im Reichstage von 1 bis 5 Uhr. Der Reichstag erledigte heute nur zwei Titel des Einnahmecapitels „Zölle und Verbrauchssteuern“. Bei den Einnahmen aus Zöllen wurden die neuerlichen seltsamen Aenderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses, welche thatsächliche Zollerhöhungen in sich schlossen und über welche von verschiedenen Seiten laute Klagen geführt worden sind, nicht verhandelt, weil diese Dinge aus Anlaß der eingegangenen Petitionen besonders behandelt werden sollen. Dagegen fragte man nach verschiedenen anderen Dingen, so nach dem Schicksal des Identitätsnachweises, dessen Aufhebung der Reichstag beschlossen hat, ferner nach dem Petroleumfaßzoll und nach dem Reichszolltarifamt, für welches sich der Reichstag ausgesprochen hat. Der Staatssecretär von Maltzahn konnte, sowie gestern Herr von Bötticher, sich nur auf dem Gebiete der Negative bewegen. Der Bundesrath hat alle diese Beschlüsse des Reichstages einfach abgelehnt. Die Abgg. Brömel, Graf Mirbach und von Kardorff meinten, mit der Aufhebung des Identitätsnachweises könne wenigstens ein Versuch gemacht werden. Aber der Reichsschatzsecretär meinte, die Gründe für und gegen hielten sich bei dieser Frage die Waage, also sei es besser, keinen Versuch zu machen, zumal die einzelnen Landestheile in dieser Sache sehr verschiedentliche Interessen hätten. Bei der Tabaksteuer wurden die zahlreichen Petitionen mit erörtert, welche wegen Erhöhung des Tabakzolles eingegangen sind. Die Herren von Wedell-Malchow und von Goldfus schilderten die schlimme Lage der Tabakpflanzer namentlich in Schlesien und der Uckermark. Früher sei der Zoll sechsmal so hoch gewesen wie die Steuer; dadurch sei der einheimische Tabakbauer geschützt worden; jetzt verhalte sich der Zoll zur Steuer nicht einmal wie 2 : 1. Entweder müsse man den Zoll beträchtlich erhöhen, oder man müsse die Steuern herabsetzen, um ein dem früheren ähnliches Verhältniß zu erreichen. Die Abgeordneten Menzer und Müller schlossen sich diesen Ausführungen an. Die Abgeordneten Duvigneau (Magdeburg), Bulle (Bremen) und Diffené (Mannheim) warnten vor einer Veränderung des Verhältnisses zwischen Steuer und Zoll, weil dadurch nur wieder der Tabakbau künstlich gefördert und eine Ueberproduction hervorgerufen werde. Staatssecretär von Maltzahn sagte eine Untersuchung der Verhältnisse zu, glaubte aber, vor jeder Maßregel warnen zu müssen, die für das Reich einen Einnahmeausfall ergebe. Der Antrag der Budgetcommission, in welchem von einer eventuellen Herabsetzung der Steuersätze die Rede ist, wurde angenommen. Einem Theil der Reichstagssitzung wohnte der Reichskanzler Fürst Bismarck bei; es verlautet, daß er den Wunsch ausgesprochen hatte, man solle die Colonialvorlage bereits am Freitag berathen, die Fractionsführer hätten aber beschlossen, beim Sonnabend zu bleiben und den Freitag für Fractionsberathungen zu benutzen.

26. Sitzung vom 24. Januar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Maltzahn.

Zur Berathung steht der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Zum Titel „Zölle“-Einnahme 270 800 M. bemerkt Referent Abg. von Wedell-Malchow, daß die durch Abänderung des amtlichen Waarenverzeichnisses entstandenen Zweifel bei Gelegenheit der hierzu eingegangenen Petitionen erörtert werden würden.

Abg. Wörmann (natlib.) erklärt nach dieser Mittheilung des Referenten von der Besprechung der Angelegenheit heute Abstand nehmen zu wollen.

Abg. Hoffmann-Königsberg (natlib.) bittet den Bundesrath um Auskunft über seine Stellung zur Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises.

Abg. Gehler klagt darüber, daß das Brennholz, welches zur Spielwaarenindustrie in Sachsen verwendet würde, nicht gleich dem übrigen Brennholz zollfrei eingehe.

Staatssecretär v. Maltzahn vertheidigt das von den sächsischen Behörden in dieser Beziehung geübte Verfahren. Was den Identitätsnachweis betreffe, so habe der Bundesrath neuerdings die um Aufhebung desselben an ihn ergangenen Petitionen abgelehnt.

Sächsischer Zoll- und Steuerdirector Golz: Nach dem Zolltarif kann gar nicht anders verfahren werden, als wie es in Sachsen geschieht. Wir werden aber jeden Vorschlag, der auch für diese Kategorie von Brennholz Zollfreiheit befürwortet, unterstützen.

Abg. Struckmann (natl.) wünscht zu wissen, wie der Bundesrath sich zu dem Beschluß des Reichstages betr. die Aufhebung des Petroleumfaßzolles gestellt hat.

Staatssecretär v. Maltzahn: Der Bundesrath hat in einer Sitzung vom März 1888 den vom Reichstag gefaßten Beschluß abgelehnt, ebenso hat der Bundesrath beschlossen, den Anregungen wegen Errichtung eines Reichszolltarifamtes keine Folge zu geben.

Die Abgg. v. Kardorff und Gamp (Reichsp.) führen Klage darüber, daß die Export-Brennereien Hamburgs, welche nach dem Zollanschluß in das Zollgebiet einbezogen sind, weil sie wegen ihrer baulichen Natur nicht in das Freihandelsgebiet verlegt werden konnten, entgegen den mit Hamburg getroffenen Vereinbarungen noch nach dem Zollanschluß Vergrößerungen ihres Betriebes haben eintreten lassen.

Staatssecretär v. Maltzahn und Geh. Regierungsrath Neumann erwidern, daß es natürlich nicht die Absicht der verbündeten Regierungen gewesen sein kann, den betreffenden Etablissements größere Privilegien als den andern zu verleihen. Man werde bezüglich des erwähnten Monitums in eine erneute Erörterung eintreten.

Abg. Brömel (dfr.) bittet den Bundesrath, wenn möglich doch heute schon über die Resultate der bezüglich des Identitätsnachweises gewünschten Ermittelungen authentische Auskunft zu ertheilen.

Abg. Graf Mirbach (cons.) schließt sich diesem Wunsche an.

Staatssecretär von Maltzahn: In der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises sind die Interessen der einzelnen Theile des Landes keineswegs gleichartig. Die mitwirkenden Factoren sind so verschiedenartig, daß man absolut nicht vorhersagen kann, welches die Folge der Aufhebung sein würde.

Abg. v. Kardorff bedauert die Stellungnahme, die von unrichtigen Anschauungen ausgehe. Einen Versuch sollte der Bundesrath mit der Aufhebung doch machen; der koste nichts und könne auch keine Nachtheile bringen.

Staatssecretär von Maltzahn: So lange sich die Gründe für und gegen die gewünschte Maßregel die Waage halten, scheint dem Bundesrath ein Eingehen auf das Verlangen der Aufhebung nicht angezeigt.

Der Titel „Zölle“ wird hierauf genehmigt.

Es folgt der Titel „Tabaksteuer“ (10 023 000 M.).

Die Commission beantragt die Bewilligung des Titels und die Annahme folgender Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den mehrfach hervorgetretenen Klagen und Wünschen von inländischen Tabaksbauern gegenüber in eine Prüfung der Frage einzutreten, in wie weit eine Erleichterung der Formen der Veranlagung und Erhebung der Tabakssteuer sowie der Steuersätze für Tabak sich empfiehlt, und das Ergebniß dieser Untersuchung dem Reichstag baldthunlichst vorzulegen.“

Referent v. Wedell-Malchow: Einer Erleichterung in Betreff der Veranlagung und der Erhebung der Tabakssteuer hat die Commission zugestimmt, und auch der Staatssecretär hat eine wohlwollende Prüfung dieser Frage zugesagt. In der Frage der Ermäßigung der Steuersätze wurde der von den meisten Petenten vorgeschlagene Weg einer Erhöhung der Zollsätze nicht als gangbar befunden, eine Ermäßigung der Steuersätze aber als möglich hingestellt, weil bei den gegenwärtigen Preisen die inländischen Tabaksbauern kaum die Concurrenz des Auslandes aushalten können. Der Vertreter der verbündeten Regierungen unterstützte zum Theil die Forderung der Ermäßigung der Steuersätze; doch konnte er ernstliche Bedenken bezüglich einer dann etwa eintretenden Ueberproduction, wie sie im Jahre 1880/81 stattfand, nicht zurückhalten. Es handelt sich hier vorzugsweise um die Interessen von 180 000 kleinen Pflanzern, deren Klagen der Reichstag eingehend zu untersuchen verpflichtet ist.

Ueber die die Tabaksteuer betreffenden Petitionen berichtet

Abg. v. Goldfus: Alle Petitionen führen die Abnahme des Tabaksbaues auf das Gesetz von 1879 zurück. Ein Blick auf die Statistik weist denn auch einen bedeutenden Rückgang in der Zahl der Tabakspflanzer nach, während andererseits die Einfuhr gestiegen ist. Die Ursache hierfür ist zum Theil die unterlassene Sperre bei der Einführung des Gesetzes, zum Theil die Unterlassung der Nachsteuer, schließlich auch die Mängel der Staffelsteuer. Durch diese Umstände wurden massenhaft Vorräthe aufgespeichert, deren Wirkungen wir noch jetzt verspüren, und zwar vorzugsweise in dem Preinrückgang. Ja einer schlesischen Petition ist dafür ein drastisches Beispiel angeführt. Es wird angenommen, daß der Morgen mit Tabak bebauten Landes eine Ernte bis 8 Centner ergiebt; das giebt einen Ertrag von 216 Mark bei einem Preise von 27 Mark pro Centner. Von diesem Betrag gehen 144 Mark als Steuer, 30 M. als Pachtsumme und 30 M. mindestens auf andere Ausgaben ab. Es bleiben also dem Pflanzer als Gewinn und Prämie für sein Risico nur 12 M. Auch das Creditverhältniß ist für den Tabaksbau äußerst drückend, da die Steuer bei dem erstmaligen Verkauf zu bezahlen ist und der Pflanzer häufig durch Vorschüsse hierfür in die Hand des Käufers gegeben ist. Endlich wird bemängelt, daß der Tabak nicht mit Rücksicht auf die Qualität besteuert wird, sondern nach Flächen, deren Erträge auch stets schwankend seien. Rücksicht auf die die Qualität des Tabaks beeinflussenden Naturereignisse, wie Reif und Frost, hätte das Gesetz auch nehmen müssen. Eine Versicherung, wie die gegen Hagel, würde die Unkosten noch wesentlich erhöhen. Auch die Wünsche auf Abänderung der Bestimmung über die vor Ende März zu machende glaubhafte Angabe der bebauten Fläche durch den Pflanzer sind gerechtfertigt, weil correcte Schätzungen hier sehr schwierig sind. Vielleicht könnte man die Beamten mit einer solchen Schätzung betrauen. Einheitliche Bestimmungen über den Zeitpunkt der Gewichtsermittelung sind ebenfalls wünschenswerth. Ich beantrage schließlich durch die Beschlußfassung über die Resolution der Budgetcommission die Petitionen als erledigt zu betrachten.

Abg. Menzer (dc.): Die Zollgesetzgebung von 1879 hat eine außerordentliche Verschiebung zu Ungunsten der inländischen und zu Gunsten der ausländischen Tabaksproduction zur Folge gehabt. Die jährliche Ausfuhr ist seitdem von $11\frac{1}{2}$ auf $4\frac{1}{2}$ Mill. Mark zurückgegangen, während die Einfuhr von 24 auf 76 Mill. Mark gestiegen ist. Aus den Kreisen von Tabaksbauern und Tabakshändlern werden die schwersten Klagen über den Niedergang unserer heimischen Tabaksindustrie geführt. Die drei letzten Nachwahlen in Baden, welche ein erhebliches Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen zeigen, geben ein Bild von der weitverbreiteten Unzufriedenheit in den ländlichen Kreisen. Es müssen helfende Maßregeln ergriffen werden, wenn der deutsche Tabaksbau nicht im aussichtslosen Kampf mit der ausländischen Concurrenz erliegen soll. Wenn der ausländische Tabak allerdings einmal aus unseren Colonien zu uns kommen sollte, so würde ich auch gegen eine Zunahme des Imports nichts einzuwenden haben. Denn dann hätte das deutsche Vaterland doch einen Antheil daran. Aber der Import bewegt sich aus einer anderen Richtung. Es sind hauptsächlich die Holländer, die uns hier Concurrenz machen. Die Gegner unserer „unpraktischen Colonialschwärmerei“ könnten an der Entwicklung von Sumatra innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte erkennen, welchen Gewinn eine Colonie in einem so kurzen Zeitraum abzuwerfen vermag. Vor etwa 20 Jahren wurde Sumatra der Tabakscultur erschlossen, 1876 belief sich die Tabakseinfuhr schon auf 30 000 und 1887 sogar auf 140 000 Ballen. Ich gönne diesen Gewinn den Holländern, aber lieber wäre es mir, wenn etwas davon den deutschen Tabaksbauern zu gute käme. Was haben wir davon, wenn wir vor den Thoren unseres Vaterlandes eine Champignonbrut von Millionären erziehen, während der deutsche Tabaksbauer zu Grunde geht? Wir Süddeutschen haben die Erhöhung aller landwirthschaftlichen Zölle gut geheißen, obgleich wir z. B. an den Getreidezöllen kein Interesse hatten; um so mehr muß es uns schmerzen, daß der Tabak immer noch als ein Kräutlein „rühr mich nicht an“ gilt. Die Verhältnisse beim Tabaksbau sind dieselben, wie sie es beim Getreidebau waren. Das Ausland erdrückt uns geradezu durch billige Preise. Ausländischer Tabak wird inclusive des Zolles mit 45 M. geliefert; da können wir absolut nicht concurriren. Ich bitte auch den Handel und Industrie, uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen, nur so können wir dem Schicksal des Vollmonopols, dessen Gegner ich auch bin, entgehen. Durch eine Ermäßigung der Steuersätze würde allerdings ein Ausfall an den Reichseinnahmen entstehen, aber selbst, wenn er einige Millionen betrüge, dürfte er in keiner Weise in Betracht kommen gegenüber dem Umstand, daß es darauf ankommt, das Schicksal von nahezu 200 000 Tabakpflanzern wieder erträglich zu gestalten und ihre Familien vor dem Ruin zu bewahren. Angesichts der Aussichtslosigkeit weitergehender Anträge würde ich dankbar sein, wenn die Resolution der Budgetcommission von der großen Mehrheit des Reichstags angenommen würde. Aber ich betrachte sie nur als erste Etappe auf dem Wege, den, wenn auch nicht dieser, so doch der nächste oder der dann folgende Reichstag wird gehen müssen.

Abg. Duvigneau (natl.): Die traurige Lage der Tabaksbauer in einigen Gegenden Deutschlands ist ja bekannt und nicht bestritten worden. Daher ist in der Commission einstimmig der Beschluß gefaßt, die Regierung zu ersuchen, in jeder möglichen Weise durch Erleichterung der Formen der Veranlagung und Erhebung der Tabaksteuer den Tabaksbauern entgegenzukommen. Ich hätte noch den Zusatz gewünscht, daß die Erleichterung durch steuerfreie Lager, Creditgewährung 2c. wie den großen, so auch den kleinen Tabaksbauern durch genossenschaftlichen Zusammenschluß ermöglicht würde. Einige meiner Freunde werden aber mit mir gegen den zweiten Theil der Resolution stimmen. Die verschiedenen Steuerverhältnisse haben unsere Tabaksbauer in fortwährender Beunruhigung gehalten und nun, nachdem sie mühsam das Ziel, dem Geschmack des Publikum gerecht zu werden, erreicht haben, würde durch eine abermalige Veränderung der Steuersätze eine neue Beunruhigung entstehen. Nehmen Sie also vor allem keine Veränderung der Sätze vor. Die Hauptfrage für den Tabaksbau ist die der Qualität, der Güte des Tabaks. Die Klagen kommen nur daher, daß ein großer Theil der Tabaksbauer mit der Beschaffenheit ihres Tabaks zurückgegangen ist, sonst ist der Tabaksbau im Inland gegen früher nicht zurückgegangen. (Widerspruch rechts.) In bestimmten Gegenden Deutschlands sind die Tabaksbauer mit ihren Verhältnissen ganz zufrieden. Die Petenten selber wollen keine Ermäßigung der Tabakssteuer. Wenn einmal die Regierung die Sache gründlich und fürsorglich prüft, so möge sie es hinsichtlich des ersten Theils der Resolution thun, aber sie hat auch die Interessen derer ins Augen zu fassen, die heute nicht als Petenten dastehen. Es ist nicht Aufgabe einer Industrie, möglichst viel für wenig Geld zu liefern, sondern es soll auch gut sein. Der Tabaksbauer soll beim Anbau auch daran denken, daß einer seiner Mitmenschen auch mal den Tabak rauchen soll. (Heiterkeit.) Wir stehen also mit großer Sympathie jeder Erleichterung gegenüber, aber vor allem kommt es auf die Verbesserung der Cultur an. Stänkriger Tabak ist nicht zu gebrauchen. Auch der ärmste Arbeiter soll nicht eine absolut schädliche Waare erhalten. Ich bitte, über die beiden Theile der Resolution getrennt abzustimmen, da wir für die ganze nicht stimmen könnten.

Abg. Müller-Marienwerder (Reichsp.): Ich verwahre unseren Tabaksbau dagegen, daß er ein Product liefere, das zu rauchen eine Strafe sei. (Beifall rechts.) Unser Product ist ein für den armen Arbeiter, der nicht viel Geld anlegen kann, immerhin noch wohlschmeckender Tabak. (Sehr richtig! rechts). Ich verwahre unseren Tabaksbau auch dagegen, daß er nachlässig gewirthschaftet hat. Gerade die 1879 eingeführte Gewichtssteuer bildete einen starken Antrieb zur Verbesserung des Products. Das Streben darnach ist auch nicht ohne Erfolg gewesen. In solchen Bestrebungen muß man die Leute doch nicht abschrecken, indem man die Lage ihres Products als ganz hoffnungslos darstellt. Die heutigen Verhältnisse kann man nicht vergleichen mit Zeiten, in welchen die Beunruhigung durch die neuen Steuerprojecte und durch die Aussicht auf das Monopol herrschte. Damals fand ein Massenimport ausländischer Tabake statt; diese Speculationsweise konnte natürlich nicht auf viele Jahre fortgesetzt werden. Er wirkte aber geradezu niederschmetternd auf den inländischen Tabaksbau und dessen Preise. Man muß also die heutigen Verhältnisse mit denen zu jener Zeit vergleichen, in welchen die Gesetzgebung noch nicht eingriff in die Verhältnisse. Gegen damals haben wir heute einen Rückgang von 191000 auf 168000 Tabakspflanzungen zu verzeichnen. In gewissen Districten ist sogar schon ein Rückgang in der Bevölkerung eingetreten. Die deutschen Plantagen sind lediglich nach der Bodenbeschaffenheit auf den Tabaksbau angewiesen; der Anbau anderer Feldfrüchte würde nicht lohnen; die Leute können sich also nicht nach der Rentabilität des Tabaksbaues richten, müssen also Tabak bauen oder das Grundstück vollständig preisgeben. Eine Enquete über die Verhältnisse ist durchaus nothwendig. Unter den gegenwärtigen Umständen bringt der Tabaksbau die Productionskosten nicht mehr ein. Die Bodenpreise in den Districten des Tabaksbaues sind zurückgegangen, und eine große Anzahl von Subhastationen hat stattgefunden. Ueber alle diese Verhältnisse, die von anderer Seite bestritten werden, muß Klarheit geschaffen werden. Eine Erleichterung der Steuer wäre zu berücksichtigen. Ich bitte deshalb im Interesse des deutschen Tabaksbaues, die in der Resolution ausgesprochene Bitte an die Regierung zu richten.

Staatssecretär v. Maltzahn: Die verbündeten Regierungen werden selbstverständlich, falls die Resolution Annahme findet, die angeregten Fragen sorgfältig prüfen. Daß die Enquete in dem gebräuchlichen Sinne des Wortes, d. h. in der Vernehmung von Sachverständigen aus dem Lande in ausgedehntem Maße stattfinden werde, kann ich selbstverständlich heute nicht zusagen. Ich meine sogar, daß über die thatsächlichen Verhältnisse im Lande eine so große Meinungsverschiedenheit zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage nicht vorhanden ist, als der letzte Redner anzunehmen schien. Nur über die Gruppirung der Zahlen ist man verschiedener Ansicht. Ich kann dem Gedanken nicht voll folgen, daß absolut ein Rückgang des inländischen Tabaksbaues stattgefunden hat; dennoch erkenne ich vollkommen an, daß der inländische Tabaksbau durch die Bestimmungen unserer Tabakssteuergesetzgebung in eine schwierige, vielleicht in eine schwierigere Lage gekommen ist, als es früher der Fall war. (Hört! Hört!) Ich kann hier nur für meine Person sprechen, aber ich glaube, daß auch im Schoße der verbündeten Regierungen den Interessen des inländischen Tabaksbaues das vollste Wohlwollen entgegengebracht worden ist. Wir wollen die Interessen des inländischen Tabaksbaues achten und schützen, soweit es sich mit der Finanzlage des Reiches irgendwie vereinbaren läßt. Wir sind heute leider noch nicht so weit, um auf die Einnahmen aus dem Tabaksbau verzichten zu können. Die 45 bis 47 Millionen, welche wir aus dem Tabak ziehen, bilden einen so erheblichen Posten im Gesammtbilde der Reichsfinanzen, daß Alles vermieden werden muß, was diese Einnahme schmälern könnte. Die von den Interessenten vorgebrachten Wünsche befinden sich augenblicklich sämmtlich im Stadium der Erörterung innerhalb der Reichsregierung. Diese Erörterungen sind zur Zeit noch nicht abgeschlossen, ich kann also heute eine Erklärung nicht abgeben. Von Seiten meines Amtes muß ich allerdings sagen, daß der finanzielle Gesichtspunkt zunächst maßgebend ist. Im Uebrigen werde ich gern bereit sein, das Interesse der Erhaltung des inländischen Tabaksbaues nach besten Kräften zu fördern, denn ich erkenne mit den Herren gerne an, daß der seit alter Zeit bestehende Tabaksbau, eine Grundlage des Wohlstandes in gewisse Gegenden des Landes, nicht vernichtet werden darf. (Beifall.)

Fürst Bismarck, der gegen 4 Uhr erschienen war, verläßt den Saal.

Unter großer Unruhe des Hauses führt der Abg. Bulle (dfr.) aus, daß im Allgemeinen der inländische Tabaksbau nicht so zurückgegangen sei, wie behauptet ist. Er citirt zu diesem Zweck einen Bericht der Mannheimer Handelskammer, nach welchem die Tabakspreise im letzten Jahre im dortigen Bezirk sehr hohe gewesen sind. Nicht nur um einen Schutz des Tabaksbaues handele es sich, sondern auch des Tabakshandels.

Abg. Diffené (natl.) tritt diesen Ausführungen entgegen. Der Umstand, daß in einzelnen Districten hohe Tabakspreise bezahlt werden, beweise nichts für die allgemeine Lage des Tabaksbaues, viel wesentlicher sei es, wenn ganze Flächen dem Tabaksbau entzogen würden. Die Gründe für den Niedergang des Tabaksbaues seien zu finden hauptsächlich in der Höhe der Steuer, in mancherlei Controlerschwerungen und in dem Rückschreiten der Cultur. Die Steuer sei vielfach größer als der Preis des Tabaks, in Folge dessen seien die Producte, aus welchen der Bauer früher einen großen Vortheil zog, absolut werthlos und unbrauchbar. Ueberhaupt würden durch die Höhe der Steuer die geringeren Sorten immer mehr verdrängt. Die Probe auf die eigentlich ungünstigen Jahrgänge sei noch nicht gemacht. Bekämen wir erst Jahre wie 1864 und 1865, dann würde es immer schwieriger sein, den Tabak an den Mann zu bringen. In diesem Sinne habe die Herabsetzung der Steuer die Bedeutung einer Fürsorge für die Zukunft. Durch eine neue Steuer werde das Risico des Bauers ganz erheblich gesteigert, eine Erhöhung der Tabakssteuer würde dagegen den gehofften Zweck nicht erreichen. Wahrscheinlich werde der Consument in vielen Fällen auf den Gebrauch verzichten; dann verliere der Fiscus seine Einnahme und der Bauer auch. Einer befürchteten Ueberproduction könnte man begegnen dadurch, daß man in der Steuerherabsetzung ein gewisses Maß beobachtet. Redner empfiehlt schließlich, den Tabaksbauern durch bedeutende Erleichterungen zu Hilfe zu kommen.

Die Discussion wird geschlossen und der Titel 2 dem Antrage der Budgetcommission gemäß bewilligt. Die Resolution, wie sie von der Budgetcommission vorgeschlagen ist, wird unter Ablehnung des Antrags Duvigneau angenommen. Die Petitionen werden durch diesen Beschluß für erledigt erklärt.

Schluß 5 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (ostafrikanische Vorlage).

Landtag.

* **Berlin,** 24. Jan. Im Abgeordnetenhause wurden zunächst die beiden Polizeigesetze — das eine erweitert die Befugnisse des Berliner Polizeipräsidenten auf die Vororte Berlins, das andere betrifft die Kosten der königlichen Polizeiverwaltungen — an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Eine längere Debatte knüpfte sich nur an das zuletzt genannte Gesetz, welches man als lex Eynern bezeichnen könnte. Denn Herr v. Eynern hat durch sein stetes Jammern über die angebliche Bevorzugung, welche die Städte mit königlicher Polizeiverwaltung genießen, die ganze Frage in Fluß, aber nicht zu dem von ihm gewünschten Ergebniß gebracht. Denn er hatte gewünscht, daß den Städten, welche ihre Polizei selbst verwalten und bezahlen, eine Erleichterung aus Staatsmitteln zu theil werden sollte; er hatte auch einen Petitionssturm aller in Frage kommenden Städte von mehr als 10 000 Einwohnern entfesselt. Aber die vorjährige sowohl, wie die diesjährige Vorlage legt nur den Städten mit königlicher Polizei Lasten auf, und zwar zum Theil mit höchst ungerechter Vertheilung, während von den anderen Städten keine Rede ist. Der Dritte, der den Sieg davon trägt, ist nur der Finanzminister, für dessen Kasse daraus ein ganz unerwarteter Zuschuß von $3\frac{1}{3}$ Millionen Mark erwächst. Der Polizeipräsident von Hergenhahn aus Frankfurt am Main, der sich als Abgeordneter der nationalliberalen Partei angeschlossen hat, der nationalliberale Abg. Krause aus Königsberg i. Pr. und der Berliner Abg. Zelle sprachen sich mit großer Entschiedenheit gegen die Schablonenhaftigkeit aus, mit welcher das Gesetz die Kosten vertheile. Man solle den Städten die Wohlfahrtspolizei in eigene Verwaltung geben, die Sicherheitspolizei da, wo man es für nöthig halte, staatlichen Behörden übertragen und dafür einen Beitrag der Städte einziehen. Wenn man der einen Stadt einen Theil der Wohlfahrtspolizei übertrage, einer anderen gar nichts, dann könne man unmöglich von beiden gleiche Kostenbeiträge verlangen. Der Minister des Innern, Herrfurth, meinte, bei diesem Gesetze könne man eine solche Reform der Polizeiverwaltung nicht vornehmen. Außer dem Minister waren nur noch die Abgg. Barth (freiconservativ) und der geistige Vater des Gesetzes, Hr. v. Eynern, mit der Vorlage einverstanden; der Letztere meinte augenscheinlich, wenn die Städte, für welche er sorgen wollte, auch keinen Vortheil hätten, so hätten doch die anderen einen Nachtheil. Auch die beiden Gesetzentwürfe, betreffend die Aenderung der Stempelsteuer und betreffend die Relictenbeiträge der Volksschullehrer, wurden nach kurzer Debatte an Commissionen verwiesen. Morgen werden einige Wahlen vollzogen und dann neben kleinen Vorlagen die Theilung Schleswigs in zwei Regierungsbezirke berathen werden.

Abgeordnetenhaus. 5. Sitzung vom 24. Januar.

11 Uhr.

Am Ministertische: Herrfurth.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Uebertragung polizeilicher Befugnisse in den Kreisen Teltow und Nieder-Barnim, sowie im Stadtkreise Charlottenburg an den Polizeipräsidenten zu Berlin.

Abg. v. Benda (natl.) beantragt, diese Vorlage sowie die weiteren Vorlagen wegen der Polizeikosten einer Commission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Schorlemer-Alst (Centr.) hält eine Commission von 21 Mitgliedern für genügend.

Abg. Graf D'Haussonville (cons.) hält eine Commission von 21 Mitgliedern für ausreichend. Die vorgeschlagene Ausdehnung der Machtbefugnisse des Berliner Polizeipräsidenten auf die Umgegend der Stadt Berlin sei nothwendig wegen der hohen Güter, die es in Berlin zu bewahren gelte.

Abg. Zelle (dfr.) empfiehlt eine Commission von 28 Mitgliedern; namentlich an dem zweiten Gesetz, betr. die Polizeikosten, sind 21 Städte betheiligt, deren Vertretern man doch Raum geben sollte, um ihre Seufzer laut werden zu lassen.

Bei der Abstimmung über die Frage, ob die Commission aus 28 Mitgliedern bestehen soll, ergiebt sich Stimmengleichheit (116 gegen 116 Stimmen). Das Haus hat sich also für eine Commission von 21 Mitgliedern entschieden.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen der Stadtgemeinden.

Abg. v. Hergenhahn (natl.) erkennt in der Vorlage eine geeignete Grundlage zur weiteren Berathung. Die Nothwendigkeit der gesetzlichen Regelung dieser Frage und der stärkeren Heranziehung der Gemeinden zu den Polizeikosten sei vorhanden; aber man dürfe die Gemeinden nicht zu sehr überlasten. Man müsse dabei in Betracht ziehen, daß den Gemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung ein wichtiger Zweig der communalen Verwaltung entzogen sei; eine besondere Begünstigung der Städte mit königlicher Polizeiverwaltung liege nicht vor. Diese Polizeiverwaltungen seien im staatlichen Interesse eingerichtet und müßten deshalb auch, wie früher Herr v. Puttkamer ausgeführt, hauptsächlich vom Staate bezahlt werden. Was in der Vorlage von den Städten mehr gefordert werde, sei eine zu hohe Belastung. Herr von Puttkamer hat früher die Uebertragung eines Viertels der Polizeikosten auf die Gemeinden als zu hoch bezeichnet, so lange nicht die Gemeinden entlastet würden. Die Städte seien durch die neuesten Maßregeln nicht bedeutend entlastet worden. Die Zuwendung für das Schulwesen, die Aufhebung der Steuerfreiheit der Offiziere und die Krankenkassengesetzgebung haben den Städten nicht so bedeutende Erleichterungen gebracht, daß sie diese Mehrbelastung ertragen könnten. Ungerecht sei es, daß die Städte die Gebäude, welche sie für die Polizei hergegeben haben, unentgeltlich weiter gewähren sollen, während die Miethen von Gebäuden vom Staate übernommen werden sollen. Ungerecht ist es ferner, daß die Städte, die bisher schon einzelne Zweige der Polizeiverwaltungen selbst wahrnehmen, wie z. B. die Baupolizei u. s. w., diese auf ihre eigenen Kosten weiterführen sollen. Wäre es nicht besser, sie den Städten mit königlicher Polizeiverwaltung einfach zu übertragen? (Sehr richtig! links.) Redner empfiehlt zum Schluß die Ueberweisung der Vorlage an die eben beschlossene Commission.

Abg. Barth (freic.): Früher war man bestrebt, die staatlichen Polizeiverwaltungen durch communale zu ersetzen; jetzt ist, wie man gesagt hat, diese ideale Bestrebung einer rein materiellen gewichen. Es ist aber nicht zu vergessen, daß namentlich in den volkreichen Städten des Westens das Gefühl sich bemerkbar macht, daß die Städte mit königlicher Polizeiverwaltung nicht blos günstiger gestellt sind in Bezug auf den Geldpunkt, sondern der Staat nimmt ihnen die ganze Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung ab. Man sagt, den Städten müßte die Wohlfahrtspolizei übertragen werden. Es ist nicht leicht zu sagen, was Wohlfahrtspolizei ist. Die Kosten werden durch eine Trennung der Polizei in zwei Verwaltungen nicht vermindert, sondern vermehrt. Die Städte über 10 000 Seelen haben in der vorigen Session gebeten, daß der Staat ihnen die Ersparnisse, welche er in Folge dieses Gesetzes macht, als Beihilfe zu ihren Polizeikosten überlassen möge. Wo bleiben dann die Städte mit weniger als 10 000 Seelen, die doch in erster Linie hilfsbedürftig sind? Besser wäre es wohl, wenn man die Ersparnisse verwendete für die Errichtung neuer königlicher Polizeien in den Städten des Westens, wo sie nothwendig sind. Verschiedene Specialfragen, namentlich auch das Fortbestehen früherer Verträge, können nur in der Commission erledigt werden.

Abg. Dr. Krause (natlb., Königsberg i. Pr.) bestreitet, daß die Vorlage dem Princip der Gerechtigkeit entspreche. Es werden einzelnen Städten Ausgaben auferlegt, die anderen nicht zufallen, weil sie besondere Verträge haben. Den Städten mit königlicher Polizeiverwaltung ist ein wichtiges Selbstverwaltungsrecht genommen, das hat man dabei nicht vergessen. Wenn die polizeilichen Functionen in der Hand der Stadtverwaltung vereinigt sind, werden dieselben häufig billiger wahrgenommen werden können, und es werden auch manche Anforderungen an die Stadt nicht gestellt, welche jetzt von der staatlichen Verwaltung erhoben werden. Gerecht ist es nicht, den 21 Städten etwas zu nehmen, was man ihnen gewährt hat, richtiger wäre es, den 171 Städten, welche sich mehr belastet fühlen, einen Theil der Polizeikosten zu vergüten und auf dem platten Lande einen ähnlichen Zuschuß zu gewähren. Man sollte die Zweige der Polizeiverwaltung den Städten überweisen, an welchen der Staat kein Interesse hat; für Sicherheitspolizei u. s. w. könnten dann die Städte einen Zuschuß zahlen. Bei den Zuschüssen, wie sie jetzt nach den Köpfen der Bevölkerung gezahlt werden sollen, werden einzelne Städte mehr belastet, als es nach der früheren Vorlage der Fall war. Man sollte festsetzen, daß die Zuschüsse der Städte höchstens ein Viertel der Kosten betragen.

Minister des Innern, Herrfurth: Die Vorlage entspricht lediglich den Anträgen und Wünschen, welche aus diesem Hause geltend gemacht worden sind. Von einer Aenderung des Umfanges und des Begriffs der königlichen Polizeiverwaltung, von einer theilweisen Uebertragung der Polizei auf die Städte handelt die Vorlage nicht. Wenn die Herren, welche solche Fragen anregen, ihre Wünsche in Form einer Resolution zur Kenntniß der Regierung bringen wollen, so wird die königliche Regierung diese Wünsche in Erwägung ziehen. Ein Bedürfniß zu einer Aenderung erkennt sie nicht an. (Hört! hört! links.) Wenn Anträge auf Einrichtung neuer königlicher Polizeiverwaltungen hervortreten sollten, wird die Regierung sie von Fall zu Fall erörtern. Solchem Vorgehen steht der vorliegende Entwurf nicht entgegen, sondern er regelt nur die Art und Weise der Kostentragung. Es ist eine ungerechte Bevorzugung gewisser Städte, wenn ihnen in Folge des bekannten Erkenntnisses der größte Theil ihrer Polizeikosten erstattet wird auf Kosten der Allgemeinheit. Königliche Polizeiverwaltungen sollen im öffentlichen Interesse eingerichtet werden, ohne daß der Stadt eine Mehrleistung oder Erleichterung daraus erwächst. Die Kosten, welche die Stadt ihrerseits für ihre Ortspolizei hätte aufwenden müssen, sollen nicht ersetzt werden. Wie viel die Stadt hätte aufwenden müssen, ergiebt sich aus einem Vergleich mit anderen Städten gleicher Größe. Die darüber angestellten Erhebungen sind der Begründung beigelegt. Die Beträge, welche für den Kopf der Bevölkerung als Polizeikosten ermittelt sind, sind sogar noch mit 25—38 Pfennigen niedriger als Grundlage in der Berechnung angenommen. Für Berlin beruht der Satz allerdings auf einer mehr oder weniger willkürlichen Schätzung. Er entspricht der arithmetischen Steigerung, welche eintreten muß mit Rücksicht auf die große Bevölkerungszahl in Berlin. Der Entwurf beseitigt den Antrag des Herrn von Eynern, der den Städten ohne königliche Polizeiverwaltung einen Zuschuß aus Staatsmitteln gewähren sollte; jetzt müssen alle Städte einen gleichen durchschnittlichen Aufwand für ihre Polizei machen. In manchen Städten ist ein staatliches Interesse für die Aufrechterhaltung königlicher Polizeiverwaltung nicht mehr erkennbar; sie wollen aber auf die staatliche Zuwendung nicht verzichten. Wenn sie eben so viel bezahlen müssen, als wenn sie selbst die Polizei übernehmen, werden sie vielleicht auf eine königliche Polizei verzichten.

Abg. v. Heydebrand (Militsch) erklärt sich für eine commissarische Berathung der Vorlage.

Abg. Zelle (dfr.): Der Minister hat sich darauf berufen, daß die Vorlage auf Anträgen des Hauses beruhe. Wenn das Haus noch einmal vor die Frage gestellt würde, ob es die betreffenden Anträge annehmen wollte, so würde es vielleicht anders beschließen. Jetzt bei der günstigen Finanzlage würde man sich wohl hüten, dem Staat eine Einnahme von $3^1/_2$ Millionen Mark zu sichern, namentlich da die Städte überall dem Beispiel des Staates folgen und die untersten beiden Stufen der Klassensteuer frei lassen müssen. Durch diesen Einnahmeausfall werden die Finanzen der Gemeinden sehr stark belastet, so daß vielleicht, wenn die Polizeikosten erhöht werden, eine Entlastung der unteren Klassensteuerstufen nicht möglich sein wird. Der Staat kann nur an der Sicherheitspolizei ein Interesse haben, es wäre also endlich an der Zeit, wenn man die gesammte Wohlfahrtspolizei den Gemeinden übertragen würde. Heute ist es nicht blos ein Mann aus der Stadtverwaltung, oer das Recht für die Städte verlangt, ein Polizeipräsident hat sich ebenfalls dafür ausgesprochen. Die Sicherheitspolizei kann man leicht herausschälen aus dem gesammten Umfange der Polizei; das hat der Minister selbst in der vorher berathenen Vorlage bewiesen, durch welche dem Polizei-Präsidenten von Berlin die Sicherheitspolizei in den Vororten überwiesen wird. Es werden in der Vorlage manche Dinge zur Polizei gerechnet, die eigentlich nicht dazu gehören. Redner geht dann auf die speciellen Verhältnisse Berlins ein und bittet das Haus um wohlwollende Beurtheilung der Berliner Verhältnisse mit den Worten Othello's: „Seid mir nicht abhold meiner Farbe wegen".

Abg. v. Eynern (natlb.) ist mit der Vorlage im Großen und Ganzen einverstanden, aber es würde sich vielleicht als nothwendig herausstellen, die höchste Belastung auf die Hälfte der Polizeikosten festzusetzen und eine Ermäßigung der Beiträge eintreten zu lassen, wenn bestimmte Zweige der Polizei auf die Städte übertragen werden. Berlin will die Staatsunterstützung beibehalten, weil sonst die Zuschläge zu den Staatssteuern für communale Zwecke erhöht werden müßten; dafür sollen alle preußischen Steuerzahler bezahlen. Berlin bezahlt nur 100 pCt. der Staatssteuern als Zuschlag, während Städte im Westen bis zu 500 pCt. Zuschlag erheben. (Hört!) Herr Krause hat eine ausgleichende Gerechtigkeit für die 171 Städte ohne Königliche Polizeiverwaltung vermißt, vielleicht geht mein Antrag durch, diesen Städten für ihre Polizei einen Staatszuschuß zu gewähren. Die Trennung der Wohlfahrtspolizei könne bei diesem Gesetz nicht geregelt werden.

Abg. Langerhans beantragt, für die Berathung dieses Gesetzes die vorher beschlossene Commission um 7 Mitglieder zu verstärken.

Das Haus tritt diesem Beschlusse bei.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung mehrerer Bestimmungen der Gesetzgebung über die Stempelsteuer.

Abg. Goldschmidt (dfr.) vermißt in der Vorlage eine Ermäßigung des Kaufstempels und bedauert, daß die Genossenschaften der Stempelsteuer unterworfen werden sollen. Er beantragt Verweisung an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Below-Saleske (cons.) spricht dem Finanzminister seinen Dank für die Vorlage aus, bittet aber, noch einige Punkte zu berücksichtigen, nämlich eine Stempelermäßigung für milde Stiftungen; ferner für den Verkauf kleiner Stellen zur Ansiedelung kleiner Landwirthe, die sehr nothwendig ist, weil im Osten die Arbeitskräfte wenig zahlreich sind, seitdem die russischen Arbeiter aus Rußland nicht mehr zu uns kommen. Im Colonialisationsgesetz für Posen haben wir ähnliche Stempelermäßigungen. Endlich sollte der Fideicommißstempel ermäßigt werden. Der Ausfall an Einnahmen in Folge der Ermäßigungen dürfte nicht so groß sein. Die Vorlage bitte ich der um 7 Mitglieder verstärkten Justizcommission zu überweisen.

Abg. Hansen (freicons.) spricht zu Anfang dem Minister seinen Dank für die Vorlage aus, mit welcher er vollständig einverstanden ist. Der Ermäßigung des Stempels für Stiftungen könne er auch nur zustimmen. Daß der Immobiliarbeitragsstempel nicht berücksichtigt ist, ist bedauerlich, aber wegen dieses Umstandes sollte man das Gesetz nicht ablehnen. Die Vorlage muß der Budgetcommission überwiesen werden.

Abg. Seer (natl.) ist ebenfalls mit der Vorlage einverstanden und bittet, dieselbe einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Finanzminister von Scholz: Die Möglichkeit der Stempelcontrole für Genossenschaften soll geschaffen werden, das ist keine besondere Belastung der Genossenschaften; zur Erfüllung der Stempelpflicht sollen sie nicht erst angehalten werden. Bedenklich ist diese Maßregel also keineswegs. Den Wünschen des Herrn von Below kann ich kein Gehör zusagen. Eine Revision des Erbschafts- und Stempelsteuergesetzes wird ja wohl einmal nothwendig werden, aber sie erfordert eine sehr umfassende Vorarbeit. Von einer Ermäßigung des Immobiliarstempels bitte ich jetzt ganz abzusehen. Dieser Stempel ist keineswegs sehr hoch bemessen; er ist in anderen Staaten viel höher und seine Ermäßigung nicht gerade sehr dringlich. Die Ausfälle würden bei einer Ermäßigung des Kaufstempels sehr viel höher sein als bei den anderen Stempeln, das ist bei der Unsicherheit unserer Finanzlage nicht aus dem Auge zu lassen.

Die Vorlage wird einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Relictenbeiträge der Volksschullehrer.

Abg. Knörcke (dfr.) will der Vorlage nicht widersprechen, obgleich sie nicht ganz den Wünschen entspreche, welche die Lehrer in dieser Beziehung hegen. Diese Regelung hätte man im vorigen Jahre schon machen können. Nothwendig wäre auch eine bessere Bemessung der Pensionen für die Wittwen und Waisen, die jetzt viel zu niedrig sind. Die Lehrer würden gern noch Beiträge zahlen, wenn die Pensionen etwas erhöht würden. 250 Mark Jahrespension für eine Lehrerwittwe sei nicht hinreichend. Dabei bleiben die Wittwen immer noch auf die Wohlthätigkeit angewiesen. Die Commission, welche eingesetzt werden soll, wird diese Frage ins Auge fassen müssen.

Abg. Kropatschek (cons.): Von allen den Forderungen, welche Herr Knörcke jetzt stellt, war in dem Antrage seiner Partei in der vorigen Session nicht die Rede. Die Lehrer stellen in ihren Petitionen Forderungen von einer Höhe, die keinem Beamten gewährt werden. Eine bessere Berücksichtigung der Lehrerwittwen mit mehreren Waisen ist vielleicht nothwendig. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir es hier gar nicht mit Staatsbeamten zu thun haben. Die Vorlage enthält nur das, was die Freisinnigen im vorigen Jahre beantragt haben. Die Lehrer, welche nicht Volksschullehrer, aber Mitglieder dieser Klassen sind, fallen nicht unter dieses Gesetz. Dadurch wird ihre Lage verschlechtert, trotzdem sie mehr Mitleid verdienen, als die Lehrer der Volksschulen. Die Verhältnisse dieser Lehrer sollten hinsichtlich ihrer Pensionen und der Alterszulagen geregelt werden. Die Vorlage bitte ich, der Unterrichtscommission zu überweisen.

Abg. Enneccerus (national.) empfiehlt ebenfalls die Erhöhung der Wittwen- und Waisenpensionen, wenn auch nicht in der Höhe, wie Herr Knörcke verlangt. Dem Wunsche des Herrn Kropatschek in Bezug auf die Lehrer, welche nicht eigentlich Volksschullehrer sind, schließe ich mich an.

Abg. v. Balan (freicons.) glaubt auch, daß der Gesetzentwurf einer Erweiterung bedürfe sowohl in Bezug auf die Höhe der Pensionen der Wittwen, als auch in Bezug auf die Beiträge der Gemeinden für diesen Zweck. Alle diese Fragen können am besten in einer Commission von 21 Mitgliedern geprüft werden.

Abg. Graf Hue de Grais glaubt, daß es sich erreichen lassen werde, die Lehrer, welche von diesem Gesetz noch ausgeschlossen seien, in dasselbe hineinzubringen.

Abg. Stöcker: Herr Knörcke hat der Sache keinen Dienst geleistet durch seine Uebertreibungen und dadurch, daß er über den Antrag der freisinnigen Partei hinausging. Die Lehrer werden nicht alle damit einverstanden sein, daß ihre Thätigkeit aufgewogen wird lediglich durch preußisch Courant. Wenn für die Wittwen und Waisen etwas gethan werden kann, bin ich damit einverstanden; denn ich habe als Localschulinspector gesehen, welche Nothlage oft besteht.

Die Vorlage wird der Unterrichtscommission überwiesen.

Schluß $3^3/_4$ Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Theilung des Regierungsbezirks Schleswig. Kleinere Vorlagen.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* **Berlin,** 24. Januar. Ein Diner bei dem russischen Botschafter Schuwalow, dem der Kaiser beizuwohnen gedenkt, findet am 2. Februar statt.

* **Berlin,** 24. Jan. Nach dem „Figaro" hätte sich die Kaiserin Friedrich entschlossen, die 5 Millionen betragende Erbschaft der Herzogin von Galliera anzunehmen.

* **Berlin,** 24. Januar. Der Reichstag wird in der nächsten Woche den Etat erledigen und dann eine Pause von etwa drei Wochen machen, um dem Landtag freieren Raum zu gewähren.

Die Afrikavorlage wird einer besonderen Commission überwiesen werden, welche sie bereits Montag erledigen wird. Das Plenum kann dann die Angelegenheit schnell verabschieden.

* **Berlin,** 24. Januar. Die Reichstags-Commission für das Genossenschaftsgesetz nahm einen Antrag Huene an, daß es Frauen erlaubt sein soll, das Stimmrecht durch Bevollmächtigte auszuüben, wenn durch Statut die persönliche Ausübung des Stimmrechtes durch Frauen ausgeschlossen wird. Neu eingeführt wird auf Antrag Schenck folgender Paragraph: „Soweit das Statut die Genossen zu Einzahlungen auf einen Geschäftsantheil verpflichtet, ohne dieselben nach Betrag und Zeit festzusetzen, unterliegt deren Festsetzung der Beschlußfassung durch die Generalversammlung."

Die Altersversicherungs-Commission nahm § 8 mit einem Antrag Hahn an, wonach die Rente in Naturalleistungen nur Denen gewährt werden darf, welche Lohn oder Gehalt in dieser Gestalt bezogen haben. § 11 bestimmt nach der von der Commission angenommenen Fassung, daß der Anspruch auf Invalidenrente denjenigen Versicherten nicht zusteht, welche die Erwerbsunfähigkeit sich vorsätzlich oder bei Begehung eines durch gerichtliche Entscheidung festgestellten Verbrechens zugezogen haben. § 12 bestimmt die Wartezeit bei der Altersrente auf 30, bei der Invalidenrente auf 5 Beitragsjahre. Hierzu wird ein Antrag Buhl angenommen, welcher die Erlangung der Billigkeitsrente bis zur Höhe des Mindestbetrages, statt bis zur Hälfte desselben erleichtern und die Rückerstattung von Beiträgen unter Umständen ermöglichen will. § 13 bestimmt: „Bei Berechnung der Wartezeit gelten als Jahr 47 volle Beitragswochen." Der Paragraph wird mit einem Amendement Buhl angenommen, wonach die Wartezeit auch durch freiwillige Versicherung erfüllt werden kann.

* **Berlin,** 24. Januar. Die „Freis. Ztg." schreibt: Hinter den Coulissen im Reichstage spielten sich heute interessante Vorgänge ab. Bekanntlich hatte der Seniorenconvent Mittwoch beschlossen, die erste Berathung der Colonialvorlage Sonnabend vorzunehmen und nach der ersten Berathung die Vorlage an eine Commission zu verweisen. Diese Vorschläge gingen im Wesentlichen gerade von Freunden der Vorlage aus. Dieselben hielten eine Commissionsberathung schon deshalb für angezeigt, weil die Regierung selbst in der Begründung der Vorlage nähere vertrauliche Mittheilungen zur Erläuterung der Vorlage in Aussicht stellte. Als Bismarck von diesen Beschlüssen des Seniorenconvents erfuhr, zeigte er sich sehr ungehalten, fuhr in den Reichstag und ließ sich erst Franckenstein, dann Bennigsen herausrufen. Letzterer verweilte über eine halbe Stunde beim Reichskanzler und kehrte dann mit sehr geröthetem Antlitz in den Sitzungssaal zurück. Der Kanzler hatte verlangt, daß die erste Colonialdebatte schon Freitag vorgenommen werde und daß ohne Commissionsberathung die zweite Lesung sofort folge. Sowohl Franckenstein wie Bennigsen wiesen auf die großen Unzuträglichkeiten hin, in den einmal getroffenen Vereinbarungen etwas zu ändern. Nach den Verhandlungen mit den genannten Abgeordneten erschien der Kanzler im Sitzungssaal und es schien auch eine Zeit lang, als ob er beabsichtige, nach Schluß der Sitzung bei Besprechung der Tagesordnung noch persönlich den Versuch zu machen, vor dem Plenum eine Aenderung des vereinbarten Geschäftsplanes durchzusetzen. Indeß zog sich die Discussion über die Tabaksteuer sehr lange hin. Der Kanzler verließ nach 4 Uhr den Sitzungssaal.

* **Berlin,** 24. Jan. Zu den Begleitern Wißmanns und Führern der anzuwerbenden Colonialtruppe wird außer dem schon genannten Lieutenant Gravenreuth auch Lieutenant St. Paul-Illaire gehören, welcher längere Zeit im Dienste der ostafrikanischen Gesellschaft stand. Bumüller, welcher wiederholt als Theilnehmer genannt wurde, hat sich aus eigenem Antriebe und auf eigene Kosten der Expedition angeschlossen. Er ist im Besitze reichlicher Mittel.

Aus Washington wird gemeldet: Der amerikanische Consul in Samoa, Sewell, erklärte vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, welcher gegenwärtig die Samoa-Frage erörtert, der britische Consul auf Samoa handle seit drei Jahren im Einvernehmen mit dem deutschen Consul. Zwischen Deutschland und Großbritannien bestehe ein Abkommen, nach welchem letzteres sich in Samoa neutral verhalten solle. Kraft dieses Abkommens sollte Deutschland von Samoa, England von den Toga-Inseln, schließlich auch von Hawai Besitz ergreifen. Auf Befragen des Ausschusses, welche Wirkung die Entsendung eines weiteren amerikanischen Kriegsschiffes nach Samoa auf die Deutschen ausüben würde, antwortete Sewell, auf Grund der dem Admiral Kimberly ertheilten Instruction würden die Vertreter der Unionstaaten den wirklichen Urhebern der Wirren auf Samoa nichts anhaben können.

Wie man der Kreuz-Zeitung aus London meldet, werden bei Panama englische Kriegsschiffe concentrirt. „Searus", „Karoline", „Swiftsure", Lilly" und „Forward" seien dort eingetroffen.

* **Berlin,** 24. Januar. Die „Börsenzeitung" hört, daß zum 1. April eine Neuorganisation der Marinebehörden in Wirksamkeit tritt. Es wird ein Marine-Obercommando geschaffen und ein Reichsamt der Marine. Für ersteren Posten wird noch kein bestimmter Name genannt, als Chef des Marine-Reichsamts Capitän Heusner.

* **Berlin,** 24. Jan. Der deutsche Consul in Nisch begab sich nach Salonichi, um die dortigen Verhältnisse behufs Anlaufens der deutschen Postdampfer zu prüfen.

* **Berlin,** 24. Jan. Die Berathungen des Ausschusses und der Plenarversammlung des deutschen Handelstages sind vom 13. und 14. auf den 18. und 19. Februar verschoben.

* **Berlin,** 24. Jan. Durch gemeinsamen Erlaß des Cultusministers und des Ministers des Innern ist den Regierungen die allgemeine Durchführung neuer auf Beseitigung der Thierquälerei bei der jüdischen Methode des Viehschlachtens gerichteter Bestimmungen als wünschenswerth bezeichnet worden.

* **Berlin,** 24. Jan. Bei dem jüngsten Glatteis fiel der Chefpräsident des Kammergerichts, Oehlschläger, hin und verrenkte sich die rechte Schulter.

* **Berlin,** 24. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 179. königlich preußischen Klassenlotterie fielen: Vormittags: **150 000 M.** auf Nr. 77964, **75 000** auf Nr. 94548, **15 000 M.** auf Nr. 87434, **10 000 M.** auf Nr. 131854 169201, **5000 M.** auf Nr. 104187 122519 152878 185819, **3000 M.** auf Nr. 7435 9168 17502 29323 45257 45748 54472 54665 55619 69222 71285 71981 73434 74390 83850 84267 87212 106286 106888 108951 111932 112113 115050 122842 130657 136957 140865 142950 154597 164690 179729 184777 188328, **1500 M.** auf Nr. 1871 2809 7415 8664 14957 17138 28525 46248 54607 59374 73810 80482 92153 94921 95279 97433 111210 114572 115138 125530 128828 130975 138366 140627 143795 144568 156819 157979 183389, **500 M.** auf Nr. 5313 10439 11070 11161 11595 26026 28741 29898 33383 38573 40356 42020 42710 47371 50583 61390 62350 63002 70215 76748 82108 99136 105735 112168 119275 119886 120134 123425 134392 155130 163999 164401 172308 182104 183653 186080. — Nachmittags: **30 000 M.** auf Nr 96409 160437, **15 000 M.** auf Nr. 178682, **5000 M.** auf Nr. 57576 107140 174132, **3000 M.** auf Nr. 8604 11205 14601 17722 22318 24402 33329 45363 62183 63608 73809 75473 86211 97388 107923 139458 143088 145189 146692 150665 151813 151896 162123 173414 173895 175295 181533, **1500 M.** auf Nr. 3509 10456 17268 19252 23453 26920 35355 36325 36805 41076 47854 60764 66375 67475 67782 67834 73016 75495 85981 97958 102155 106770 107187 112793 116553 121236 124213 138139 148987 157059 159061 160305 161815 165679 172400 172945 176212 178959 180387 189121, **500 M.** auf Nr. 1193 3244 12082 18682 31891 32563 34897 36714 44542 47735 48068 52007 55113 71477 75223 85507 86018 87056 88663 97994 107082 118461 118617 121418 124674 127254 129469 131014 140220 148197 151509 152006 152308 157294 157338 166636 174476 178779 181852 183016 187174 187336.

† **Frankfurt a. M.,** 24. Jan. Die „Frft. Ztg." meldet aus London, daß das Kupfersyndicat seine Käufe einstellt. Nach demselben Blatte ist in Paris ein Bankenconsortium wegen weiterer Convertirung russischer Anleihen in der Bildung begriffen. Der russische Finanzminister habe dem Vorvertrage betreffs Conversion der Anleihe von 1873 bereits zugestimmt.

* **Köln,** 24. Jan. Die „Köln. Ztg." schreibt: Die Bemühungen wegen Loskaufs der gefangenen Missionare waren einstweilen resul-

latlos. Die Araber verlangen die Räumung Dar-es-salams durch die ostafrikanische Gesellschaft.

* **Neuwied,** 24. Januar. Der Herzog Adolf von Nassau ist hier eingetroffen, vermuthlich zu einer Conferenz über die Luxemburger Frage.

!! **Wien,** 24. Jan. Anläßlich des Geburtstages des Deutschen Kaisers findet Sonnabend ein Hofdiner statt, zu welchem der Botschafter Prinz Reuß geladen ist. Sonntag giebt Prinz Reuß eine große Soirée, bei welcher der Hof erscheinen wird.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 24. Januar. Gestern fand beim Kaiser ein Diner für das badische Herzogspaar statt, zu welchem die Präsidien des Reichstages, des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses geladen waren. Heute Abend erscheint der Kaiser zum Vortrage in der militärischen Gesellschaft in der Kriegsakademie. An der Glückwunschcour am Geburtstage des Kaisers nimmt auch das gesammte diplomatische Corps Theil. Morgen findet beim Kaiser großes diplomatisches Diner statt. — Den Abendblättern zufolge berieth der Seniorenconvent des Abgeordnetenhauses gestern wiederholt in Anwesenheit des Ministers von BöttICHER über die Erhöhung der Civilliste des Königs. Heute beschäftigten sich die Conservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen mit der Frage, vorgestern schon das Centrum. Ein Theil der Freisinnigen soll der Erhöhung nicht abgeneigt sein.

Berlin, 24. Jan. Der heute Nachmittag 5 Uhr stattgehabten Festsitzung der Akademie zur Erinnerung an Friedrich den Großen und zur Feier des Geburtstages des regierenden Kaisers wohnten der Cultusminister, Ministerialdirector Greiff, Geheimrath Althoff und zahlreiche Mitglieder der Akademie bei. Die Festrede hielt Mommsen. Er gedachte der Verluste des Vorjahres, lenkte den Blick auf den jugendlichen neuen Herrscher, wies auf Kaiser Augustus hin, dessen reformatorische Thätigkeit er in einer Betrachtung der Horaz'schen sechs ersten Oden des dritten Buches vorüberführte. Zum Schluß verkündete der Secretär, daß die Akademie den zur Erinnerung an den Vertrag von Verdun gestifteten Preis für das beste Geschichtswerk der Jahre 1883 bis 1887 Max Lehmann für die Biographie Scharnhorsts zuerkannte.

Berlin, 24. Januar. In dem Socialistenproceß gegen Lau und Genossen wegen Geheimbündelei verurtheilte das Landgericht I außer Langfeldt, welcher freigesprochen wurde, sämmtliche Angeklagte, u. z.: Lau, Kuho, Volkmann, zu vier Monaten, Schubert, Kann, Brunsch, Schulz, Brödenfeld zu drei Monaten Gefängniß unter Anrechnung je eines Monats Untersuchungshaft.

Pest, 24. Jan. Der Steuereingang der ersten drei Wochen des Januar ergab ein Plus von einer Million gegen die gleiche Periode des Vorjahres.

Paris, 24. Januar. Die Kammer nahm die Vorlage, betreffend die Conversion der tunesischen Schuld, an. — Den Abendblättern zufolge traf die Regierung für Sonntag Abend mit Rücksicht auf die an diesem Tage stattfindende Wahl umfassende Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechthaltung der Ruhe. Die „France" erfährt, daß die Regierung mehrere nicht für ganz zuverlässig geltende Regimenter aus Paris entfernte und die Truppen für Nothfälle bis nach Amiens und Poitiers consignirte. — Es wird jetzt für unrichtig erklärt, daß die zum 26. Januar einberufene außerordentliche Generalversammlung der Actionäre der Panamagesellschaft vertagt werden solle. Die Versammlung würde stattfinden, auch wenn nicht eine hinreichende Zahl von Actien deponirt würde.

Paris, 24. Januar. Die Bank von Frankreich hat den Discont von 4 auf $3\frac{1}{2}$ pCt. herabgesetzt.

Dublin, 24. Jan. Gegen die nationalistischen Deputirten Carew und Kilbride wurden wegen Zuwiderhandelns gegen das irische Zwangsgesetz Haftbefehle erlassen.

Blackburne, 24. Jan. Der Secretär der Waterforder Section der Nationalliga wurde verhaftet und nach Tipperary abgeführt.

Haag, 24. Januar. Der König schlief gestern viel, nahm wenig Nahrung zu sich und fühlt sich weniger besser.

Haag, 24. Januar. Die erste Kammer nahm die Uebereinkunft mit Frankreich betreffs Schiedsspruches in der Grenzfrage Surinam-Cayenne an.

Washington, 24. Jan. Der amerikanische Consul in Samoa, Sewall, erklärte vor dem Senatsausschusse für auswärtige Angelegenheiten, welcher die Samoafrage erörtert, der britische Consul in Samoa handle seit den letzten drei Jahren im Einvernehmen mit dem deutschen Consul. Zwischen Deutschland und Großbritannien bestehe ein Abkommen, wonach sich letzteres in Samoa neutral verhalten solle. Kraft dieses Abkommens sollte Deutschland von Samoa, England von den Tonga-Inseln und schließlich auch von Hawaii Besitz ergreifen. Auf Befragen des Ausschusses, welche Wirkung die Entsendung eines weiteren amerikanischen Kriegsschiffes nach Samoa auf die Deutschen ausüben würde, antwortete Sewall, auf Grund der dem Admiral Kimberley ertheilten Instructionen könnten die Vertreter der Vereinigten Staaten die wirkliche Ursache der Wirren auf Samoa nicht erreichen.

Sydney, 23. Jan. Das „Bureau Reuter" meldet: Hier eingegangenen Nachrichten zufolge wurde Malietoa an Bord der „Olga" von Aden nach den Marschall-Inseln gebracht, wo er bleiben wird.

Letzte Post.

⁂ **Berlin,** 24. Januar. Die Mitglieder des Ausschusses der Studentenschaft haben sich bekanntlich in Folge des letzten bedauerlichen Zweikampfs ehrenwörtlich verpflichten müssen, sich wegen Meinungsverschiedenheiten im Ausschusse nicht fordern zu wollen. Auf das Gesuch des Ausschusses, seine Mitglieder von dieser ehrenwörtlichen Verpflichtung zu entbinden, da dieselben vor Beleidigungen nicht geschützt seien und wenn sie dem Zweikampf sich entzögen, später bei ihrer eventuellen Wahl zum Reserveoffizier benachtheiligt werden könnten, hat Rector Gerhardt ablehnend geantwortet, da, nach seinen Erkundigungen, solche Nachtheile sich nicht ergeben könnten; die Verpflichtung gelte ja nur je auf ein Semester und für einen beschränkten Kreis. Die Universitätsbehörde habe im Uebrigen beschlossen, jedes Ausschußmitglied, durch welches ein anderes provocirt würde, strengstens zu maßregeln. Später, unter veränderten Verhältnissen, könne die ehrenwörtliche Verpflichtung vielleicht wieder aufgehoben werden.

Wie die „Nat.-Ztg." aus Stuttgart erfährt, ist der Gesammtverlag der Cotta'schen Buchhandlung in den Besitz der Gebrüder Kröner in Stuttgart übergegangen.

Demselben Blatte wird aus Hamburg gemeldet, daß zum Director des Naturhistorischen Museums daselbst an Stelle des verstorbenen Professors Pagenstecher der Professor Eimer in Tübingen berufen worden.

Der Verein „Berliner Presse" setzte gestern eine siebengliedrige Commission ein, welche den Entwurf, betreffend Einführung einer Alterspension für Mitglieder und eine Erhöhung der Sterbegelder an die Hinterbliebenen, berathen soll.

Heute fand in der Leichenhalle des Jerusalemer Kirchhofs die Leichenfeier für den bisherigen Senior der Akademie der Wissenschaften, den Professor Wilhelm Schott, statt. Die Betheiligung war eine starke, namentlich auch von Seiten der Universität.

Locale Nachrichten.

Breslau, 24. Januar.

* **Von der altkatholischen Gemeinde.** In der morgen, Freitag, 25. Januar cr., Abends 8 Uhr, im großen Saale des „blauen Hirsch" stattfindenden Versammlung der altkatholischen Gemeindemitglieder wird Pfarrer Herter einen Vortrag über „Die socialen Zustände im ehemaligen Kirchenstaate" halten.

z. **Breslauer Brieftauben-Liebhaber-Verein.** In der am vergangenen Dinstag abgehaltenen Sitzung wurden der Versammlung zunächst die beiden Fragen zur Entscheidung vorgelegt, ob der Verein im laufenden Jahre ein Preisfliegen veranstalten wolle, und ob er das Fliegen von den Stationen Reisen, Moschin und Tremessen aus wie im vorigen Jahre mit dem Verein Brega zu Brieg gemeinschaftlich abhalten wolle. Nach kurzem Berathen wurden beide Fragen bejaht. Nun schritt man zur Ausarbeitung des Flugplans für dieses Jahr. Es wurde hierbei besonders hervorgehoben, daß künftig, abweichend von dem Flugplan des vorigen Jahres, von jeder Station nur ein Fliegen veranstaltet wird. Der Flugplan, welcher ebenso wie der vorjährige zehn Touren enthält, wurde, wie folgt, festgesetzt: Erste Tour von Oswitz am 2. Mai, zweite Tour von Schebitz am 7. Mai, dritte Tour von Obernigk am 11. Mai, vierte Tour von Gellendorf am 14. Mai, fünfte Tour von Trachenberg am 18. Mai, sechste Tour von Bojanowo am 22. Mai, siebente Tour von Reisen am 28. Mai, achte Tour von Moschin am 4. Juni, neunte Tour von Tremessen am 12. Juni und zehnte Tour von Thorn als Preisfliegen voraussichtlich am 23. Juni d. J. Die Absendung der Brieftauben nach den nahe gelegenen Stationen wird mit dem Frühzuge desselben Tages, die nach den weiter gelegenen mit dem letzten Zuge des vorhergehenden Tages erfolgen. Zu dem Preisfliegen werden die Tauben am 21. Juni von hier nach Thorn an die Königliche Fortification abgesandt, welche die Pfleglinge zu beliebiger Zeit abläßt. Die Entscheidung über Ertheilung von Preisen fällt dem geschäftsführenden Vereine des Verbandes Deutscher Brieftauben-Liebhaber-Vereine zu Hannover zu, der von dem Ablassen der Brieftauben ebenso wie von der Ankunft derselben am Bestimmungsort sofort telegraphisch in Kenntniß gesetzt wird.

* **Alarmirung der Feuerwehr.** Heute Vormittag, 7 Uhr 51 Min., wurde die Feuerwehr nach dem Roßmarkt Nr. 13 gerufen. In dem im Vordergebäude befindlichen Eisenwaarengeschäft brannte die Balkendecke vom Erdgeschoß zum ersten Stock und etliche Buch Schmirgel- und Glaspapier. Das Feuer, das durch die fehlerhafte Einführung eines Ofenrohres in den Schornstein entstanden war, wurde nach dem Aufreißen der Dielung mittelst der Handspritze gelöscht. Die Rückkunft der Feuerwehr erfolgte 9 Uhr 19 Min. Vormittags.

—ρ **Unfall auf dem Eise.** Das 10 Jahre alte Mädchen Elisabeth Ogrodowsky, Tochter eines auf der Wassergasse wohnenden Victualienhändlers, fiel am 23. Januar c. auf dem Eise beim Schlittschuhlaufen so unglücklich nieder, daß sie mit gebrochenem linken Beine liegen blieb. Das verunglückte Kind fand in der kgl. chirurgischen Klinik Aufnahme.

+ **Selbstmord.** Der auf der Gräbschenerstraße wohnhafte Arbeiter Herrmann K. machte am 23. Januar c., Vormittags, in einer dortigen Bodenkammer seinem Leben durch Erhängen ein gewaltsames Ende. Der Genannte, welcher eine Frau und vier unerzogene Kinder hinterläßt, hatte mit großen Nahrungssorgen zu kämpfen.

+ **Verirrter Knabe.** Auf der Großen Feldstraße wurde am 23sten Januar c. ein 4 Jahre alter Knabe aufsichtslos betroffen, welcher angab, Carl Sonntag zu heißen und aus Brieg gebürtig zu sein. Derselbe hat kurze blonde Haare, ist mit dunklem wollenem Kleidchen, rothen Unterbeinkleidern und blaugestreiften Strümpfen bekleidet. Der genannte Kleine wurde vorläufig von der in der Großen Feldstraße Nr. 11b wohnhaften Haushältersfrau Patschke in Pflege genommen.

+ **Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen wurde einer Kaufmannsfrau von der Carlsstraße ein rothes Kleid mit Taille, ein schwarzer Radmantel mit Pelzbesatz und mehrere andere Kleidungsstücke; einem Kaufmann von der Ohlauerstraße von seiner Ladeneingangsthür drei schwarze Pelzmuffe; einem Arbeiter von der Sedanstraße ein Portemonnaie mit $7\frac{1}{2}$ M. Inhalt; einem Dienstmädchen von der Reuschestraße ein Portemonnaie, enthaltend einen goldenen Trauring; einem Buchdrucker von der Altbüßerstraße ein goldener Siegelring mit graublauem Steine; einem Schneidermeister von der Albrechtsstraße ein goldenes Kreuz zum Anhängen.

Handels-Zeitung.

Δ **Breslauer Actienbrauerei Wiesner.** Der Aufsichtsrath der Breslauer Actienbrauerei hielt am 22. d. eine Sitzung ab, in welcher über den Erfolg der ausgeschriebenen Zuzahlung auf die Actien resp. deren Umwandlung in Stammprioritäten, Bericht erstattet wurde. Es wurde constatirt, dass etwa $\frac{2}{3}$ der Actienbesitzer dieser Aufforderung nachgekommen sind. Der Termin für die schon früher beschlossene ausserordentliche Generalversammlung ist auf den 20. Februar festgesetzt worden; auf die Tagesordnung derselben ist der Antrag gestellt, diejenigen Actien, auf welche die Zuzahlung von 50 Mark nicht geleistet worden, auf die Hälfte zu reduciren, sowie der inzwischen eingegangene neue Antrag, von jenen Actien je drei zu einer zusammenzulegen. Gleichzeitig wurde auf ein diesbezüglich vielseitig gestelltes Verlangen beschlossen, eine kurze Nachfrist zur Umwandlung der Actien in Prioritäts-Stammactien zu gewähren. Die erforderliche Bekanntmachung wird in den nächsten Tagen erlassen werden. Es gewinnt den Anschein, dass auch das letzte Drittel der Actien zur Umwandlung angemeldet und somit der Antrag auf Zusammenlegung der Actien gegenstandslos werden wird.

* **Reformen im österreichischen Getreide-Termingeschäft.** Nach einer officiösen Mittheilung ist zwischen den Delegirten der Wiener Frucht- und Mehlbörse und der Budapester Waaren- und Effectenbörse in Betreff der Reformen im Getreide-Termingeschäft „eine principielle Uebereinstimmung" erzielt worden. Die Vorschläge werden dem Börsenrathe der Budapester Waaren- und Effectenbörse und dem Vorstande der Wiener Frucht- und Mehlbörse zur endgiltigen Beschlussfassung unmittelbar unterbreitet werden. Diese Vorschläge lassen „eine definitive und befriedigende Einigung, welche alle Interessen möglichst berücksichtigt, erwarten. Desgleichen ist eine Regelung anderer angeregter Fachfragen, in welchen die Interessen beider Börsen gemeinschaftlich sind, zu erwarten."

* **Zahlungseinstellungen.** Ueber das Vermögen des Bankiers Max Jand in Ravensburg ist nach einer Meldung der „Frkf. Ztg." der Concurs eröffnet worden. — Ebenso nach der „V. Z." über die Firma Dresdner chem. Bleicherei und Appretur Gruner u. Co., sowie über die Firma Victoria Appretin- und Collofin-Compagnie Elss u. Co. in Dresden.

* **Schlesische Actien-Gesellschaft für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschowitz.** Die ordentliche General-Versammlung findet am 14. Februar a. c., Nachmittags 3 Uhr, in Oppeln statt. Näheres siehe Inserat.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 24. Januar. **Neueste Handelsnachrichten.** Geld für Prolongationszwecke stellte sich heute ca. $4\frac{1}{4}$ pCt. — Anmeldungen zum Umtausch der 5proc. ungarischen vereinigten Prioritäts-Anleihe (Investitions-Anleihe) von 1875 in neue $4\frac{1}{2}$proc. ungarische Eisenbahn-Anleihe in Gold werden von heute ab nicht mehr angenommen, da laut Prospect der zur Convertirung bestimmte Betrag bereits erschöpft ist. Auch für die übrigen 5proc. Anleihen gehen die Anmeldungen zum Umtausch in überaus grossen Beträgen ein. — Die Titres der Oesterreichichen Goldrente sind vom 1. Februar 1889 nur mit neuem Couponbogen an hiesiger Börse lieferbar. — Königsberger Vereinsbank-Actien à 1200 M. sind gleich Actien à 600 Mark bei hiesiger Börse lieferbar. — Vor drei Tagen hat sich hier eine Actien-Gesellschaft mit einem Capital von 5 Millionen constituirt, welche im Norden Berlins zwischen der Danziger Strasse und der Verbindungsbahn grosse Terrains gekauft hat. — Die Actien der Waggonfabrik Actiengesellschaft P. Herbrandel in Ehrenfeld sind von dem Schaaffhausen'schen Bankverein und Jacob Landauer Behufs Einführung übernommen worden. — Die Einführung der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie-Actien erfolgt am Montag. — Das belgische Eisensyndicat hat eine Preiserhöhung für alle Eisensorten um 5 Frcs. pro Tonne beschlossen. — Die bekannte Verlagsbuchhandlung Gebrüder Kroener in Stuttgart erwarb endgiltig mit dem ganzen Cotta'schen Verlag auch die „Allg. Ztg." in München, sowie sämmtliche zum Cotta'schen Verlage gehörigen Grundstüche und Gebäulichkeiten in München und Stuttgart. — Die Länderbank verhandelt durch einen nach Bukarest entsandten Beamten mit der rumänischen Regierung wegen Uebernahme 1 Mill. Loose à 10 Fr. — Nachdem nunmehr die erste grössere Sendung definitiver Titres der 6proc. Consols der mexikanischen äussern Anleihe eingetroffen ist, werden Interimsscheine gegen Originalstücke, soweit deren Vorrath reicht, vom 28sten d. M. ab bei Bleichröder hierselbst umgetauscht. — Die bulgarische Nationalbank steht wegen Verkaufs von 10 Millionen Francs 6procentiger Hypotheken-Pfandbriefe in Verhandlungen mit der Deutschen Bank und Dresdener Bank. Der Abschluss ist nicht unwahrscheinlich. — Subscriptionen auf neue Dampfer-Compagnie-Actien sind so zahlreich eingelaufen, dass die Zeichnungen vor 10 Uhr geschlossen werden mussten und nur zum kleinen Theil berücksichtigt werden konnten. Die Actien wurden heute zum ersten Male gehandelt und notirten 160 bez. u. Gd. — Der Berliner Spediteurverein dürfte 7—$7\frac{1}{2}$ pCt. vertheilen. — Die Gründung der neuen Dynamitgesellschaft ist seit einigen Tagen perfect. Dieselbe besitzt bereits vier Fabriken, von denen sich eine in Buenos-Ayres und eine in Capstadt befindet. Der Sitz der Gesellschaft ist London. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, dass sie der Nobels Dynamit Trust-Company voraussichtlich sehr scharfe Concurrenz machen werde. Eine andere Fabrik ist in Bensberg bei Köln erbaut und soll demnächst dem Betriebe übergeben werden. — Heute entwickelte sich lebhaftes Geschäft in Actien der Gotthardtbahn, die Course hoben sich auf grosse Käufe seitens eines Wiener Hauses. Es soll neben der Vertheilung von 6 Procent ein bedeutender Betrag (angeblich 50 000 Fr.) auf 1889 vorgetragen werden. Es wird ferner von Ersparnissen gesprochen, die die Bahn beim Tunnelbau gemacht hat. — Vor einigen Tagen beschlossen die hier versammelten Vertreter der Rheinisch-Westfälischen und Schlesischen Drahtwerke die Preise um 1 Mk. per Kilo zu erhöhen und vorläufig von dem Versuch, eine neue Convention zu Stande zu bringen, Abstand zu nehmen.

Berlin, 24. Januar. **Fondsbörse.** Die heutige Börse begann in fester Haltung, schwächte sich aber bald danach in Folge grösserer Gewinn-Realisationen und Blanco-Abgaben etwas ab, um schliesslich von Neuem zu grösserer Festigkeit zu gelangen, auf Grund deren die Course der tonangebenden Speculationspapiere über das Niveau der gestrigen Nachbörse hinausgehen konnten. Die Ursache der mehrfachen Schwankungen liegt lediglich in dem Umstande, dass die Speculation wegen des nahenden Ultimo auf Prolongations-Engagements bedacht sein muss. Anfänglich machte sich heute etwas stärkere Nachfrage nach Ultimo-Geld bemerkbar, so dass Geldgeber etwas zurückhaltender wurden und der Satz ein wenig anzog. Dies veranlasste die erwähnten Realisationen und gleichzeitigen Abgaben, da die Contremine die Ansicht hegte, dass die Regulirung auf Schwierigkeiten stossen könnte. Im weiteren Verlaufe des Geschäftes stellte sich jedoch heraus, dass Geld thatsächlich in ausreichendem Maasse für Regulirungszwecke vorhanden sei und die Haussespeculation keine Veranlassung hat, sich ihres Besitzes zu entledigen. Nach dieser Erkenntniss fanden natürlich sogleich Deckungskäufe statt, die, zumal einzelne Gebiete von der vorherigen Tendenzabschwächung fast gar nicht berührt waren, dem gesammten Verkehr schliesslich wieder ein recht freundliches Gepräge verliehen. Von Banken Credit bevorzugt, ultimo 169,90—169,50 bis 170,00, Nachbörse 170,10 (+ 0,50), Commandit 238,30—238,50 bis 238,10—239,25, Nachbörse 239,40 (+ 0,15). Bahnen gut behauptet; Gotthardbahn, Ostpreussen, Duxer anziehend. Prioritäten allgemein still. Von fremden Renten Russische Fonds und Noten fest, 1880er Russen 87,90, Nachbörse 88,00 (+ 0,10), 1884er Russen 102, Nachbörse 102, Noten 214,50—214,25—214,75, Nachbörse 214,75, Ungarn 85,50, Nachbörse 85,50. Inländische Anlagewerthe still, $3\frac{1}{2}$proc. Reichsanleihe 0,10 pCt. niedriger. Oesterreichische Prioritäten fest, russische etwas schwächer. Midland-Kansas-Prioritäten 82,60 bez. Gd., neue Ungarn 98,90 bez. Gd. Fremde Wechsel wenig verändert. Prämiengeschäft nur in Bergwerken und Credit von Bedeutung. Industriemarkt sehr fest, speciell Bergwerke beliebt. Besonders bevorzugt blieben Dortmunder Union. Zur Motivirung dieser Bewegung, schreibt die „National-Zeitung", waren die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. Unter Anderem wurde erzählt, der Abschluss pro 1. Quartal des laufenden Betriebsjahres weise 600 000 M. Mehrgewinn gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres auf. Nun ist es ja keinem Zweifel unterworfen, dass die Betriebsresultate der Union angesichts der guten Conjunctur der gesammten Montanindustrie sehr günstige sein müssen, umsomehr da die Gesellschaft bekanntlich einen grossen Theil ihrer Erze und Kohlen aus eigenen Gruben fördert, demnach aus der Preissteigerung der Rohmaterialien Nutzen zieht. Ob aber die genannte Ziffer des Mehrgewinns richtig ist, war nicht festzustellen, da an sonst informirter Stelle keine Bestätigung zu erlangen war. Ultimo 102,60—104,10, Nachbörse 104,90 (+ 2,30), Laura 143,90—143,50—144,60, Nachbörse 144,90 (+ 0,30), Bochumer 190,40—190—191,80, Nachbörse 192,25 (+ 1,75). Von anderen Industriewerthen sind hervorzuheben: Tarnowitzer (+ $6\frac{1}{2}$), Redenhütte (+ $1\frac{3}{4}$), Grusonwerke (+ 2), Archimedes 146,50 M. bez. u. Gd. Neue Dampfer-Compagnie 156—160 M. bez.

Berlin, 24. Januar. **Productenbörse.** Die Mehrzahl der auswärtigen Märkte verharrt in flauer Tendenz, auch heute fand der hiesige keinerlei Veranlassung, diesem Impulse nicht nachzugeben. — Loco Weizen träge. Auf Termine drückten starke Realisationen resp. Neuverkäufe der Commissionäre, weil in Folge der gründlich flauen amerikanischen Notirungen die Kauflust nur zögernd eingriff. Die Course sind $1\frac{1}{2}$—2 M. heruntergegangen, am Schlusse konnte keine nennenswerthe Besserung aufkommen. — Von loco Roggen räumte sich das geringfügige Angebot ohne Schwierigkeit zu behaupteten Preisen. Der Terminhandel gestaltete sich etwas reger als in den letzten Tagen, weil Commissionaire Frühjahr auf Sommersichten tauschten, was mit ganz geringfügigem Report möglich war. Die Course schliessen $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Mark niedriger als gestern. — Loco Hafer schwach preishaltend, Termine $\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ Mark niedriger. — Roggenmehl 10—15 Pf. billiger. — Mais und Kartoffelfabrikate leblos. — Rüböl hatte schwachen Handel zu kaum veränderten Preisen. — In Petroleum kamen nennenswerthe Abschlüsse nicht vor. — Spiritus erfuhr nur geringfügige Umsätze, unter denen die Preise sich schwach behaupteten.

Posen, 24. Januar. Spiritus loco ohne Fass (50er) 51,40 M., do. (70er) 31,90 M., per Januar (50er) 51,40 M., do. (70er) 31,90 Mark. — Tendenz: Fest. Wetter: Trübe.

Hamburg, 24. Jan. Vormittags 11 Uhr. **Kaffee.** (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Januar $80\frac{1}{4}$, per März 81, per Mai 82, per September $83\frac{1}{4}$. Tendenz: Ruhig.

Hamburg, 24. Januar. (Nachmittagsbericht.) **Kaffee.** Good average Santos per Januar $79\frac{3}{4}$, per März $80\frac{1}{2}$, per Mai $81\frac{1}{2}$, per Septbr. $82\frac{1}{4}$. — Tendenz: Behauptet.

Amsterdam, 24. Jan. Java-Kaffee good ordinary 50.

Havre, 24. Januar. Vorm. 10 Uhr 30 Min. **Kaffee.** Good average Santos per Jan. 98,75, per März 99,75, per Mai 100,50. Tendenz: Fest.

Havre, 24. Januar, Vorm. 10 Uhr. **Kaffee.** Kaffee in Newyork schloss unverändert. Rio 7000 Sack, Santos 9000 Sack, Recettes für gestern.

Magdeburg, 24. Jan. **Zuckerbörse.** Termine per Januar 13,90 Mark bez., per Februar 13,90 M. bez., per März 14 M. Br., 13,95 M. Gd., per Mai 14,12 M. bez. Gd., 14,15 M. Br., per Juni-Juli 14,27 M. bez. Gd., 14,30 M. Br., per August 14,35 M. Gd., per October-Decbr. 12,60 M. bez. Gd., 12,65 M. Br. Tendenz: Fest.

Paris, 24. Jan. **Zuckerbörse.** Rohzucker 88° ruhig, loco 35,75 bis 36,00, weisser Zucker fest, per Januar 38,80, per Februar 39,10, per März-Juni 40,00, per Mai-August 40,50.

London, 24. Jan. Zuckerbörse. 96 proc. Javazucker $16\frac{3}{4}$, stetig. Rüben-Rohzucker $13\frac{3}{4}$, stramm.

London, 24. Januar, 12 Uhr 32 Minuten. **Zuckerbörse.** Fest. Bas. 88% prompt 13, 9 + $\frac{1}{4}$, per Februar 13, $10\frac{1}{2}$, per März 13, $10\frac{1}{2}$ + $\frac{1}{2}$, per April 14.

London, 24. Januar, 4 Uhr 40 Min. **Zuckerbörse.** Ruhig. Bas. 88% prompt 13, 9 + $\frac{1}{2}$, per Februar 13, $10\frac{1}{2}$, per März 14, per April 14 + $\frac{1}{2}$. Raffinirte ruhig, mässiges Geschäft. Tates cubes 21, 6, Granulated spr. 16, 6, Rohrz.-Javas Nr. 14—15 d. s. Verkäufer 16, $7\frac{1}{2}$.

Newyork, 23. Januar. **Zuckerbörse.** Unverändert.

Glasgow, 24. Januar. **Roheisen.**	23. Januar.	24. Januar
(Schlussbericht.) Mixed numbers warrants.	41 Sh. $3\frac{1}{2}$ D.	41 Sh. 5 D.

Ausweise.

Paris, 24. Jan. [Bankausweis.] Baarvorrath, Zunahme Gold 4 253 000, Zun. Silber 2 394 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abn. 58 825 000, Gesammtvorschüsse Abn. 7 488 000, Notenumlauf Abn. 39 030 000, Guthaben des Staatsschatzes Zun. 17 793 000, Laufende Rechn. der Privaten Abn. 22 950 000.

London, 24. Januar. [Bankausweis.] **Totalreserve** 13 992 000, Notenumlauf 23 446 000, Baarvorrath 21 238 000, Portefeuille 19 985 000, Guthaben der Privaten 25 412 000, Guthaben des Staatsschatzes 4 909 000, Notenreserve 12 957 000 Pfd. Sterl.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 24. Jan. [Amtliche Schluss-Course.] Fest.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Cours vom	23.	24.
Galiz. Carl-Ludw.-B.	87 90	87 40
Gotthardt-Bahn	138 50	141 —
Lübeck-Büchen	176 40	176 40
Mainz-Ludwigshaf..	113 10	113 20
Mittelmeerbahn ult.	121 —	121 10
Warschau-Wien	191 70	191 70

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

	23.	24.
Breslau-Warschau..	61 40	61 20
Ostpreuss. Südbahn.	118 20	118 50

Bank-Actien.

	23.	24.
Bresl. Discontobank.	114 80	114 60
do. Wechslerbank.	103 —	103 20
Deutsche Bank	175 70	175 60
Disc.-Command. ult.	239 10	239 20
Oest. Cred.-Anst. ult.	170 —	170 20
Schles. Bankverein.	129 70	131 25

Industrie-Gesellschaften.

	23.	24.
Archimedes	146 50	146 50
Bismarckhütte	185 20	185 60
Bochum. Gussstahl. ult	190 62	191 70
Brsl. Bierbr. Wiesner	42 —	42 —
do. Eisenb. Wagenb.	188 60	188 —
do. Pferdebahn...	140 —	140 —
do. verein. Oelfabr.	93 —	93 30
Cement Giesel.....	162 70	162 90
Donnersmarckh. ...	73 —	72 50
Dortm. Union St.-Pr.	102 70	104 —
Erdmannsdrf. Spinn.	99 50	99 50
Fraust. Zuckerfabrik	154 —	152 50
GörlEis.-Bd. (Lüders)	193 10	192 20
Hofm. Waggonfabrik	181 —	180 —
Kramsta Leinen-Ind.	138 25	138 —
Laurahütte .. Casse	144 40	144 10
Obschl. Chamotte-F.	155 —	155 50
do. Eisb.-Bed.	113 —	113 30
do. Eisen-Ind.	196 50	197 —
do. Portl.-Cem.	152 50	152 50
Oppein. Portl.-Cemt.	127 —	127 —
Redenhütte St.-Pr. .	142 —	143 70
do. Oblig...	115 50	— —
Schlesischer Cement	235 10	233 —
do. Dampf.-Comp.	137 50	136 40
do. Feuerversich.	— —	— —
do. Zinkh. St.-Act.	153 70	153 70
do. St.-Pr.-A.	154 70	154 70
Tarnowitzer Act....	28 20	30 50
do. St.-Pr..	95 50	102 —

Inländische Fonds.

Cours vom	23.	24.
D. Reichs-Anl. 4%	108 70	108 70
do. do. 3½%	103 60	103 50
Posener Pfandbr. 4%	102 20	102 20
do. do. 3½%	101 20	101 40
Preuss. 4% cons. Anl.	108 50	108 50
do. 3½% dto.	104 20	104 20
do. Pr.-Anl. de 55	166 40	166 70
do 3½% St.-Schldsch	101 20	101 —
Schl. 3½% Pfdbr. L. A	101 50	101 40
do. Rentenbriefe..	105 20	105 20

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

	23.	24.
Oberschl. 3½% Lit. E.	101 70	101 70
do. 4½% 1879	103 80	104 —
R.-O.-U.-Bahn 4% II.	— —	— —

Ausländische Fonds.

	23.	24.
Egypter 4%	84 70	84 50
Italienische Rente..	96 30	96 40
Mexikaner	92 70	92 50
Oest. 4% Goldrente	93 90	93 90
do. $4\frac{1}{5}$% Papierr.	69 20	69 50
do. $4\frac{1}{5}$% Silberr.	70 30	70 50
do. 1860er Loose.	121 20	121 20
Poln. 5% Pfandbr..	62 90	62 80
do. Liqu.-Pfandbr.	56 70	56 60
Rum. 5% Staats-Obl.	95 20	95 20
do. 6% do. do.	106 80	106 70
Russ. 1880er Anleihe	88 —	88 —
do. 1884er do. ult.	102 10	— —
do. 4½ B.-Cr.-Pfbr.	93 10	93 —
do. 1883er Goldr.	113 50	113 50
do. Orient-Anl. II.	65 10	65 10
Serb. amort. Rente	83 —	84 —
Türkische Anleihe.	15 20	15 10
do. Loose........	40 60	40 50
do. Tabaks-Actien	98 20	97 70
Ung. 4% Goldrente	85 60	85 70
do. Papierrente ..	78 80	79 —

Banknoten.

	23.	24.
Oest. Bankn. 100 Fl.	169 15	169 10
Russ. Bankn. 100 SR.	215 40	215 —

Wechsel.

	23.	24.
Amsterdam 8 T....	— —	168 65
London 1 Lstrl. 8 T.	— —	20 40
do. 1 „ 3 M.	— —	20 28
Paris 100 Frcs. 8 T.	— —	80 70
Wien 100 Fl. 8 T.	169 —	168 90
do. 100 Fl. 2 M.	168 05	168 —
Warschau 100 SR 8 T.	214 90	214 25

Privat-Discont $1\frac{7}{8}$%.

Berlin, 24. Januar, 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Fest.

Cours vom	23.	24.
Berl. Handelsges. ult.	182 50	183 62
Disc.-Command.. ult.	238 62	239 37
Oesterr. Credit.. ult.	169 75	170 12
Franzosen ...... ult.	108 75	108 37
Galizier .... ult.	87 50	87 50
Lombarden ..... ult.	42 75	42 37
Lübeck-Büchen . ult.	176 37	176 37
Mainz-Ludwigsh. ult.	113 —	113 12
Marienb.-Mlawka ult.	90 12	90 —
Mecklenburger .. ult.	153 12	152 87
Ostpr. Südb.-Act. ult.	117 75	119 —
Drtm. Union St. Pr. ult.	101 75	105 —
Laurahütte ..... ult.	143 62	144 87
Egypter .... ult.	84 50	84 62
Italiener .... ult.	96 12	96 12
Russ. 1880er Anl. ult.	87 75	88 —
Russ. 1884er Anl. ult.	101 87	102 —
Russ. II. Orient-A. ult.	65 12	65 25
Russ. Banknoten. ult.	214 —	214 75
Ungar. Goldrente ult.	85 50	85 50

Wien, 24. Januar. [Schluss-Course.] Gedrückt.

Cours vom	23.	24.
Credit-Actien..	312 60	312 10
St.-Eis.-A.-Cert.	256 70	255 75
Lomb. Eisenb..	100 25	99 50
Galizier	207 50	206 25
Napoleonsd'or.	9 54	9 54
Marknoten	59 10	59 15
4% ung. Goldrente.	101 35	101 17
Silberrente	83 10	83 25
London	120 65	120 65
Ungar. Papierrente.	93 55	93 50

Berlin, 24. Januar. [Schlussbericht.]

Cours vom	23.	24.
Weizen. Flau.		
April-Mai	197 50	196 25
Mai-Juni	198 25	196 50
Roggen. Matt.		
April-Mai	155 25	155 —
Mai-Juni	155 50	155 —
Juni-Juli	155 75	155 25
Hafer.		
April-Mai	139 —	138 50
Mai-Juni	139 25	139 —
Rüböl. Still.		
Januar	60 60	60 60
April-Mai	59 10	59 —
Spiritus. Matt.		
do. 70er	33 80	33 70
do. 50er	52 90	52 80
do. April-Mai	53 50	53 40
do. Mai-Juni	54 —	53 90

Stettin, 24. Januar. — Uhr — Min.

Cours vom	23.	24.
Weizen. Flau.		
April-Mai	191 —	190 50
Juni-Juli	193 —	192 —
Roggen. Matt.		
April-Mai	153 —	153 —
Juni-Juli	154 —	153 50
Petroleum.		
Januar	fehlt	fehlt
Rüböl. Unverändert.		
April-Mai	59 —	59 —
Septbr.-Octbr.....	— —	— —
Spiritus.		
loco mit 50 Mark Consumsteuer belast.	52 70	52 50
loco mit 70 Mark.	33 20	33 —
April-Mai	33 80	33 70
August-Septbr. ..	35 80	35 702

Paris, 24. Januar. 3% Rente 83, 07½. Neueste Anleihe 187 104, 85. Italiener 95, 57½. Staatsbahn 537, 50. Lombarden —, —. Egypter 425, 31. Behauptet.

Paris, 24. Jan., Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Schwach

Cours vom	23.	24.
3proc. Rente	83 05	82 92
Neue Anl. v. 1886	— —	— —
5proc. Anl. v. 1872.	104 82	104 60
Italien. 5proc. Rente	95 57	95 52
Oesterr. St.-E.-A....	537 50	536 25
Lombard. Eisenb.-A.	222 50	225 —
Türken neue cons..	15 27	15 30
Türkische Loose..	— —	— —
Goldrente, österr..	$93\frac{7}{8}$	94 —
do. ungar. 4pCt.	$85\frac{1}{8}$	85 06
1877er Russen....	— —	— —
Egypter	425 —	425 —

London, 24. Januar. Consols 99, 12. 1873er Russen 102, 12. Egypter 83, 13. Trübe.

London, 24. Januar, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont $2\frac{1}{8}$ pCt. Ruhig. Bankeinzahlung — Pfd. Sterl.

Cours vom	23.	24.
Consolsp. $2\frac{3}{4}$% Febr.	$99\frac{1}{8}$	99 01
Preussische Consols	106 —	$106\frac{1}{2}$
Ital. 5proc. Rente...	$94\frac{3}{4}$	$94\frac{3}{4}$
Lombarden	$8\frac{15}{16}$	8 15
5proc. Russen de 1871	— —	— —
5proc. Russen de 1873	102 01	$102\frac{1}{8}$
Silber	— —	— —
Türk. Anl., convert.	$15\frac{1}{8}$	$15\frac{1}{8}$
Unificirte Egypter..	$83\frac{3}{4}$	$83\frac{3}{4}$
Silberrente	69 —	69 —
Ungar. Goldr. 4proc.	$84\frac{1}{8}$	$84\frac{1}{8}$
Oesterr. Goldrente .	— —	— —
Berlin	— —	20 54
Hamburg 3 Monat.	— —	20 54
Frankfurt a. M.....	— —	20 54
Wien	— —	12 24
Paris	— —	25 $51\frac{1}{4}$
Petersburg	— —	$24\frac{15}{16}$

Frankfurt a. M., 24. Januar. Mittag. Credit-Actien 263, 75. Staatsbahn 216, —. Lombarden —, —. Galizier 175, 25. Ungarische Goldrente 85, 50. Egypter 84, 60. Laura —, —. Ziemlich fest.

Köln, 24. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 20, 40, per Mai 20, 60. Roggen loco —, per März 15, 60, per Mai 15, 65. — Rüböl loco 63, 50, per Mai 60, —. — Hafer loco 14, 50.

Hamburg, 24. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinischer 158—168, Roggen loco flau, mecklenburgischer loco 165—175, russischer still, loco 100—102. Rüböl still, loco 62. Spiritus ruhig, per Jan.-Februar 20, per Februar-März 20½, per April-Mai 21½, per Mai-Juni 21¾. — Wetter: Thauwetter

Amsterdam. 24. Januar. [Schlussbericht.] Weizen per März 203, per Mai 206. Roggen per März 123, per Mai 125.

Paris. 24. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen träge, per Januar 25, 50, per Februar 25, 75, per März-April 26, —, per März Juni 26, 25. — Mehl weichend, per Januar 56, 80, per Februar 57, 25, per März-April 57, 80, per März-Juni 58, 10. — Rüböl behauptet, per Januar 75, 25, per Februar 74, 75, per März-Juni 73, 75, per Mai-August 69, 75. — Spiritus fest, per Januar 38, 50, per Februar 39, 25, per März-April 40, 00, per Mai-August 41, 50. Neblig

Liverpool, 24. Jan. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Abendbörsen.

Wien, 24. Januar, Abends 5 Uhr 30 Min. Oesterr. Credit-Actien 313, 20. Marknoten 59, 10. 4proc. Ung. Goldrente 101, 22. Galizier 206, 50. Fest.

Frankfurt a. M., 24. Januar, Abends 6 Uhr 10 Min. Credit-Actien 263, 87, Staatsbahn 217, 12, Lombarden $83\frac{5}{8}$, Galizier 174,87, Ung. Goldrente 85, 45, Egypter 84, 60. Fest.

Hamburg, 24. Januar, 8 Uhr 53 Min. Abends. Credit-Actien 264, Nordd. Bank 180, Disconto-Gesellschaft $235\frac{3}{8}$, Russ. Noten $214\frac{1}{2}$. Packetfahrt $145\frac{1}{2}$. — Fest.

Vom Standesamte. 24. Januar.

Aufgebote.

Standesamt I. **Stritzke,** Carl, Arb., ev., Röhrgasse 3, **Kratochwil,** Anna, ev., ebenda. — **Holländer,** Isaak, Kaufm., j., Schmiedebrücke 67, **Moses,** Martha, j., Büttnerstr. 34. — **Welz,** Adolf, Handelsmann, ev., Nadlergasse 7, **Haase,** Bertha, ev., Ursulinerstr. 8. — **Wendler,** Robert, Juwelier, ev., Albrechtsstr. 9, **Geßner,** Hedwig, ev., N. Tauentzienstr. 83.

Berichtigung. In den Aufgeboten vom 23. d. M. muß es heißen: **Richter,** Wilhelm, Tischler, ev., Elbingstraße 12, **Steinert,** Anna, geb. Völkerling, ev, ebenda.

Sterbefälle.

Standesamt I. **Dinter,** Agnes, T. d. Schneidermeisters Wilh., 6 T. — **Prestrich,** Reinhold, Fleischerges., 26 J. — **Rathmann,** Paul, S. d. Tapezierers Oscar, 6 M. — **Stiller,** Anna, geb. Gottschalk, Schneidermeisterfrau, 45 J. — **Rasch,** Johanna, geb. Menzel, Tischlermeisterwittwe, 83 J. — **Müller,** Carl, Tischler, 66 J. — **Laufer,** Johanna, geb. Kunert, verw. gew. Wende, Droschkenbesitzerwittwe, 66 J. — **Feist,** Carl, Fabrikbesitzer, 70 J. — **Gock,** Gustav, Dachdecker, 49 J. — **Wagner,** Max, S. d. Maschinenwärters Robert, 4 J. — **Steinig,** Emilie, geb. Ziepolt, Arbeiterfrau, 64 J. — **Beyer,** Marie, geb. Wieden, Tischlermeisterwittwe, 68 J. — **Kuznik,** Helene, T. d. Bäckermstrs. Simon, 3 W. — **Grundey,** Josef, Arbeiter, 34 J. — **Viertel,** Martha, T. d. Kutschers Adolf, 4 M. — **Istel,** Hans, S. d. Geometers Josef, 4 J.

Standesamt II. **Tiesler,** Anna, T. d. Arb. Ernst, 8 M. — **Rohr,** Wilhelm, Kutscher, 56 J. — **Schmidt,** Elisabet, T. d. Handschuhmachers Friedrich, 1 J. — **Fiedler,** Olga, T. d. Steinmetz Paul, 12 Tage. — **Henduk,** Elise, T. d. Materialien-Verwalters Friedrich, 3 M. — **Schmidt,** Ernst, S. d. Tischlers Paul, 4 M. — **Jonczyk,** Pauline, geb. Haupt, Schlosserfrau, 35 J. — **Flögel,** Theodor, Gelbgießer, 36 J. — **Kluge,** Gotthold, S. d. Steindruckers Wilhelm, 14 T.

Stichwahl.
Deutsch-freisinnige Partei.

Um unseren Vertrauensmännern das zeitraubende und anstrengende Ausschreiben und Austragen der Mahnkarten nach Möglichkeit zu ersparen, bitten wir alle diejenigen Wähler, welche mit uns gegen den Candidaten der Socialdemokratie stimmen wollen, am Tage der Stichwahl [1235]

Freitag, den 25. Januar 1889,

wenn irgend thunlich bis spätestens 3 Uhr Nachmittags an der Wahlurne zu erscheinen.

Der Vorstand
des Wahlvereins der Deutsch-freisinnigen Partei.

Bekanntmachung.

Der Kutscher **Wilhelm Rose** von hier beabsichtigt auf dem Grundstück „verlängerte Niedergasse, Vincenz-Elbing-Parzelle Nr. 9 — sogenannter Püške-Wald — Band IV Blatt 261 Nr. 154 der Obervorstadt", **eine Abdeckerei** zu errichten.

In Gemäßheit des § 109 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 und nach Nummer 35 der Ministerial-Anweisung vom 19. Juli 1884 bringen wir dieses Vorhaben mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntniß, etwaige Einwendungen dagegen binnen 14 Tagen bei uns schriftlich in zwei Exemplaren oder zu Protokoll im Stadt-Ausschuß-Bureau, Elisabethstraße Nr. 15, anzubringen, woselbst auch Zeichnungen und Beschreibungen der projectirten Anlage zur Einsicht ausliegen.

Nach Ablauf der oben genannten Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der gegen dies Project rechtzeitig erhobenen Einwendungen im Vorverfahren haben wir einen Termin auf **den 16. Februar cr., Vorm. 11 Uhr,** vor unserem Commissarius, Herrn Stadtrath **Mühl,** in dem Amtszimmer des letzteren, Zimmer Nr. 43a des Rathhauses, anberaumt, was mit dem Eröffnen zur Kenntniß gebracht wird, daß im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden wird. [1256]

Breslau, den 16. Januar 1889.

Der Stadt-Ausschuß.

Die Verlobung ihrer Tochter **Dorothea** mit dem Kaufmann Herrn **Isaac Ehrlich** aus Alt-Berun zeigen hierdurch ergebenst an [1250]

M. P. Kohn und Frau, geb. **Ehrlich.**

Loslau, im Januar 1889.

Max Lichner,
Marie Lichner,
geb. **Kanold,**
Neuvermählte. [1966]

Breslau, den 25. Januar 1889.

Daniel Cohn,
Emma Cohn,
geb. **Wollstein,** [1986]
Neuvermählte.

Stettin, im Januar 1889.

Die schwere und glückliche Entbindung von einem gesunden Mädchen beehren sich anzuzeigen

Max Roedler und Frau, geb. **Neumann.** [1978]

Breslau, den 24. Januar 1889.

Am 24. d. M. entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden unsere liebe Frau und gute Mutter

Johanna Braun, geb. Silberberg,

im blühendsten Alter von 49 Jahren.

Um stille Theilnahme bitten [1982]

Die Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag, Vormittag 10½ Uhr.
Trauerhaus: Heinrichstrasse 4.

Heute Nachmittags 2 Uhr verschied unser geliebter Vater, der

Kaufmann Louis Schnitzer,

im Alter von 72 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an um stille Theilnahme bittend

Die Hinterbliebenen.

Boronow OS., 23. Januar 1889. [1281]

Die Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, des Kaufmanns

Felix Peiser,

findet **Freitag,** den 25. Januar, Nachmittag 2½ Uhr, in Breslau von der Leichenhalle des israelitischen Friedhofes aus statt. [1267]

Frankenstein i. Schl.

Malwine Peiser, geb. Werner.

Danksagung.

Für die überaus grosse und liebevolle Theilnahme, welche mir bei dem Heimgange und insbesondere bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Gatten, des

Fabrikdirectors Franz Kayser,

dargebracht worden ist, spreche ich im Namen aller Angehörigen meinen innigsten und aufrichtigsten Dank aus.

Breslau, am 24. Januar 1889. [1993]

Pauline Kayser, geb. Lück.

Beginn des Gottesdienstes in den beiden Gemeinde-Synagogen.
Freitag, d. 25. Jan., Abends 5 Uhr.
Sonnabend, d. 26. Jan., Morg. 8¾ „
Predigt.... „ „ 9¾ „
An den Wochentagen:
Morgens 7 Uhr, Abends 5 Uhr.

Altkatholische Gemeinde.
Heute Vortrag im blauen Hirsch.

Aus Anlaß des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers und Königs findet

am Sonnabend, den 26. d. M.,
Vormittags 9½ Uhr,

in beiden Gemeinde-Synagogen eine besondere Feier statt.

Breslau, den 24. Januar 1889. [1258]

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Kindergarten-Verein.
Vortrags-Cyclus.

Freitag, den 25. Januar, Abends 7 Uhr, Musiksaal der Universität, Vortrag des Herrn **Prof. Dr. Zacher:**
„Fahrende Leute im Alterthum u. im Mittelalter!"

Billetverkauf: Buchhandlungen: **Schletter, Morgenstern, Trewendt,** in den 12 Vereins-Kindergärten und an der Kasse.

[1196] **Der Vorstand.**

Stadt-Theater.

Freitag. Zum 3. Male: **„Der wilde Jäger.“** Große romantische Oper in 4 Acten von A. Schulz.
Sonnabend. (Kleine Preise.) Zur Vorfeier des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs. Zum 1. Male: **„Die Quitzows.“** Schauspiel in vier Acten von Ernst v. Wildenbruch.
Sonntag. Zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs. **„Lohengrin.“** Große romantische Oper in 3 Aufzügen von Rich. Wagner.

Lobe-Theater. 1279

Freitag. Zum 2. Male: **„Die Wildente“.**

Helm-Theater. 1277

(Einziges Volks-Theater Breslaus.)
Freitag. Zum 2. Male:
„100000 Thaler.“ Gesangsposse.

Paul Scholtz's Etablissement.

Heute, Freitag: [1965]
Zum 2. Male:
Die Gebieterin von St. Tropez.
Charakter-Gemälde in 5 Acten von Lembert.

Dinstag, den 29. Januar, Abends 7½ Uhr, im Breslauer Concerthause,

Concert

der Vereinigung Breslauer evangel. Lehrer.
Dirigent: Rector Beck.
Männerchöre von **Brahms, Behschnitt, Kleffel, E. Schultz, Weinzierl** u. A. [1275]
Solovorträge.
Billets für nummerirte Plätze à 2 M., für unnummerirte à 1 M. sind in der Musikalienhandlung von **Th. Lichtenberg — Zwingerplatz —** und an der Abendkasse zu haben.
Der Reinertrag ist für die **Sander-Stiftung** bestimmt.



Panorama,

Bischoffstr. 3, I.
Entr. 20 Pf., Kind. 10 Pf.
Erinnerungen vom [1689]
Feldzug 1870|71.

Nur noch kurze Zeit!
Liebich's Etablissement.
Heute Freitag, den 25. Jan.:
Große humoristische Soirée
der allbeliebten
Leipziger Quartett- u. Concert-Sänger
(Direction **Gebr. Lipart**),
sowie Gastspiel des Opernsängers
Paul Krone.
Neues Programm.
Billets à 40 Pf. in den bekannten Commanditen.
Entrée: 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Kassen-Eröffnung 6½ Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, den 26. cr., Sonntag, den 27. cr., **keine Vorstellung.**

Victoria-Theater.

Simmenauer Garten.
Direction: **C. Pleininger.**
Neu!: Giovanni,
der preisgekrönte schönste Mann.
Auftreten von
Frères Tillmann, Gymnastiker und Equilibristen.
Lilly Fechter, Costümsoubrette.
Auftreten von
Turl und Toni Daré, Wiener Duettisten.
[1273] **Crassé,** Instrumental-Imitator.
Tauer und Meingold, Opern-Parodisten.
E. Changeux mit seinen
Ulmer Riesen-Doggen
und dressirten **Hunde-Meute.**
Breslauer Schönheits-Concurrenz,
Local-Possen-Pantomime in 1 Act mit Gesang, Tanz und lebenden Bildern.
Vorkommende Tableaux:
1) Gretchen am Spinnrad. 2) Creolin. 3) „Alleweil fidel.“ 4) Favoritin. 5) Die Wacht am Rhein.
Anf. 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

△ Herkules [457]
Schweidnitz, 27. I. 89. Mittags 1 Uhr F. △ I zur Geb. Feier Sr. Maj. des Kaisers und T. △.

Zeltgarten. 1272

Auftreten von:
Severus Schäffer,
der großartigste Jongleur der Gegenwart,
Troupe Stebbing,
Akrobaten,
Frl. Susanna Schäffer,
Fußequilibristin.
Fräuleins Geschwister **Edelweiss,** Gesangs-Duettistinnen; Miß **Andersen,** Kopfequilibristin; **François Rivoli,** Mimiker; Fräulein **Lilly Alexander,** Frl. **Belita,** Sängerinnen, u. Herr **Schwinsitzki,** Komiker.
Anf. 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

B. E. V. E.

erwart. Dich 27. B. 10. [1963]

Schmerzlose Zahnextraction, Zähne, Plomben, Nervtödten ꝛc.
Robert Peter, Dentist,
Blücherplatz 13,
am Riembergshof.

Künstl. Zähne u. Plomben,
billigste Preise. [884]
Paul Netzbandt,
jetzt Schuhbrücke 77,
Eingang auch Ring 30.

Für [1949]
Bandwurm-Kranke.
Ausführliche Prosp. darüber gratis. 17jährige Praxis in Breslau. Auswärtige behandle brieflich.
Oschatz, Vorwerksstr. 16, pt.
Sprechst. täglich 11—1, Nm. 3—4.

Jüdische Lehrer-Bildungsanstalt zu Berlin.

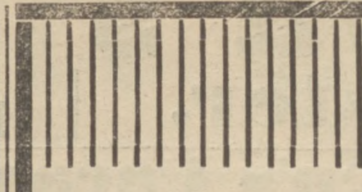
Bedingungen für die Aufnahme.
Die Bedingungen für die Aufnahme, die nur ein Mal jährlich und zwar beim Beginne des Sommer-Semesters stattfindet, sind folgende:
1) Der Aufzunehmende muß mindestens das siebzehnte Jahr zurückgelegt und darf das Alter der Bildungsfähigkeit noch nicht überschritten haben.
2) Er muß außer den allgemeinen Vorkenntnissen, die laut der allgemeinen Bestimmungen vom 15. October 1872 bei der Aufnahmeprüfung an den Schullehrer-Seminaren gefordert werden, Vertrautheit mit dem Pentateuch und Kenntniß der wesentlichsten Theile der biblischen Geschichte, der hebräischen Formenlehre sowie der Liturgie besitzen.
3) Er hat dem Leiter der Anstalt folgende Schriftstücke einzureichen:
   a. Einen von ihm selbst verfaßten und geschriebenen Lebenslauf, welcher außer seinen persönlichen Verhältnissen besonders den bisherigen Gang seiner Bildung darstellt,
   b. das Geburtsattest,
   c. ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte,
   d. ein Zeugniß über seine Schulbildung,
   e. ein amtliches Zeugniß über seinen bisherigen Lebenswandel.

Auf Grund eines nach diesen Bedingungen an den Leiter der Anstalt, Herrn Dr. **Holzman,** bis Ende Februar d. J. einzusendenden Gesuches wird über die Zulassung des Angemeldeten zur Prüfung bestimmt, von deren Ergebniß seine Aufnahme abhängt. [453]
Die Anstalt gewährt den Zöglingen freien Unterricht und Unterstützungen.
Berlin, im Januar 1889.
Der Vorstand der Jüdischen Gemeinden.

Präparandenklasse der jüd. Lehrer-Bildungsanstalt zu Berlin. [455]

Die Aufnahmeprüfung findet Donnerstag, den 25. April d. J., Vormittags 9 Uhr, statt.
Die Anstalt gewährt freien Unterricht und bedürftigen Zöglingen eine Beihilfe zur Subsistenz. Sie nimmt in der Regel nur Schüler auf, welche das fünfzehnte Lebensjahr vollendet haben.
Der schriftlichen Meldung sind beizufügen:
1) Das Geburtsattest,
2) der Impf- und Nachimpfungsschein,
3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte,
4) ein Zeugniß über die bisher genossene Schulbildung sowie über die Führung.

Auf Anfragen ertheilt der Leiter der Lehrer-Bildungsanstalt Herr **Dr. Holzman,** nähere Auskunft.
Berlin, im Januar 1889.
Der Vorstand der jüdischen Gemeinde.



Im Glücksrade befinden sich am heutigen Tage noch:
29,000 Gewinne
u. A.
29000 Gewinne.
der **Königl. Preussischen Staats-Lotterie**
welche in der Ziehung **täglich bis 2. Februar cr. entschieden werden.**
Originalloose, die in den Besitz des Käufers übergehen: ½ Mk. 120, ¼ Mk. 60.
Originalloose mit Rückgabe und Antheile von solchen in unserm Besitz befindlichen:

1/1	1/2	1/4	1/5	1/8	1/10	1/16	1/20	1/32	1/40	1/64	1/80
M. 180.	M. 90.	M. 45.	M. 36.	M. 22½.	M. 18.	M. 11½.	M. 9.	M. 6.	M. 4½.	M. 3.	M. 2¾.

Porto 10 Pf., Einschreiben 30 Pf. extra und amtl. Gewinnlisten 60 Pf. [1099]
Oscar Bräuer & Co., Bank-Geschäft, **Berlin W., Unter den Linden 12.**

Börsen-Kränzchen.

Sonntag, den 10. Februar 1889.
[1251]

Verein gegen Verarmung und Bettelei. 1280
Die **General-Versammlung** des 4. Local-Verbandes findet **Montag, den 28. Januar,** Abends 8 Uhr, bei **Lowitsch. Carlsstr. 41,** statt.

Tokay-hegyalja'er Weinverkauf.

Die in den Sr. Excellenz dem Herrn Grafen **Julius Andrássy** gehörigen Kellereien liegenden eigener Production unten angegebenen
Weinvorräthe
werden per Cassa verkauft. [1152]

	Jahrgang	Sorte	Menge
Tokay-Máder	1881er	Tischwein	11 Hekt.
„ „	1882er	Bratenwein	8 „
„ „	1883er a	Szamorodner	107 „
„ „	1883er b	„	373 „
„ „	1883er	Bratenwein	92 „
„ „	1884er	„	131 „
„ „	1885er	Szamorodner	105 „
„ „	1886er	„	19 „
„ „	1887er	Bratenwein	156 „
Tokay-Szöllöske'er	1882er I	Bratenwein	257 „
„ „	1882er II	„	68 „
„ „	1883er	Szamorodner	306 „
„ „	1885er	„	162 „
„ „	1886er	„	196 „
„ „	1887er	„	433 „
Siebenbürger	1883er		48 „

Weniger als 5 Fass = 675—690 Liter von einjähriger Fechsung wird nicht verkauft.
Nähere Auskunft ertheilt **die herrschaftliche Central-Kanzlei in Tisza-Dob, Ungarn.**
Weinbau-Direction Szöllöske,
Post- und Eisenbahn-Station S. A. Ujhely.

Jedes Hühnerauge,
Hornhaut, Warze, eingewachs. Nägel, Frostballen etc. beseitigt schmerzlos
M. Schmidt, Ring 27, neb. gold. Becher.

Blooker's holländ. Cacao ist unbedingt der feinste. Beweis:
Man lasse das ungesüsste Getränk ganz abkühlen und schmecke. Nur **Blookers Cacao** hat dann noch den **natürlichen Cacaogeschmack** bewahrt, der bei den anderen bekanntesten Marken durch mangelhafte Fabrikation verdorben und durch künstliches Aroma wieder herzustellen versucht wird. Dieses künstliche Aroma verdunstet aber beim Aufbrühen.
Fabrik Amsterdam. Detailpreise p. ½ Ko. M. 3,30, p. ¼ Ko. M. 1,80, p. ⅛ Ko. M. 0,95 (macht pro Tasse 4 Pfennig).

Zu Hochzeiten ꝛc.
Gelegenheitsdichter.
Z. 201 Exped. d. Bresl. Ztg. [6712]

Die Herren Actionaire der
Schlesischen Actien-Gesellschaft für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln
werden hierdurch zur ordentlichen General-Versammlung eingeladen für
Donnerstag, den 14. Febr. 1889, Nachmittags 3 Uhr, nach Oppeln, Form's Hotel.
Tagesordnung.
1) Vorlegung des Geschäftsberichts und Genehmigung der Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung pro 1888.
2) Ertheilung der Decharge an Aufsichtsrath und Vorstand.
3) Abänderung der §§ 13, 14, 15, 16 und 20 des Gesellschaftsstatuts.
4) Neuwahl von zwei statutenmäßig ausscheidenden Aufsichtsrathsmitgliedern.

Zur Theilnahme an der Generalversammlung sind nur diejenigen Actionaire oder deren nach § 31 des Statuts bevollmächtigte Stellvertreter berechtigt, deren Actien bis spätestens den 11. Februar cr. entweder
bei der hiesigen Gesellschaftskasse,
oder bei den Herren **Gebr. Guttentag, Berlin,**
oder bei den Herren **Gebr. Guttentag, Breslau,**
oder bei Herrn **L. Reymann** in Oppeln
gegen Empfang der, im § 37 des Statuts bezeichneten Legitimationskarte deponirt sind.
Geschäftsbericht, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung liegen vom 30. Januar ab zur Einsicht der Herren Actionaire in unserem hiesigen Geschäftslocal aus und nach Erscheinen im Druck auch an den übrigen Depositionsstellen für die Actien.
Groschowitz, den 24. Januar 1889.
Der Aufsichtsrath der Schlesischen Actien-Gesellschaft für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln.
C. Kosse,
stellvertretender Vorsitzender.

Suche für meinen Schwager, Rittergutsbesitzer, wohl situirt, **eine Lebensgefährtin.** [1990]
Derselbe ist 38 Jahre alt und von angenehmem Aeußern. Junge Damen oder Wittwen (ohne Kinder) im Alter von 25—30 Jahren, mit einem Vermögen von 30-—45,000 Mark, wollen sich vertrauensvoll melden unter Adresse H. M. Nr. 108 postlagernd **Osterode,** Ostpreuß. Photographie erwünscht. Discr. Ehrensache.

Wir beehren uns hiermit die Mitglieder des **Prinzeß-Luisen-Heims** zur **General-Versammlung** auf **Sonnabend, den 2. Februar 1889, Abends 7½ Uhr,** in den Saal des Realgymnasii zum Zwinger hierselbst, Zwingerplatz (östlicher Eingang), ganz ergebenst einzuladen. Gegenstände der Verhandlung sind: 1) Vorlegung bezw. Entgegennahme des Geschäftsberichts pro 1888; Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz; Ertheilung der Entlastung. 2) Statutenabänderung.
Breslau, den 24. Januar 1889.
Der Vorstand [446]
des Prinzeß-Luisen-Heims.
Dr. Steinfeld, Rechtsanwalt.

Prinzeß-Luisen-Heim.
Die Ziehung der durch Verfügung Sr. Excellenz des Herrn Oberpräsidenten vom 14. August v. J. genehmigten **Lotterie** findet **am 1. Febr. 1889,** Abends 7 Uhr, hierselbst im Saale des Realgymnasii zum Zwinger, Zwingerplatz (östlicher Eingang), statt. Die Gewinne können am 31. Januar und 1. Februar cr. in dem erwähnten Saale, jedoch nicht während der Schulstunden, besichtigt werden. [447]
Breslau, den 24. Januar 1889.
Der Vorstand.
Dr. Steinfeld, Rechtsanwalt.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche des Ritterguts Würchland auf den Namen des Königlichen Majors a. D. Grafen **von Stillfried** eingetragene, im Guts- und Gemeindebezirk Würchland belegene Rittergut Würchland
am 29. März 1889, Vormittags 9½ Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, im Rathhause hierselbst versteigert werden.
Das Grundstück, bestehend aus dem Dominium Würchland und dem als Partinenz zugeschriebenen Bauergut Nr. 1 und Restgärtnerstelle Nr. 24 Würchland, ist mit 1685,95 Thaler Reinertrag und einer Fläche von 281 Hektar 61 Ar 90 qmtr zur Grundsteuer, mit 699 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird [1262]
am 30. März 1889, Vormittags 11 Uhr,
an Gerichtsstelle verkündet werden.
Glogau, den 21. Januar 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
In unser Firmenregister ist bei der unter Nr. 438 eingetragenen Firma [1266]
Theodor Schneider
zu Schweidnitz heut Nachstehendes eingetragen worden:
Colonne 6: Die Firma ist erloschen.
Schweidnitz, den 18. Jan. 1889.
Königliches Amts-Gericht. Abtheilung IV.

Bekanntmachung.
In unser Gesellschaftsregister ist heut Nachstehendes eingetragen worden: [1265]
Nr. 187 Firma der Gesellschaft
Theodor Schneider
mit dem Sitze zu Schweidnitz und einer Zweigniederlassung in Polnisch-Weistritz.
Die Gesellschaft hat am 15ten Januar 1889 begonnen.
Die Gesellschafter sind:
1) der Kaufmann **Theodor Schneider** in Schweidnitz;
2) der Kaufmann **Georg Schneider** in Polnisch-Weistritz.
Jeder eingetragene Gesellschafter ist berechtigt, die Firma zu zeichnen und die Gesellschaft zu vertreten.
Schweidnitz, den 18. Jan. 1889.
Königliches Amts-Gericht. Abtheilung IV.

Bekanntmachung.
In unserm Firmenregister ist die Firma [1263]
R. Schneider
in Lauban Nr. 262 des Firmenregisters heute gelöscht worden.
Lauban, den 22. Januar 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
In unserem Gesellschafts-Register ist unter laufender Nr. 116 der Firma: [1274]
Oberschlesische Drahtindustrie Actiengesellschaft
folgende Eintragung bewirkt:
Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 3. November 1888 sind die §§ 16, 19 ad b., 23, 25, 30, 32, 34, 36 des Statuts vom 20. Mai 1887, resp. 19. Juni 1887 abgeändert worden, speciell bestimmt der abgeänderte § 25, daß die dort angeordnete Bekanntmachung vom Aufsichtsrath mit der festgestellten Tagesordnung mindestens 3 Wochen vor dem Versammlungstage — Tag der Berufung und Versammlung nicht eingerechnet — in den Geschäftsblättern veröffentlicht sein muß.
Gleiwitz, den 14. Januar 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
In unser Firmen-Register ist unter laufende Nr. 153 die Firma
A. Thomaschowski
zu Rosenberg OS. und als deren Inhaber der Kaufmann **August Thomaschowski** zu Rosenberg OS. am 21. Januar 1889 eingetragen worden. [1264]
Rosenberg OS., den 21. Jan. 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
Die Lieferung von ca. 1000 Stück Doppel-I-Eisen für das fiscalische Steinkohlenbergwerk Königin Luise-Grube bei Zabrze OS. soll vom 1. April d. J. ab an den Mindestfordernden vergeben werden. Offerten hierauf werden bis zum Eröffnungstermine [1260]
Dinstag, den 12. Februar c., Vormittags 11 Uhr,
erbeten. Die Bedingungen können während der Amtsstunden bei uns eingesehen oder gegen Erstattung von 1 Mark Copialien abschriftlich bezogen werden.
Zabrze, den 18. Januar 1889.
Königliche Berg-Inspection.

Holzverkauf
in der Königlichen Oberförsterei Cosel OS.
Freitag, den 8. Februar cr., bei Frau Gastwirthin Wittwe Kirchner zu Klodnitz.
I. **Vormittags 9 Uhr** im Wege des **schriftlichen** Angebots aus den Schlägen 13, 21, 57 und 19 der Schutzbezirke Klodnitz und Lenkau: [1261]
   a. Kiefern: 72 I. Kl., 122 II. Kl., 239 III. Kl., 469 IV. Kl., 617 V. Kl.
   b. Fichten: 11 I. Kl., 31 II. Kl., 82 III. Kl., 316 IV. Kl., 266 V. Kl.
   c. Erlen: 2 III. Kl., 10 IV. Kl., 10 V. Kl.
II. **Vormittags 10 Uhr in dem vorerwähnten Local im Wege der gewöhnlichen öffentlichen Versteigerung** aus dem Schlag 20 Forst Klodnitz:
   a. Kiefern: 4 I. Kl., 36 II. Kl., 151 III. Kl., 380 IV. Kl., 900 V. Kl., 80 Schwellen VI. Kl.
   b. Fichten: 4 I. Kl., 5 II. Kl., 15 III. Kl., 30 IV. Kl., 80 V. Kl.
   Aus dem Schlag 21 Forst Lenkau: 116 Kiefern-Schwellen VI. Kl.
   Aus dem Schlag 13 Forst Lenkau:
   a. Kiefern: 3 II. Kl., 5 III. Kl., 6 IV. Kl., 12 V. Kl., 20 VI. Kl.
   b. Fichten: 1 I. Kl., 5 II. Kl., 2 III. Kl., 15 IV. Kl., 27 V. Kl.

Die Nachweisung über die gebildeten Loose, die Verkaufsbedingungen, sowie die Aufmaßregister können — letztere gegen die üblichen Copialien — vom 26. c. ab vom Unterzeichneten bezogen werden.
Klodnitz bei Cosel, den 19. Jan. 1889.
Der Oberförster.

Van Houten's Cacao.

Bester — Im Gebrauch **billigster.**

Ueberall zu haben in Büchsen à **Rm. 3.30, Rm. 1.80, Rm. 0.95.**

Galanterie-, Kurz-, Glas- und Porzellanwaarengeschäft

(en gros & en détail), seit **mehr als 60 Jahren bestehend,** in einer der belebtesten Städte Niederschlesiens mit Landgericht, großer Garnison und Kriegsschule, ist wegen **Krankheit des Besitzers sofort zu verkaufen.** Offerten sub **J. K. 6952** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** [428]

Leihbibliothek,

bis auf die neueste Zeit fortgeführt, ca. 4000 Bände, ist wegen Aufgabe des Geschäftes **billig** zu verkaufen. Näheres sub **A. B. 231** durch **Rudolf Mosse in Breslau.** [452]

Bekanntmachung.

Das zur **Alexander Nerger**schen Concursmasse von Militsch gehörige Waarenlager, bestehend in **Colonialwaaren, Peitschen, Tabakpfeifen, Jagdartikeln** &c., soll nebst der gesammten **Geschäftseinrichtung** im Ganzen oder größeren Partien **verkauft werden.**

Die Taxe beträgt ca. 900 Mark.

Reflectanten erfahren das Nähere bei dem unterzeichneten Concursverwalter, und sind Offerten bis spätestens **den 10. Februar d. J.** einzureichen.

Die Besichtigung des Lagers, sowie Einsehung der Taxe kann bis zu vorgenanntem Termine jederzeit erfolgen. [1270]

Militsch, den 24. Januar 1889.

Paul Seipelt,
Concursverwalter.

Steinkohlen-Lieferung.

Das zur Beheizung der Anstalten und Diensträume der städtischen Verwaltung erforderliche Steinkohlen-Material soll für das Rechnungsjahr 1889/90 direct ab Grube franco Bahnhof Posen bezogen werden. Zwei Drittheile des Bedarfs, d. h. ca. 13 000 Centner, sollen innerhalb der Sommermonate in einzelnen Waggonladungen, ein Drittheil, d. h. ca. 7000 Centner, soll innerhalb des Winters und zwar immer nach erfolgter Bestellung geliefert werden.

Reflectanten werden ersucht, Preisofferten für Stück- oder Würfelkohle bester Qualität bei uns bis **zum 5. Februar d. J., Vormittags 12 Uhr,** verschlossen, mit entsprechender Aufschrift einzureichen, wobei wir bemerken, daß die Offerten einheitlich für die gesammte Lieferung und getrennt für die Sommer- und Wintermonate abgegeben werden und daß die näheren Bedingungen im Rathhause, Zimmer Nr. 14, eingesehen oder in Abschrift gegen Erstattung von 50 Pf. Schreibgebühren bezogen werden können. [1257]

Posen, den 19. Januar 1889.

Der Magistrat.

2 Plüsch-Garnit., elegant (Preis 130 u. 150 Mk.), verk. **z. Kostenpr.** für 110 u. 130 Mk. **G. Schönherr,** Tap., Herrenstr. 27.

2-—3000 Mk.

werden von einem soliden Geschäftsmanne, bei wirklich guter Sicherheit, gegen mäßige Zinsen auf einige Zeit zu leihen **gesucht.** [433]

Offerten unter **N. 812** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Zur **Errichtung** eines **Möbel-Geschäftes** in einer **größeren Kreisstadt Schlesiens,** in welcher sich außer Producenten kein derartiges Geschäft befindet, wird von einer **leistungsfähigen** Fabrik, welche solide Arbeit liefert, **Commissions-Lager** gesucht. Offerten unt. Chiffre B. 162 Exped. der Bresl. Ztg. bis 1. Februar erbeten. [1240]

Zu vertauschen!

Mehrere **ausgezeichnete Rittergüter,** unweit von Breslau, gegen 2000 und 600 Morgen groß, mit wenig Schulden, **sind gegen hiesige reelle Häuser zu verkaufen.** Näh. u. V. 819 durch **Rudolf Mosse, Breslau.**

Für Industrielle.

Eine rohe **Wasserkraft** von ungefähr 150 Pferdekraft ist zu **verkaufen.** Dieselbe liegt 14 Kilometer von 3 Bahnhöfen entfernt, bekommt jedoch im Laufe der nächsten Jahre Bahn mit Bahnhof. Adressen beliebe man unter **J. E. 6970** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.,** abzugeben.

Ein mächtiges [449]

Braunkohlenlager,

1700 Morgen Abbaurecht im **Brüxer Becken,** in **Böhmen,** schuldenfrei, für eine Actiengesellschaft passend, ist **billig zu verkaufen.** Für die Hälfte werden Actien in Zahlung genommen. Näheres unter **T. U. 371** durch **Haasenstein & Vogler, Leipzig.**

Tausch!

Mehrere schön gebaute Häuser hierselbst, mit großem Garten, gesichertem Hypothekenstand und hohen Miethserträgen, sind zu vertauschen.

Näheres unter **W. 820** durch **Rudolf Mosse, Breslau.** [451]

Ein **Colonialwaarengeschäft** in einer kl. Stadt Oberschl., am Ringe gelegen, ist in Folge anderer Unternehmungen bald oder 1. April d. J. mit sämmtlicher Einrichtung **zu verkaufen.** Dasselbe ist neu eingerichtet, besteht noch kurz, weist jedoch einen schönen monatl. Umsatz nach. Erforderlich sind 3-—4000 Mk.

Offerten an die Exped. der Bresl. Ztg. unter A. B. 7. [1988]

1 Mark 20 Pf.

das Pfund gebr. **Campinas-Kaffee.**

Perl-Kaffee, gebr.,	d. Pfd.	1,40 M.
Wiener Melange,	" "	1,60 M.
Getreide-Kaffee,	" "	15 Pf.
Victoria-Erbsen,	" "	11 "
Bohnen,	" "	12 "
Tafel-Reis u. Hirse,	" "	15 "
Linsen,	" "	16 "
Feinster weißer **Farin,**	" "	28 "
Neue süße **Mandeln,**	" "	90 "
" **Pflaumen,**	" "	18 "
" **Rosinen,**	" "	21 "
" **Sultaninen,**	" "	32 "
Glycerin-Abfallseife,	"	40 "
Grüne Seife,	" "	15 "
Oranienb. Seife, d. Steg		20 "
Electra (Waschpulver), d. Pfd.		20 "
Beste **Soda,** bei 10 Pfd.		38 "
Stearinkerzen, d. Pack		23 "
Beste **Flachhölzer,** d. Pack		08 "
Feinstes **Lagerbier,** per Flasche		10 "

Oswald Blumensaat,
Reuschestr. 12, Ecke Weißgerbergasse.

Wegen Mangel an Raum verkaufe von heut an die [1157]

feinsten Tyroler Tafel-Aepfel,

als: **Weisse Rosmarin, Edelrothe und Böhmer,**

das Pfund 15 Pf.,

hochrothe Messina-**Apfelsinen,**

das Dtzd. 40 Pf.,

Blumenkohl,

die Rose 25 Pf.

Ferner empfehle:

Gebratene Kastanien,

täglich von 5—8 Uhr Abends.

E. Hielscher,

60, Reuschestrasse 60,
Neue Taschenstrasse 5.

Hasen,

halbe **Hasen, Läufe, Rehblätter** u. **Fasanen** zu billigst. Preisen offerirt

Derb's Wildhandlung, Kupferschmiedestr. 55/56. 1976

Frische, starke Hasen,

St. 2,40—2,50 Mk., **halbe Hasen, Rehwild** und **Fasanen** bei **L. Adler, Oderstr. 36** im Laden.

Gelegenheitskauf für Weingroßhändler.

909

Wegen Auflösung des Geschäftes offerire ich hochfeine, **alte, schwere Ausbrüche** und Essenzen von 80 bis 120 Mark pr. Hectoliter. **Hermann Fuchs,** Weingroßhändler, **Wien,** Ober-Döbling. Gegründet 1842.

Zwei starke Arbeitspferde

zu verkaufen **Paradiesstr. 16/18** in der Oelfabrik. [278]

Van Houten's Cacao

stets frisch am Lager **Umbach & Kahl,** Taschenstr. Nr. 21.

Lebende Hechte,

Spiegel- und Schuppen-Karpfen,

Schleien,

frischen Lachs,

ff. Austern,

Astrachaner und Ural-Caviar

empfiehlt [1980]

Carl Schröder,
Fischhandlung,
Ohlauerstrasse 43.

Frischen

Schellfisch,

grüne Heringe,

Lachs,

3 bis 6 Pfd. u. 14 bis 25 Pfd. das Stück,

Zander, Hechte, Cabeljau, Steinbutt, Seezungen,

lebende

Hummern u. Suppenkrebse, Aale, Schleien, Karpfen,

frische

Rennthierrücken Rehböcke,

Poularden, Puten, Capaunen, Enten, Hasel- und **Birkhühner, Kopf-** und **Endivien-Salat,** frische Trüffeln, Ananasfrüchte, Engl. Sellerie, Artischoken,

empfiehlt [1975]

E. Huhndorf,

Schmiedebrücke 21.
Filiale: Neue Schweidnitzerstr. 12.
Telegramm-Adresse:
Lachsdorf, Breslau.

Ein gut erhaltener **Berndt'scher Flügel** ist zu verkaufen **Lessingstraße 12,** 2 Tr. links. [1971]

Gehpelz, beste Biberfelle, für 100 Mk. zu **verk.** Wäscheladen **Grüne Baumbrücke 1.** [1985]

Ein gebraucht. Zähltisch

wird zu kaufen gesucht. Offerten sub **H. 2457** an **Haasenstein & Vogler, Breslau.** [448]

Damen finden liebevolle discr. Aufnahme bei verw. Fr. **Richter,** Hebamme, Brüderstr. 2 f, I.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Zur selbstständigen Leitung eines neu zu errichtenden Putzgeschäfts **wird** eine in diesem Fache gut geübte **Directrice** per sofort event. 1. April c. nach Auswärts **gesucht.** Schriftliche Meldungen mit Photographie und Gehaltsansprüchen bei freier Station nimmt entgegen [1969]

Arnold B. Fränkel's Nachf., Breslau.

Putz-Directrice

für meine Putz- und Weißwaaren-Handlung **gesucht.** Bevorzugt solche, welche im Verkauf tüchtig sind.

Stellung dauernd. [1964]

B. Herrnstadt,
Landeshut i. Schl.

Zum Antritt per 1. April a. c. **suche** für mein **Modewaaren- und Damen-Confections-Geschäft** eine tüchtige **Verkäuferin,** welche selbst Aenderungen vornehmen kann.

Ferner einen tüchtigen **jungen Mann** für die **Manufactur- und Modewaaren-Abtheilung.**

Polnische Sprache Bedingung.

J. Lederer, Ratibor.

E. unverh. **Diener** f. e. fein. Haus sucht **Zolki,** Freiburgerstr. 25.

Eine alte, gut eingeführte

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

sucht für sofort einen im **Organisiren** und **Acquiriren** tüchtigen

Inspector

bei **hohem Gehalt** und **Fahrvergütigung.** — Ebenso werden

tüchtige Acquisiteure

für Stadt und die Provinz mit **hoher Provision und Fahrtvergütigung** angestellt. Geeignete Persönlichkeiten aus **allen** Lebensstellungen wollen Offerten unter **H. 2396** an **Haasenstein & Vogler, Breslau,** einsenden. [395]

50—100 Mark

demjenigen, der einem erfahrenen Kaufmann, Specerist, verh., p. bald in einem hiesigen größeren Geschäfte, gleichviel welcher Branche, dauernde Stellung als **Buchhalter, Lagerist,** event. **erster Verkäufer** verschafft.

Franco-Offerten erbeten unter A. Z. 1000 hauptpostlgd. **Breslau.**

Ein tüchtiger [1241]

Buchhalter,

der polnischen Sprache mächtig, findet in einer größeren **Liqueur-Fabrik** sofort oder pr. 1. Febr. c. Stellung. Offert. unt. L. Z. 163 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Für meine **Arbeiter-Confect.-** und **Wäsche-Fabrik suche** ich einen tüchtigen, bewährten [1991]

Reisenden.

Vorstellung: Sonnabend u. Sonntag. **J. Lubinski,**
Neue Schweidnitzerstr. 15.

Für ein **älteres, größeres**

Fabrikgeschäft

in Artikeln der **Baubranche** wird ein **tüchtiger, routinirter**

Reisender

in gesetzten Jahren für **Breslau,** die Provinz **Schlesien** und **Posen** per bald oder April cr. **gesucht.** Derselbe muß in derartigen Artikeln genannte Plätze schon mit Erfolg bereist haben, auch mit **Comptoirarbeiten vertraut** und **gut empfohlen sein.** Offerten erbeten sub **H. 2418** an **Haasenstein & Vogler, Breslau.** [418]

Ein tüchtiger, gebildeter **Kaufm.,** 23 Jahr, **sucht** nach auswärts per bald **Stellung.** Bedingung Pension, doch würde dafür gern auf Honorar verzichtet werden. Off. erb. unter R. 6 Briefk. der Bresl. Ztg.

Ein Commis

für **Colonialw. en gros,** auch **für die Reise** geeignet, unter günstig. Beding. gesucht. Off. **412** postlag. Breslau. [1209]

Einen Commis

suche ich für mein Delicateß- und Colonialwaaren-Geschäft per März oder April. Abschrift der Zeugnisse ist beizufügen. Gehaltsansprüche sind anzugeben. [1994]

Retourmarken verbeten.

Traugott Geppert, Breslau.

☛ Herren-Confection.

In meinem **Manufactur-, Tuch- und Herrengarderoben-Geschäft findet ein tüchtiger**

Verkäufer,

welcher polnisch sprechen und hauptsächlich in der Garderoben-Branche firm sein muß, per 15. Februar oder 1. März cr. dauernde Stellung bei freier Stat. u. angemessenem Gehalt.

[1252] **Louis Schück, Katscher OS.**

Für mein **Galanterie-, Glas-, Porzellan- und Spielwaarengeschäft** werden **zum sofortigen Eintritt** 3 mit der Branche **vollständig vertraute** [1228]

Verkäufer

gesucht. — Der Offerte sind Zeugnißcopien und Photogr. beizufügen.

Philipp Elkan Nachfolger, Thorn.

Mat., 25 J. a., flott. Exp., d. poln. Spr. sow. d. einf. u. dopp. Buchf. vollst. mächt., gegenw. in Stell., **sucht,** gest. a. g. Ref., p. 1. April cr. anderw. Eng. Off. u. T. P. 100 **Stettin,** Birkenallee 3/5 i. L.

Ein kürzlich ausgel. **Specerist, tücht. Verk.,** der poln. Sprache mächtig, **sucht per 15. Febr. cr.** anderw. dauernd. **Engag.** Gefl. Off. u. **Z.** 100 Gleiwitz, **Bahnh.,** postl. erb.

Ein tüchtiger Verkäufer und Lagerist per 1. April **gesucht.** [1222]

Moritz Muncke Nachfolger,
Modewaaren,
Glogau.

Für mein **Speditions-Geschäft suche** ich zum 1. April cr. einen mit der Branche vertrauten **jungen Mann als Expedienten und einen Comptoiristen.** Logis und Kost im Hause. Offerten mit Gehaltsansprüchen zu richten an **F. W. Raedsch, Soran NL.**

Für mein **Destillationsgeschäft** suche zum sofortigen Antritt einen **tüchtigen** [1180]

Destillateur,

welcher flotter Verkäufer und der poln. Sprache mächtig sein muß.

Marken verbeten.

Julius Kochmann,
Zabrze OS.

Gesucht wird ein im Leinen- u. Baumwollwaaren-Fabrikations-Geschäft, sowie in sämmtlichen Comptoirarbeiten bewanderter., tüchtiger, **junger Mann.** Off. u. Beifügung von Zeugnißabschriften u. A. Z. 97 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Ein junger Mann (Berecht. z. einj. freiw. Dienst), der schon 1¾ J. in einem Geschäft thätig, aber in Folge Erkrankung seines Vaters austreten mußte, **sucht** zu seiner weiteren Ausbildung eine **Stelle.** Gefl. Offerten sind unter G. B. 21 postlagernd nach **Steinau a. O.** zu richten

Bureauvorsteher, d. poln. Spr. u. Schrift völl. mächt., 31 J. alt, 17 J. b. Fach, s. 11 J. a. solch. b. e. Landger.-Anw. u. Not. (m. gr. Praxis) thät., s. Stellung. Off. u. A. N. 4 Exped. d. Bresl. Ztg. erb.

Ein Jurist, 29 Jahr, kath., mit guten Papieren, in einem städt. Bureau angestellt, im Poliz.- und Bur.-Dienst firm, im Verwaltungs- und Rechn.-Wes. erfahr., **sucht** selbstständigere Stellung bei ein. städt. Amts- oder Guts-Verwaltg. Antritt ev. bald. Gefl. Off. sub H. 2383 an **Haasenstein & Vogler, Breslau.**

Ein **tüchtiger** [1179]

Werkmeister

mit praktischen Erfahrungen im Maschinenbau, vorzüglich in Ziegelsteinpressen wird für sofort zu engagiren **gesucht.**

W. Lorenz, Maschinenfabrik,
Haynau i. Schl.

Lohnstricker auf Strickmaschinen werden ersucht, ihre billigsten Offerten unter A. Z. 3 an die Exped. der Bresl. Ztg. abzugeben. [1957]

Einen Lehrling

mit den nöthigen Schulkenntnissen **suche** ich für mein **Manufactur-Waaren-Engros-Geschäft.**

J. Hahn in **Gr.-Glogau.**

Einen Lehrling

mit guten Schulbildung **suche** für meine Strumpffabrik. [1967]

H. Freudenthal,
Carlsstraße 28.

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Neue Schweidnitzerstr. 9a, III. l., ist 1 gut möbl. Zim. f. **12 M.** mon. z. verm.

2. Et., Eckh., 4 Z. u. Beigel., Alles vornh., Albrechtsstr. 42 zu verm.

Ernststraße 3

ist die aus 5 Zimmern, Mittelcabinet, Badezimmer, Küche &c. &c. bestehende erste Etage für 1350 Mk., die aus denselben Räumlichkeiten bestehende 2. Etage für 1150 Mark zu vermiethen. [1777]

Meine Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Cabinet, Küche, Bade- und Mädchenzimmer, bin ich willens Familienverhältnisse halber per ersten April cr. billig abzugeben. Näheres **Freiburgerstraße 5,** III, links.

Eine herrschaftliche Wohnung, die erste Etage Oberschles. Bahnhof Nr. 5, 5 große Zimmer, Badezimmer, Beigelaß, wegzugshalber per Ostern für Mk. 1600 zu vermiethen. [1979]

Schmiedebrücke 54,

2. Etage, eine Wohnung, 4 Zim., Küche, Beigel., für 750 Mk. zu verm.

Ohlauerstraße, Ecke Ring,

ist ein Laden per 1. April event. früher [1873]

zu vermiethen.

Näheres in der Leinwand-Handlung von **Wilhelm Regner, Ring 29.**

Ziegenhals.

In meiner **Villa** sind **herrschaftliche Wohnungen** mit **Gartenbenutzung** vom 1. April c. **zu vermiethen.** [1269]

R. W. Chotzen.

Telegraphische Witterungsberichte vom 24. Januar.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. n. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temperat. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore	775	6	WSW 4	bedeckt.	
Aberdeen	771	4	SW 1	heiter.	
Christiansund	760	4	WSW 8	bedeckt.	
Kopenhagen	761	1	WNW 3	Nebel.	
Stockholm	756	—3	W 4	wolkig.	
Haparanda	741	—6	WNW 2	h. bedeckt.	
Petersburg	756	—11	SSW 3	Schnee.	
Moskau	771	—11	O 1	bedeckt.	
Cork, Queenst.	777	6	N 2	bedeckt.	
Cherbourg	773	5	N 3	wolkig.	
Helder	771	4	NW 1	bedeckt.	Nebel.
Sylt	768	3	NNW 3	bedeckt.	
Hamburg	766	2	NW 3	Nebel.	Glatteis.
Swinemünde	763	—2	WSW 3	Dunst.	
Neufahrwasser	763	—4	WSW 2	bedeckt.	
Memel	761	—1	WSW 5	bedeckt.	
Paris	761	1	W 1	Regen.	
Münster	772	—5	SO 1	bedeckt.	
Karlsruhe	772	—5	SO 2	bedeckt.	
Wiesbaden	771	—3	NNO 1	Schnee.	
München	770	—8	SO 3	wolkig.	
Chemnitz	770	—5	W 3	bedeckt.	
Berlin	766	—3	SW 3	bedeckt.	Nebel.
Wien	772	—7	WNW 2	bedeckt.	
Breslau	768	—5	SW 2	bedeckt.	
Isle d'Aix	774	0	NO 5	wolkenlos.	
Nizza	763	1	O 2	heiter.	
Triest	768	—3	ONO 4	wolkenlos.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Das Minimum im hohen Norden hat seinen Einfluss südwärts bis nach Norddeutschland ausgedehnt, während die Zone höchsten Luftdruckes sich von Irland ost-südostwärts nach dem Schwarzen Meere erstreckt. Ueber Central-Europa ist, bei meist schwacher Luftbewegung, das Wetter trübe, im Nordwesten erheblich wärmer. Die Frostgrenze verläuft von Münster nach Wisby. In Süddeutschland und Oesterreich-Ungarn herrscht ziemlich strenge Kälte. — Am Schluss der gestrigen Uebersicht der Witterung ist zu lesen: Unter statt über dem Gefrierpunkt.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.